

**Einwohnerratssitzung 2015/2016
Protokoll Nr. 9**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 30. Juni 2016**
Sitzungszeit 08:00 Uhr bis 12:15 Uhr / 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Gemeindekanzlei	
Direktwahl	041 329 63 09	30. Juni 2016

Anwesend	Präsident	Thomas Lammer
	Einwohnerrat	32 Mitglieder Christine Kaufmann-Wolf (bis 12:15 Uhr / ab 16:00 Uhr) Kathrin Graber (ab 08:30 Uhr) Nicole Nyfeler (bis 12:15 Uhr / ab 14:15 Uhr) Peter Portmann (bis 16:15 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Rea Eggenberger
Entschuldigt		Roger Erni Leo Sigg Paul Trüb

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Vereidigung</u>
- Michèle Binggeli (SVP) | | Seite 459 |
| 2. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 459 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bebauungsplan Kleinfeld, 2. Lesung | Nr. 219/15 | Seite 463 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Totalrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates, 2. Lesung | Nr. 220/15 | Seite 473 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Anpassung Parkplatzreglement, 2. Lesung | Nr. 231/16 | Seite 479 |
| 6. | <u>Planungsbericht:</u> Schulraum 2016-2026 | Nr. 239/16 | Seite 490 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag:</u> Leistungsvereinbarung über die Führung der Schülerhorte | Nr. 241/16 | Seite 501 |
| 7a. | <u>Beantwortung Dringliche Interpellation Burkhardt:</u>
Bepflanzung Feuerwehr- und Werkhofareal | Nr. 244/16 | Seite 506 |
| 7b. | <u>Beantwortung Dringliche Interpellation Graber:</u>
Vertrauliches Gespräch des Gemeinderates mit dem Astra und dem vif über den Bypass | Nr. 246/16 | Seite 510 |
| 8. | <u>Bericht Postulat Takacs:</u> Langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Kriens | Nr. 191/15 | Seite 513 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Portmann:</u>
Eingeschleppte Krankheiten durch Asylbewerber und Flüchtlinge | Nr. 201/15 | Seite 516 |
| 10. | <u>Motion Piras:</u> Jugendvorstoss – Ohne Stimmrecht
politisch mitreden
<i>Begründung</i> | Nr. 233/16 | Seite 518 |
| 11. | <u>Postulat Spörri:</u> Quartierstrukturen stärken
<i>Begründung</i> | Nr. 234/16 | Seite 522 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Wochenaufenthalter in Kriens | Nr. 227/16 | Seite 523 |
| 13. | <u>Beantwortung Interpellation Kaufmann:</u> Gemeinderisiken im Griff | Nr. 221/15 | Seite 525 |
| 14. | <u>Postulat Staub:</u> Öffentliche Ausschreibung und minimierte Restfinanzierung bei den hauswirtschaftlichen (nicht-KLV-pflichtigen) Leistungen der Spitex
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 237/16 | Seite 527 |

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 15. | <u>Postulat B. Bienz</u> : Ideenwettbewerb für die Neunutzung des Güterschuppens
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 238/16 | Seite 527 |
| 16. | <u>Postulat B. Bienz</u> : Strategie für Nutzung des Schloss Schauensee
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 240/16 | Seite 527 |
| 17. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 527 |
| 18. | <u>Verabschiedungen</u>
- Mitglieder des Einwohnerrates | | Seite 527 |
| 19. | <u>Abschiedsrede</u> des abtretenden Einwohnerratspräsidenten Thomas Lammer | | Seite 530 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 240/16 | Postulat B. Bienz: Strategie für Nutzung des Schloss Schauensee
<i>Eingang: 19.05.2016</i> |
| Nr. 242/16 | Dringliche Interpellation Graf: Vergabe der Abbrucharbeiten der Gemeindeeigenen Häuser im Hochwald
<i>Eingang: 23.05.2016</i> |
| Nr. 243/16 | Postulat Manoharan: Mobile Plakatständer für zentrumsnahe Plätze
<i>Eingang: 24.05.2016</i> |
| Nr. 219/15 | Bericht und Antrag: Bebauungsplan Kleinfeld, 2. Lesung |
| Nr. 220/15 | Bericht und Antrag: Totalrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates, 2. Lesung |
| Nr. 231/16 | Bericht und Antrag: Parkplatzreglement, 2. Lesung |
| Nr. 239/16 | Planungsbericht: Schulraum 2016-2026 |
| Nr. 241/16 | Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung über die Führung der Schülerhorte |
| Nr. 244/16 | Dringliche Interpellation Burkhardt: Bepflanzung Feuerwehr- und Werkhofareal
<i>Eingang: 06.06.2016</i> |

- Nr. 245/16 Postulat Heiz: Längere Öffnungszeiten der Verwaltung
Eingang: 13.06.2016
- Nr. 246/16 Dringliche Interpellation Graber: Vertrauliches Gespräch des Gemeinderates mit dem Astra und dem vif über den Bypass
Eingang: 27.06.2016
- Nr. 247/16 Postulat Kaufmann: Win-Win: Doppelturnhalle plus Schulraum
Eingang: 28.06.2016
- Nr. 248/16 Interpellation Kaufmann: Projektreporting neues Zentrum Kriens
Eingang: 28.06.2016

Thomas Lammer begrüsst alle Anwesenden zur letzten Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Christian Glaus.

Entschuldigt haben sich Leo Sigg und Roger Erni. Kathrin Graber kommt etwa um 9:00 Uhr zur Sitzung hinzu. Christine Kaufmann-Wolf muss die Sitzung von 13:30 Uhr – 16:00 Uhr infolge einer Weiterbildung verlassen. Peter Portmann muss um ca. 16:00 Uhr gehen. Nicole Nyfeler ist zwischen 12:00 Uhr und 15:00 Uhr abwesend.

Die Pausen sind von 10:00 Uhr bis 10:20 Uhr und von 15:45 Uhr bis 16:05 Uhr vorgesehen. Die Mittagspause ist von 12:00 Uhr – 13:30 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

1. Vereidigung

Da dringliche Vorstösse eingegangen sind, beginnt Thomas Lammer gleich mit der Vereidigung von Michèle Binggeli. Sie übernimmt das Mandat von Katja Staub, die ja an der letzten Sitzung zurückgetreten ist. Der Sprechende bittet Michèle Binggeli zu sich nach vorne. Er bittet die Anwesenden sich zu erheben. Michèle Binggeli legt den Eid ab. Sie wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

2. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Thomas Lammer keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Am 23. Mai 2016 hat Alfons Graf die dringliche **Interpellation: Vergabe der Abbrucharbeiten der gemeindeeigenen Häuser im Hochwald (Nr. 242/2016)** eingereicht.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Alfons Graf zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Alfons Graf hat an der letzten Einwohnerratssitzung den Gemeinderat gefragt, warum die Arbeiten nicht dem ZSO Pilatus übergeben wurden. Der Gemeinderat antwortete, dass der ZSO Pilatus keine solche Übung im Moment vorgesehen hatte. Fakt ist aber, dass der ZSO Pilatus nicht angefragt wurde. Er möchte dies noch in dieser Legislatur klären.

Bruno Bienz versteht die Argumentation, aber es hat nichts mit der Dringlichkeit zu tun. Die Dringlichkeit ist hier laut Art. 57 nicht gegeben. Die Fragen wurden letztes Mal grösstenteils bereits beantwortet.

Räto Camenisch meint, dass es nun schon passiert ist. Für ihn ist die Dringlichkeit für die Klärung gegeben, ob der Gemeinderat falsche Aussagen gemacht hat.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Graf: Vergabe der Abbrucharbeiten der gemeindeeigenen Häuser im Hochwald (Nr. 242/2016)
Mit 22:9 Stimmen wird die Interpellation nicht dringlich erklärt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schmutz, Manuel	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	n.t.
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	nein

Am 6. Juni 2016 hat Anita Burkhardt-Künzler die dringliche **Interpellation: Bepflanzung Feuerwehr- und Werkhofareal (Nr. 244/2016)** eingereicht.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Anita Burkhardt-Künzler zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Anita Burkhardt-Künzler bittet darum, die dringliche Interpellation zu unterstützen. Diese Interpellation erwähnt eine Möglichkeit die Pflanzen auszudünnen, zwischenzulagern und für weitere Projekte wieder einzusetzen. Dies ist selbstredend für die Dringlichkeit dieses Anliegens und kann sicher nicht bis nach den Sommerferien warten.

Martin Heiz findet, wenn die Interpellation von Alfons Graf nicht dringlich erklärt wird, dann sollte diese auch nicht dringlich erklärt werden. Es ist die gleiche Situation, denn es ist auch schon passiert. Das kann man auch noch nach den Sommerferien behandeln.

Anita Burkhardt-Künzler geht es vor allem um die Pflanzen, die man wieder verwenden kann. Diese gehen kaputt, wenn diese noch lange anwachsen und sie man später ausdünt. Das sollte jedem auch nicht Profigärtner einleuchten.

Räto Camenisch stellt fest, dass hier ein einmaliges Versagen der Bauleitung vorliegt. Die Bäume sind so eng gepflanzt, das sieht man nicht einmal in einer Baumschule. Die Bäume gehen kaputt. Es muss etwas passieren und die Pflanzen müssen gerettet werden.

Für Bruno Bienz ist die Dringlichkeit gegeben, denn es besteht ein Interesse in der Bevölkerung. Er wurde sicher zehn Mal darauf angesprochen. Es ist im Interesse von allen, dass dies geklärt wird.

Rolf Schmid meint, dass Räto Camenisch die Argumente geliefert hat, weshalb man dieser Dringlichkeit zustimmen soll.

Gemäss Peter Fässler ist auch die SP/JUSO-Fraktion für die Dringlichkeit, denn es sieht nicht so aus, wie es sollte.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Burkhardt: Bepflanzung Feuerwerh- und Werkhofareal (Nr. 244/2016)

Mit 25:6 Stimmen wird die Interpellation dringlich erklärt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja

Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	n.t.
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Die Interpellation wird als Traktandum 7a behandelt.

Am 27. Juni 2016 hat Kathrin Graber die dringliche **Interpellation: Vertrauliches Gespräch des Gemeinderates mit dem Astra und dem vif über den Bypass (Nr. 246/2016)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich erklärt. Die Interpellation wird unter dem Traktandum 7b behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Thomas Lammer bedankt sich für die 19 Anmeldungen zur Mithilfe bei der kulinarischen Wanderung. Personelle Engpässe sollte es somit nicht geben.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Lothar Sidler weist darauf hin, dass Mitte Juni 2016 die kantonale Denkmalkommission in Kriens getagt hat. Sie hat einen Augenschein über den Zustand des Alters- und Pflegeheims Grossfeld und eine Anhörung des Sozialdepartements über die geplante Zukunft der Liegenschaft Grossfeld durchgeführt. Die kantonale Denkmalkommission ist zum Schluss gekommen, dass das Alters- und Pflegeheim Grossfeld eine schutzwürdige Baute ist, dass aber das Interesse der Gemeinde an der geplanten Nutzung höher zu gewichten ist. Die kantonale Denkmalkommission hat entschieden, das Alters- und Pflegeheim Grossfeld nicht unter Schutz zu stellen. Der Entscheid bedeutet, dass die Gemeinde Kriens auf dem geplanten Weg weiter gehen kann und dass das Alters- und Pflegeheim Grossfeld nötigenfalls rückgebaut werden kann. Die Medienmitteilung wird heute Mittag veröffentlicht.

3. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Kleinfeld, 2. Lesung Nr. 219/15

Thomas Lammer begrüsst als Sachverständigen Thomas Kost

Martin Heiz führt aus, da es sich um eine 2. Lesung handelt, erfolgte in der BK kein Eintreten mehr. Es ist erfreulich, dass mit der LUPK ein vertrauenswürdiger Investor gefunden wurde. Man hofft nun, dass bis im Herbst ein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegt. Es wird dann noch quasi eine 3. Lesung geben, wo dann noch der Baukredit, Baurechtsvertrag und auch die Heizung für die Badi behandelt werden. Dazu möchte der Gemeinderat heute von den Fraktionen etwas hören, damit er die Stossrichtung kennt. Im Baurechtsvertrag werden dann auch die Kosten für die Beleuchtung, die Umgebung und die Tartanbahn etc. geregelt. Heute geht es aber nun um die Genehmigung des Bebauungsplanes und um ein Darlehen von Fr. 400'000.00 für die Planungsarbeiten. Es wurden noch einige Fragen gestellt, wie beispielsweise zum Parkhaus. Die Gemeinde wird sich daran sicher nicht beteiligen. Im Moment ist auch nichts geplant. Es wurden dann noch Fragen zu diesem Darlehen gestellt. Was passiert, wenn es zu Verzögerungen kommt? Der Gemeinderat schätzt das Risiko klein ein, da ja keine Einsprachen eingegangen sind. Zudem kann man die Zahlungsfrist auch verlängern. Ebenfalls wurden noch Fragen betreffend Warmwasseraufbereitung gestellt. Da will man dann im Herbst beim Kredit noch mehr über Effizienz hören. Wie hoch sind die Kosten, wenn nur Vorbereitungsarbeiten gemacht werden etc. Auch ist noch aufzuzeigen, was es am Schluss bringt, wenn das Wasser genug warm ist. Finden dann auch Wettkämpfe statt? Im Businessplan waren keine Aussagen enthalten. Dem Beschlusstext wurde einstimmig zugestimmt.

Gemäss Raphael Spörrli sind alle Vertreter der USK vom Bebauungsplan begeistert und finden dies ein weitsichtiges und durchdachtes Projekt. Da es sich um die zweite Lesung handelt und schon einige Details mehr bekannt sind, konnte nun das Projekt detaillierter besprochen werden. Leider musste im Vorfeld erkannt werden, dass noch einige Sachen im Unklaren sind. So war der Vertrag mit dem Investor zur Zeit der Fraktionssitzung noch nicht definitiv und es waren noch Abmachungen und Aufgabenverteilungen für den Betrieb unklar. Einige Punkte hinterliessen bei den Mitgliedern einen faden Beigeschmack und die USK hofft zu diesen Themen heute vielleicht mehr zu erfahren. So ist zum Beispiel noch unklar, ob die LUPK einsteigt und unterschreibt. Weiter stellte sich die Frage, ob auf die Angebote der LUPK vom 2. Juni 2016 eingegangen werden kann, in denen folgende Punkte heikel erscheinen und noch nicht unter Dach und Fach sind:

- Unentgeltliches Nutzungsrecht der Gemeinde Kriens an den Räumen für den Breitensport
- Unentgeltliches Nutzungsrecht der Gemeinde Kriens an den Räumen des Sportclubs Kriens für 20 Halbtage pro Jahr
- Über die Dauer des Baurechts sind die öffentlichen Parkplätze vor dem Sportzentrum und dem Freibad hinsichtlich ihrer Anzahl gemäss den Varianten des Projektplans des Architekturbüros Iwan Bühler GmbH vom 10. Februar 2016 zu garantieren.
- Die Kosten für die Beseitigung allfälliger Altlasten, kontaminierten Materials sowie Inertstoffen sind vollumfänglich von der Gemeinde Kriens als Baurechtsgeberin zu tragen.
- Wie verhält sich die LUPK wenn die Gemeinde die zwei verlangten Ankermieter nicht über die geforderten 20 Jahre findet?

Wie der Sprechende bereits zu Beginn erwähnte, waren die Mitglieder der USK einstimmig für das neue Kleinfeld und schätzten die Risiken der Gemeinde als klein ein, dass die noch auszuhandelnden Verträge und Abmachungen im letzten Moment scheitern könnten. Mit einem erhobenen Mahnfinger sei darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung, wie auch der Einwoh-

nerrat über die weiteren Schritte und den Stand der Verhandlungen zu informieren ist. Da der Einwohnerrat heute nur über den Bebauungsplan entscheiden muss, hat sich die USK einstimmig zur Kenntnisnahme entschlossen und empfiehlt den Bebauungsplan zu genehmigen. Zum Schluss noch ein Wort zur Hybridanlage. Die USK war sich bei diesem Thema sehr uneins. Während die Einen die Chance beim Schopf packen möchten und die Anlage als sinnvoll betrachten, stören sich die Anderen an den Ausgaben zu einem Luxus, den es nicht braucht. Was die Anlage wirklich kann und ob sie, ausser für die Badwasseraufbereitung auch noch für den hausinternen Gebrauch genutzt werden kann, ist Umstand weiterer Diskussionen, denen sich die Kommissionen und der Einwohnerrat zu einem später Zeitpunkt stellen muss. Einig war sich die Kommission nur im Umstand, dass zumindest die Option zum Bau und die Erstellung der Leitungen offen gehalten werden soll.

René Zosso, CVP/JCVP/GLP-Fraktion meint, dass schon bei der Behandlung in der ersten Lesung festgestellt wurde, dass das Fussballstadion Kleinfeld erneuerungsbedürftig ist. Es wird denn auch von keiner Fraktion ernsthaft daran gezweifelt. Nun ist man ein entscheidender Schritt weiter, denn ein Hauptsponsor ist gefunden. Mit der LUPK hat die Kleinfeld AG einen zwar konservativen aber dafür verlässlichen Partner gefunden. Das Konzept entspricht nach wie vor den Vorstellungen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, einmal abgesehen von der vorgeschlagenen Schwimmbadheizung. Obwohl wünschbar, gehört sie bei der momentanen Finanzlage der Gemeinde zu den «Nice-to-have's» und somit in eine hoffentlich nicht allzu ferne Zukunft. Was sie hingegen für zwingend hält ist, dass die baulichen Voraussetzungen für die spätere Realisierung dieser Solar-Heizung z.B. Leitungsschächte, Dachverstärkungen etc. in die Planung einfließen. Eine spätere Realisierung soll in diesem Bereich nicht nochmals kostenrelevant werden. Was heute ohne relevante Mehrkosten vorbereitet werden kann, soll gemacht werden. Eine Realisierung der Heizung zum jetzigen Zeitpunkt lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hingegen aus den genannten Gründen ab. Sie unterstützt auch die Ausrichtung eines Darlehens über Fr. 400'000.00 für die Finanzierung der laufenden Planung. Ob die Rückzahlungsfrist Ende 2016 nicht zu knapp bemessen ist, wird sich zeigen und sollte nicht zum Stolperstein für die Kleinfeld AG werden. Die Zinsbelastung für dieses Geld ist für die Gemeinde ja vernachlässigbar. Bei der Beratung sind aber schliesslich noch ein paar Fragen aufgetaucht:

- Wo sind im B+A Kosten für die Beleuchtung?
- Wo soll die heutige Entsorgungs-Sammelstelle hin?
- Ist bei der Gäste-Zufahrt über die Schlundstrasse sichergestellt, dass der Veloverkehr auf der Schlundstrasse immer gewährleistet bleibt?
- Wie sieht es mit der Zusage des Kantons für die Sportschule aus? Der aktuelle Vertrag läuft 2017 aus.
- Der Vergleich der Vollkosten mit der heutigen Sportschule im Krauer mit der zukünftigen im Kleinfeld soll für die Kreditberatung im Einwohnerrat im Herbst 2016 vorliegen.

Der Sprechende bittet den Gemeinderat diese Fragen kurz zu beantworten. Der Fussball ist in Kriens nicht zuletzt auch ein wichtiges Element der Jugendförderung und der Integration von Neuankömmlingen. Die grosse Zahl der Jugendmannschaften ist ein deutliches Zeichen dafür. Dieser Dienst am Gemeinwohl von Kriens ist zu würdigen. Es ist auch äusserst lobenswert, dass Private bisher schon so viel Herzblut und Fronstunden und wohl auch Geld in dieses Projekt hineingesteckt haben und die LUPK als Partner gewonnen werden konnte. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeinde das weitere Gedeihen dieses Prozesses tatkräftig unterstützen soll und tritt zustimmend darauf ein.

Laut Martin Heiz wird die SVP-Fraktion dem B+A in der vorliegenden Fassung zustimmen. Im Herbst müssen dann noch die gelb markierten Stellen im B+A kommen. Man muss noch ge-

nauer wissen was geht, vor allem mit der Heizung. Die SVP-Fraktion ist im Moment bei einem skeptischen und kritischen Ja. Der Investor wird sicher auf dem Gebäude eine Photovoltaikanlage oder etwas anderes machen. Dies wäre eine Chance etwas für die Gemeinde zu installieren. Eventuell könnte man diesen Strom auch anderweitig nutzen und nicht nur für die Warmwasseraufbereitung. Es besteht auch die Möglichkeit den Strom zu verkaufen, wenn genug generiert wird. Heute geht es um den Bebauungsplan und das Darlehen. Die SVP-Fraktion stand schon in der 1. Lesung hinter dem Projekt. Man sieht eine Chance etwas Gutes zu machen. Früher oder später muss sowieso etwas gemacht werden. Es wurde ein sehr seriöser Investor gefunden. So muss man in 2-3 Monaten nicht das Gefühl haben, dass dieser doch plötzlich kalte Füsse bekommt und abspringt.

Rita Berger-Hug von der FDP-Fraktion meint, der SCK ist ein Verein in welchem unglaublich viel Freiwilligenarbeit verrichtet wird. Es ist ein Verein, welcher Kriens gegen aussen als familiär, integrierend, offen und vielfältig wahrnehmen lässt. Er weist seit Jahren mit die grösste Juniorenabteilung auf und vollbringt sehr grosse Anstrengungen im Breitensport. Dieser Verein braucht ein neues Stadion. Seit 1969 wird in diesem Stadion Fussball gespielt. Das Kleinfeld, das ist allen klar, ist sanierungsbedürftig. Ein Team um den Vereinspräsidenten Werner Baumgartner hat viel Knochenarbeit in dieses jetzt vorliegende Projekt gesteckt und legt nun zusammen mit der Gemeinde einen Bebauungsplan vor, welcher für die FDP-Fraktion ausgewogen und gelungen betrachtet werden kann. Sie stand schon vor 2 und 4 Jahren als Fraktion voll hinter dem Projekt und ist heute, ähnlich wie beim Projekt LuzernSüd, der Ansicht, dass der vorliegende Bebauungsplan noch besser auf Bedürfnisse sämtlicher Akteure bzw. sämtlicher Anspruchsgruppen eingeht. Die FDP-Fraktion begrüsst es sehr, dass ein wichtiger Ankermieter mit der Sportsek Kriens an das Kleinfeld langfristig gebunden werden kann. Dadurch wird Schulraum im Krauer-Schulhaus für die erwartete Schulraumerweiterung auf der Volksschule ohne selber Geld in die Hand zu nehmen, vorhanden sein. Auch ist der zweite wichtige Mieter, nämlich das one Fitnesscenter schon fast unter Dach und Fach. Die FDP-Fraktion hat keine Freude daran, dass der Gemeinderat mit dem Knochen „Schwimmbadheizung jetzt oder nie“ etwas vorlegt, was eben nur indirekt mit diesem Projekt Kleinfeld zu tun hat. Es lenkt ab und bringt negative Energien in die Diskussion rein. Eigentlich geht es heute um einen Meilenstein für den Sport analog für die Gemeinde mit dem Projekt „Leben im Zentrum“ oder vor einigen Jahren ebenfalls für den Sport und die Gesellschaft mit dem Parkbad. Mit diesem für die FDP-Fraktion fast unverdaulichen Knochen kriegt das für dieses total unumstrittene Projekt einen Beigeschmack. So wie der Betrieb des Parkbades im Moment geführt wird, zweifelt die FDP-Fraktion daran, ob alleine mit der Erwärmung des Wassers im 50 Meter Becken mehr Badegäste angelockt werden können. Sie steht dieser Investition kritisch gegenüber und erachtet es zurzeit nicht lohnenswert, noch mehr Geld in den Betrieb der Badi zu stecken. Man sollte prüfen, ob es möglich ist, die Vorbereitungsarbeiten für eine Installation zu machen und was das kostet. So verbaut man sich die Option nicht. Die FDP-Fraktion kommt zum Fazit und zum Schluss: „Hopp Chriens – come on Einwohnerrat“. Der SCK soll unterstützt werden, um mit ihm, der Sportsek Kriens, einem Fitnesscenter und einem genialen Investor in eine rosige Zukunft gehen zu können.

Die SP/JUSO-Fraktion nimmt gemäss Yasikaran Manoharan den Bericht und Antrag zum Bebauungsplan Sportzentrum Kleinfeld zweite Lesung zur Kenntnis und unterstützt nach wie vor das Bestreben des Sportclub Kriens. Das Projekt scheint auf mehreren Ebenen auf einem guten Weg zu sein. Mit der LUPK stellt die Kleinfeld AG dazu einen vertrauenswürdigen, kompetenten und erfahrenen Investor vor, um dieses Projekt zielführend zu realisieren. Dennoch bleiben auf die sogenannte dritte Lesung mit dem Baukredit, welcher im Herbst dann dem Einwohnerrat vorgelegt wird, noch einige Fragen offen, die die SP/JUSO-Fraktion geklärt haben möchte. In der ersten Lesung wurde mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass in diesem Sportzentrum nur sportverwandte Branchen Platz finden sollen. Dennoch möchte die

LUPK über den Baurechtsvertrag andere Nutzungen wie Büro oder Dienstleistungen ermöglichen. Sofern die Büros oder Dienstleitungen ein sportspezifisches Angebot anbieten oder eine sportliche Ausrichtung verfolgen, kann man es befürworten. Aber es ist nicht die Idee, dass sich ein Reisebüro, ein Brillengeschäft oder eine Anwaltskanzlei dort einmietet. Diese Forderung muss der Gemeinderat klar gegenüber der Investorin äussern. Eine weitere Unsicherheit betrifft die erwähnte Fläche für den Schul- und Breitensport, inklusive Beachvolley-, Leichtathletik- und Turnverein, die für ihr Material ca. 250 m² zugesprochen bekommen. Diese Fläche scheint in ihren Augen knapp berechnet. Die Gemeinde muss aber sicherstellen, dass die genannte Fläche für alle Beteiligten ausreicht, jedoch der Schulsport klare Priorität hat. Innerhalb der Verhandlungen mit der Investorin wurde der Grundsatz definiert, dass die Investorin LUPK zu 100 % in das Gebäude investiert und die Gemeinde in die Umgebung mit Kunstrasen. In der ersten Lesung wurde bereits mehrheitlich gewünscht eine neue Spielfeldbeleuchtung zu realisieren, welche die Anforderungen der Challenge League erfüllen. Leider fehlen nach wie vor die Informationen, wie diese Beleuchtung finanziert werden sollen. Die zurückgestellten Fr. 100'000.00 durch den Natelantennen-Kredit bilden wohl einen Bruchteil der effektiven Kosten. Die genauen Kosten und die Finanzierung müssen im Baukredit zwingend aufgezeigt werden. Auf der Gegentribünenseite ist eine Infrastruktur für die Verpflegung sowie integrierten WC's vorgesehen. Auf dem Plan ist er gestrichelt dargestellt und ist Teil der Umgebung. Wie vorhin schon erwähnt, investiert die Gemeinde in die Umgebung. Die Kosten für diesen Solitärbau werden wohl auch nicht unwesentlich sein. Damit ist zu klären, wie hoch der Kostenpunkt dafür ist und wer diesen Bau finanziert. Aufgrund der entstehenden Baustelle, kann oder wird die bestehende Tartanbahn zu Schaden kommen. Der Gemeinderat muss sicherstellen, dass diese schon alleine für den Schulbetrieb schnellstmöglich wieder Instand gestellt werden muss. Die Kosten für die Wiederherstellung übernimmt ja die Investorin. Hinsichtlich Badewasserentwässerung ist die SP/JUSO-Fraktion noch etwas skeptisch. Auch wenn die energetische Nutzung der Dachflächen zu befürworten ist, scheint die Effizienz dieser Hybrid-Anlage und spezifisch die Badewassererwärmung noch unklar zu sein. Der Gemeinderat wird daher gebeten, klare Angaben zu liefern, zu wie viel Prozent der produzierten Heizenergie für das Bad und wie viel für die Sportanlage verwendet wird. Darüber hinaus möchte sie wissen, wie die Energiekosten zwischen dem Investor und der Gemeinde aufgeteilt werden. Es muss also im Interesse des Gemeinderates sein hierbei überzeugende Argumente zu liefern und eine weitere Investition in die Badi gegenüber der Bevölkerung zu begründen. Die SP/JUSO-Fraktion wird dem zinslosen Darlehen über Fr. 400'000.00 an die Kleinfeld AG für die weiteren Planungsarbeiten einstimmig zustimmen. Auch zum Bebauungsplan und den Sondervorschriften hat sie nichts mehr auszusetzen. Die SP/JUSO-Fraktion wünscht dem Sportclub Kriens in ihren Vorhaben sowie sportlich ganz viel Erfolg.

Raoul Niederberger von der Grüne/JG-Fraktion führt aus, dass die Sportanlage Kleinfeld zu Kriens gehört und einen wichtigen Bestandteil des öffentlichen Lebens in der Gemeinde bildet. Sei dies nun bei einem Fussballmatch des SCK oder während des alljährlichen Grümpeltourniers der Krienser Schulklassen. Wie im B+A ausgeführt und bereits mehrfach erwähnt, ist das Kleinfeld aber etwas in die Jahre gekommen und eine Sanierung ist dringend nötig. Es war aber auch klar, dass weder die angespannte Finanzlage der Gemeinde, noch die des SCK eine Sanierung so einfach ermöglichen würde. Man hat sich deshalb auf eine Mantelnutzung geeinigt und einen Investor für das Projekt gesucht. Dieser scheint nun gefunden und das Projekt soll weiter vorangetrieben werden. Diese Entwicklung ist begrüssenswert. Als Investorin tritt die Luzerner Pensionskasse (LUPK) auf. Die Grüne/JG-Fraktion findet, dass mit der LUPK ein zuverlässiger und guter Investor gefunden wurde. Man könnte fast von einem Wunschkandidaten sprechen, ist sie doch lokal verankert und finanziell gut aufgestellt. Die Investorin profitiert aber auf der anderen Seite auch sehr von ihrem Investment. Das zeigt sich z.B. in der Bruttorendite von mindestens 4,68 %, welche die LUPK fordert oder das kein Baurechtszins geschuldet sein soll. Die klare Trennung zwischen den Investitionen der LUPK und jenen der Gemeinde begrüsst die Grüne/JG-Fraktion aber sehr. Das schafft Klarheit und Kos-

tensicherheit. Denn für sie ist auch klar, dass das Kostendach, welches die Gemeinde für die Sanierung der Sportanlage festgelegt hat, unbedingt eingehalten wird. Dieses zu überschreiten, nur um die LUPK als Investorin zu behalten oder sämtliche Interessen des SCK zu befriedigen, kann Kriens sich schlichtweg nicht leisten. Die beidseitige Realisierungspflicht ist ein weiterer wichtiger Punkt, welcher Planungssicherheit schafft. Der Grüne/JG-Fraktion ist es auch wichtig, dass auch in Zukunft der Breiten- und Schulsport einen Platz auf dem Kleinfeld findet. Es ist ihr darum auch ein Anliegen, dass die Leichtathletikanlagen erhalten bleiben. Die Sportanlage soll auch weiterhin einem möglichst breiten Publikum zugänglich sein und weiterhin Teil des öffentlichen Lebens sein. Mit der Realisierung der neuen Sportanlage stellt der Gemeinderat auch wieder die Frage der Erstellung einer Anlage zur Badwassererwärmung für das Parkbad. Einer Diskussion über eine solche Anlage steht die Grüne/JG-Fraktion grundsätzlich offen gegenüber. Die Angaben die sich in diesem B+A finden, sind aber etwas dürftig. Damit eine definitive Entscheidung im Herbst gefällt werden kann, braucht es ihrer Ansicht nach weitere und detailliertere Angaben zu den Kosten und Nutzen einer solchen Anlage. Die Sanierungsbedürftigkeit des Kleinfelds ist auch für die Grüne/JG-Fraktion augenscheinlich. Die fortgeschrittenen Verhandlungen mit der LUPK als Investorin für das neue Sportzentrumsprojekt sind sehr gut. Dem B+A ist deshalb auch grundsätzlich zuzustimmen. Die Grüne/JG-Fraktion ist dafür den B+A Bebauungsplan Sportzentrum Kleinfeld und das Darlehen zu genehmigen.

Cyrill Wiget dankt für die wohlwollende Aufnahme des B+A. Weiter möchte er sich auch beim Präsidenten des SCK bedanken, der sehr viel im Hintergrund gearbeitet hat. Es war eine tolle Zusammenarbeit. Auf das Produkt sind alle stolz. Er hat festgestellt, dass in den Fraktionen sehr ausführlich diskutiert wurde, deshalb geht er gleich auf die gestellten Fragen ein. Der Gemeinderat ist fest davon überzeugt, dass eine gute Vorlage vorgelegt werden konnte, auch wenn noch keine Details zur Planung vorliegen. Warum es heute nicht gebracht wird, hat der Gemeinderat bereits dargelegt. Mit den alten Absichten ist man verbunden, aber es wurde ein Wechsel gemacht, weil der Investor eine partielle Trennung möchte. Die LUPK möchte nur auf dem Baurecht investieren und mit der Umgebung nichts zu tun haben. Aufgrund dieser Trennung sind die Kostenplanungen in einen anderen Horizont gekommen. Darum möchte der Gemeinderat dies im Herbst mit einem dritten B+A im Einwohnerrat beantragen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit den 4.7 Mio. Franken, welche bereits in der 1. Lesung in Aussicht gestellt wurden, die Umgebungsanlage realisiert werden kann. Es wurden Bedenken zur Tartanbahn eingebracht. Der Investor ist damit einverstanden, dass wenn diese während der Bautätigkeit zerstört wird, haftet er auch dafür. Dies ist somit schon geregelt. Weiter gab es Fragen zu der Badwassererwärmung. Selbstverständlich muss diese vom Projekt getrennt werden. Der Gemeinderat fand es richtig, weil dies vermutlich der letzte Moment ist, um über dieses Thema zu diskutieren. Beim Bad wurde dafür bereits eine Million Franken gestrichen. Darüber findet aber keine Abstimmung statt. Der Gemeinderat möchte hören, ob die weitere Planung in Angriff genommen werden soll oder nicht. Eine Planung ist nicht gratis. Wenn der Einwohnerrat dem zustimmt, ist es sinnvoll diese Planung vorzunehmen. Heute liegt eine Machbarkeitsstudie vor, ob man mit einer solchen kombinierten Anlage etwas erreichen kann. Diese besagt, dass man in der Regel eine Wassertemperatur von 25 C° erreichen kann. Der Faktor Sonne spielt hier natürlich eine wichtige Rolle. Das Geld wird nicht im Finanzplan eingestellt, solange kein Antrag vom Einwohnerrat erfolgt, dass man dies machen soll. Dies ist kein Bestandteil der 4.7 Mio. Franken für die Umgebung und das neue Kunstrasenfeld. Es wurde gefragt wo das Risiko ist. Das Risiko gegenüber der LUPK ist sehr gering, weil ein Angebot verbindlicher ist als ein Letter of Intent. Die LUPK hat von Anfang an eine Offerte gemacht, welche die Gemeinde annehmen konnte oder nicht. Es gibt Risiken wie beispielsweise bei den Inertstoffen. Man weiss nicht genau, was alles im Boden ist. Es war früher ein Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde. Man geht nicht davon aus, dass dort Deponien hervorkommen. So etwas weiss man aber erst, wenn man mit Graben beginnt. Es wurde gefragt, ob die Beleuchtung mit den zurückgestellten Fr. 100'000.00 finanziert werden kann. Diese Rückstel-

lung war moralischer Natur. Von Swisscom und Orange hat man damals für das Aufstellen der Handysender Fr. 100'000.00 erhalten und es gehört der Umgebung im Kleinfeld. Im Rahmen der Abschreibungen hat man dies dort gutgeschrieben. Diese Fr. 100'000.00 werden neu wieder in der Investitionsrechnung beantragt. Wie weit diese reichen, kann der Sprechende noch nicht sagen. Dies wird man im Verlauf der Planung sehen. Die Grüne/JG-Fraktion hat erwähnt, dass 4.68 % eine gute Rendite ist, welche der Investor verlangt. Das Geld bekommt man momentan ja fast gratis. Man muss aber auch einfach sagen, dass man sich die Frage eines PPP-Modells schon viel früher stellte, weil gewisse Elemente nicht mehr durch die Gemeinde finanziert werden sollen. Es ist folgerichtig, dass der Investor auch eine Rendite dafür möchte.

Matthias Senn führt aus, dass dieser Bebauungsplan ein ganz wichtiger Meilenstein ist. Das gibt die Sicherheit, dass man weiter planen kann. Er geht davon aus, dass die Genehmigung durch den Regierungsrat nur noch eine reine Formsache ist. Dies ist auch der Grund, weshalb noch ein Darlehen von Fr. 400'000.00 beantragt wird. Ab heute kann mit voller Kraft weiter geplant werden. Die LUPK wird erst Geld fliessen lassen, wenn die rechtsgültige Baubewilligung vorliegt. Dafür braucht es nun noch eine Planung. Der Sprechende kommt nun zur Frage des Baurechts. Es ist eine völlig unabhängige Sache zum BZR. Im Rahmen der 1. Lesung wurden diesbezüglich ja noch ein paar Anpassungen gemacht, dass die gleiche Nutzung im Bebauungsplan wie im BZR drin steht. Das Baurecht ist einfach die Art der Veräusserung dieses Grundstücks.

Judith Luthiger-Senn hat noch Ausführungen zur Sportschule. Die Sportschule ist ein wichtiger Teil in der Mantelnutzung. Mit dem Kanton haben bezüglich des Vertrages bereits Gespräche stattgefunden. Auch die Kleinfeld AG hat mit dem Kanton verhandelt, denn sie braucht eine Sicherheit, dass weiterhin das Sportangebot der Sportschule in Kriens stattfinden soll. Es kamen gute Zeichen des Kantons, aber dieser legt keine langfristigen Verträge vor, wenn der Bestehende gerade ausläuft. Der Kanton hat zugesichert, dass sie beabsichtigen die Sportschule weiterzutragen. Es ist ein gutes Angebot für den Kanton. Die Gemeinde ist in Vorvertragsverhandlungen mit der Kleinfeld AG. Nach heutiger Erkenntnis wird man finanziell gleich gut wegkommen, wie bis anhin, weil der Kanton einen Teil der Kosten übernimmt. Die einzige Investition ist das Mobiliar für die Klassenzimmer. Dies wird im Herbst dem Gemeinderat aufgezeigt. Die Vorteile sind, dass es Luft in der Schulraumplanung gibt. Im Krauer Schulhaus werden sechs Klassenzimmer frei. Es kann weiterhin ein Beitrag an das Sportförderangebot für talentierte Schülerinnen und Schüler geleistet werden. Das ist auch ein Attraktivitätsangebot für die Gemeinde Kriens. Gleichzeitig kann eine Auflage des Kantons erfüllt werden, die besagt, dass die Sportschule integriert geführt werden muss. In den neuen Unterrichtsräumen ist dies dann möglich. Das neue Sportzentrum wird nicht nur ein wichtiger Ort für den Fussball, sondern auch für den Schul- und Breitensport. Sollte der Kanton irgendwann trotzdem aus dem Vertrag austreten, kann die Gemeinde diese Räumlichkeiten für schulische und gemeindeeigene Zwecke weiterverwenden. Selbstverständlich hat sich der Gemeinderat bereits Gedanken darüber gemacht, was mit den Räumlichkeiten gemacht werden kann.

Thomas Lammer stellt fest, da es sich um die 2. Lesung handelt, gibt es kein eigentliches Eintreten. Es wird mit der Detailberatung begonnen.

Detailberatung

Bebauungsplan

Gemäss Erich Tschümperlin kam vorher die Frage auf, wie die Entsorgung gelöst wird. Heute gibt es dort eine Entsorgungsstelle. Es ist ein Detail, aber es muss trotzdem berücksichtigt werden. Gleichzeitig kam die Frage zum Veloverkehr auf. Was wird unternommen, dass diese nicht gefährdet sind. Es gibt eventuell mehr Ein- und Ausfahrtmöglichkeiten.

Cyrill Wiget meint, dass es bei jeder Baustelle in einer solchen Grössenordnung eine Einschränkung des Strassennetzes gibt. Es gibt auf der Horwer- und Schlundstrasse Veloverkehr. Streckenweise müssen dann Securitas aufgestellt werden. Selbstverständlich wird der Gemeinderat Auflagen formulieren, sobald es gefährlich wird. Bei Bauprojekten in Bezug auf Sammelstellen wird mit REAL Rücksprache genommen, um zu schauen, wo der Standort richtig ist. Diese wird auch eingeplant. Auf dieser Illustration ist die Sammelstelle jedoch nicht. Erfreulich ist, dass die Gemeinde immer noch etwas in der REAL-Überschuss-Kasse hat. So könnten Unterflursammelstellen erstellt werden. Dies wird im Moment beim Schulhaus Kirchbühl realisiert. Die kann man sich im Kleinfeld auch vorstellen.

Sonderbauvorschriften Bauungsplan

Seite 4 – Art. 4 Fachgremium

Gemäss Kathrin Graber steht, dass das Fachgremium den Bauungsplan beurteilen kann. Unter Art. 12 steht dies nochmals im Zusammenhang mit den Freiräumen. Wann kommt das Fachgremium zum Zug? Wurde es bereits einbezogen? Wie geht die Zusammenarbeit weiter? Es ist wichtig, dass nicht neue Widerstände aufkommen, welche die Planung umwerfen.

Matthias Senn erklärt, dass der Bauungsplan im Fachgremium bereits zwei Mal besprochen wurde. Das Fachgremium hat die Veränderung zum Vorprojekt sehr positiv gewürdigt. Trotzdem hat es sich gewünscht die Planung nochmals vorgelegt zu bekommen, wenn die Planung weiter ist. Da das Projekt auf der gemeindeeigenen Liegenschaft realisiert wird, ist dies für den Gemeinderat selbstverständlich. Rein rechtlich wäre es jedoch nicht notwendig.

B+A

Seite 11 - Badewassererwärmung

Kathrin Graber fehlt eine Aussage, was eine solche Heizung für einen Nutzen bringt. Kann sich die Heizung mit längeren Öffnungszeiten der Badis ausbezahlt machen? Sie möchte gerne eine Gegenüberstellung dieser Kosten sehen. Die Sprechende hat vor 5-6 Jahren zusammen mit Werner Baumgartner eine Heizung für 1 Mio. Franken gefordert. Jetzt ist diese Fr. 470'000.00. Es geht nach unten und das freut sie. Diesen Betrag muss ja nicht zwingend die Gemeinde Kriens bezahlen. Vielleicht findet man eine Sponsorenlösung oder eine andere Art und Weise, wie man die Heizung finanzieren kann. Im Moment ist es finanziell nicht möglich, dass die Gemeinde dies bezahlt.

Cyrill Wiget erklärt, dass es drei Varianten gibt. Der Gemeinderat weiss noch nicht so genau, in welche Richtung der Einwohnerrat gehen möchte. Eine Variante ist, dass man die Heizung mit dem Bau bereits finanziert und umsetzt. Die zweite Variante ist, dass man es erst realisiert, wenn die Gemeinde wieder schwarze Zahlen schreibt und macht die Vorbereitungsarbeiten für eine spätere Installation. Die letzte Variante ist, dass es für die Gemeinde momentan nicht in Frage kommt. Damit der Gemeinderat Kalkulationen machen kann, wäre es gut zu wissen, welche Variante der Einwohnerrat möchte. Der Sprechende muss die Erwartungen etwas dämpfen. Es ist schwierig etwas in Aussicht zu stellen. Ein Bad ist grundsätzlich defizitär. Es ist eine Leistung an die Bevölkerung. Ein wenig Komfort und längere Öffnungszeiten

kosten etwas. Wo kann der Gemeinderat dann diese Einnahmen einholen, wenn der Eintritt sowieso nicht kostendeckend ist? Wenn man einen solchen Komfort wünscht, muss halt etwas investiert werden. Cyrill Wiget kommt noch auf eine Frage zur Breitensportnutzung zurück. Die LUPK hat keine Sekunde gezögert den Vertrag so auszuarbeiten, wie der Gemeinderat es gefordert hat. Es können 10 volle Tage oder 20 halbe Tage Veranstaltungen durch die Gemeinde gemacht werden. Diese Nutzung ist für die Gemeinde kostenlos. Die Investorin hat auch kein Problem die Schüलगarderoben und die zusätzlich eingeforderten Nutzungen umzusetzen.

Thomas Kost hat noch eine Ergänzung zu der Badewassererwärmung. Die Möglichkeit diese Heizung zu bauen steht mit diesem Projekt in grossem Zusammenhang. Die Investorin beabsichtigt auf dem neuen Gebäude eine Photovoltaikanlage zu erstellen. Wenn man es gemeinsam erstellt, können die Kosten abgefangen werden. Die Gemeinde muss dies genauer planen und muss mit der Investorin schauen, ob es möglich ist. Wenn die Anlage gemeinsam genutzt werden kann, sind die Kosten natürlich tiefer.

Erich Tschümperlin findet, dass über die Warmwasseranlage eine Konsultativabstimmung gemacht werden soll, ob der Gemeinderat dies weiter verfolgen soll oder nicht. Die Planungskosten sind nicht unwesentlich. Es ist es nicht Wert, wenn der Gemeinderat plant und im Herbst sagt der Einwohnerrat, dass es nicht in Frage kommt. Es gibt zwei Varianten: Entweder die Anlage wird komplett gebaut oder es werden rudimentäre Installationen gemacht.

Gemäss Räto Camenisch ist das Projekt bisher sehr gut gelaufen. Die Gemeinde hätte nie die Möglichkeit gehabt das Kleinfeld so zu erstellen, wie es jetzt geplant ist. Dank Werner Baumgartner ist das Ganze nun ins Rollen gekommen. Mit den zurückgestellten Beträgen kann man nun etwas Richtiges machen. Es stellt sich nun die Frage mit dem Warmwasser. Damals hat man zu Recht 1 Mio. Franken gestrichen. Für die SVP-Fraktion war dies zu viel Luxus. Jetzt könnte man für die Hälfte eine solche Heizung einbringen. Diese ist natürlich schon etwas Wert für das ganze Bad. Darum sollte man dies nun auch regeln. Die Finanzierung ist dann eine andere Frage. Das bringt die Planung dann etwas durcheinander. Der Sprechende ist auch für eine Abstimmung.

Gemäss Thomas Lammer wird also die Konsultativabstimmung durchgeführt. Der Text lautet: Konsultativabstimmung über Badewassererwärmung als Auftrag an den Gemeinderat zur Weiterbearbeitung.

René Zosso macht beliebt, dass man schauen soll, welche der drei Varianten gewünscht wird. Es soll über alle drei Varianten abgestimmt werden.

Gemäss Beat Tanner möchte die FDP-Fraktion auch über alle drei Varianten abstimmen. Sie möchte nicht, dass der Gemeinderat weiterplant und diese dann doch nicht realisiert wird.

Martin Heiz meint, dass wenn jetzt so abstimmt, legt man sich ohne Wissenstand fest. Er kann im Moment nicht ja sagen. Er möchte aber mehr als nur über die Vorbereitung etwas erfahren. Deshalb wäre es richtig dem Gemeinderat den Auftrag zu geben die Warmwasseraufbereitung vorzubereiten. Es soll aufgezeigt werden wie hoch die Kosten sind. Wenn dann der Ein-

wohnerrat nein sagt, ist das Vorhaben gestorben. Jetzt schon zu sagen, ob man sie unisono möchte, geht nicht.

Laut Erich Tschümperlin gibt es sicherlich einige Personen für die eine Warmwasseraufbereitung nicht in Frage kommt. Für Andere ist es das Geld für die Planung wert. Dieser Entscheid muss heute gefällt werden.

Cyrell Wiget erklärt, dass die LUPK das Dach auch gerne nur für sich selber verwendet. Deshalb ist die ursprüngliche Variante, ob man mit der Planung weitermachen soll oder nicht schon die Bessere. So weiss der Gemeinderat in den Verhandlungen was der Einwohnerrat möchte.

Gemäss Kathrin Graber muss man aufpassen, dass es nicht komplizierter wird. Weitermachen kann natürlich ganz viel heissen. Zum einen heisst es, dass geschaut wird, was die Installation kostet. Weiterplanen fasst die Sprechende aber weiter. Es soll auch geschaut werden, ob es der Gemeinde etwas bringt, wenn die Heizung nicht gleich realisiert wird.

Enrico Ercolani führt aus, dass ohne Planung keine Kostenermittlung gemacht werden kann. Man muss wissen, wie die Leitungen zugeführt werden können und wie das Gesamtprojekt aussieht. Es gibt keine Alternativen. Wenn man wissen will was es kostet, muss es eine Planung geben. Für eine Planung müssen ein paar Franken in die Hände genommen werden. Heute muss darüber abgestimmt werden, ob der Gemeinderat weiter planen soll. Wenn die Kosten vorliegen, kann der Einwohnerrat entscheiden, ob man die Heizung realisieren möchte oder nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt. Entscheidend ist, dass Vorinstallationen auch zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können. Aber wenn man es jetzt nicht mit dem Bau macht, wird es sicher erheblich mehr kosten.

Laut Bruno Bienz braucht es keine Vorbereitungsarbeit. Entweder macht man es oder nicht. Wenn es die Gemeinde nicht macht, macht es die LUPK. Wenn es die LUPK macht, ist es eine gute Lösung, denn sie macht es für die eigene Warmwasseraufbereitung. Die Warmwasseraufbereitung für das Bad ist ein Luxus. Dann gibt es wieder die gleichen Diskussionen, dass das Bad zu teuer ist. Selbstverständlich wird es teurer, wenn man diese Warmwassererwärmung erstellt. Man soll darüber abstimmen, ob man es möchte oder nicht. Er selber ist dagegen.

Cla Büchi kommt auf das Hallenbad zu sprechen. Es wird davon gesprochen, dass man eventuell das Hallenbad auch im Kleinfeld realisiert. Wäre es keine Möglichkeit das Ganze nochmals anzuschauen, wenn es finanziell wieder besser aussieht? Auch das Hallenbad braucht Energie, die nachhaltig sein muss.

Konsultativabstimmung über Badwassererwärmung Weiterbearbeitung, Auftrag an GR:
Mit 20:12 Stimmen wird der Auftrag an den Gemeinderat erteilt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein

Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Der Bebauungsplan Sportzentrum Kleinfeld, umfassend den Bebauungsplan 1 : 500 sowie die Sonderbauvorschriften zum Bebauungsplan vom 25. Mai 2016, wird festgesetzt.
2. Der Bebauungsplan ist dem Regierungsrat des Kantons Luzern zur Genehmigung zu unterbreiten.
3. Der Kleinfeld AG wird ein Darlehen von Fr. 400'000.00 gemäss separatem Darlehensvertrag genehmigt.
4. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
5. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 219/15:
Der Beschlussestext wird mit 32:0 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja

Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

4. Bericht und Antrag: Totalrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates, 2. Lesung Nr. 220/15

Rolf Schmid, Präsident KRE, weist darauf hin, dass zwei Anträge um Streichungen eingegangen sind. Es wurden Textstellen noch nicht entfernt, die nicht mehr relevant waren. Deshalb kann man diesen Anträgen dann auch zustimmen.

Laut Martin Heiz hat die BK die Aufstellung bezüglich Aufteilung der Schwerpunktaufgaben angeschaut. Es ist nun ersichtlich, wie die Aufgaben des Baudepartementes aufgeteilt werden. Die BK ist mit den Aussagen einverstanden und stimmt diesen zu.

Gemäss Raphael Spörri lobten alle USK-Mitglieder die Vorgehensweise und Transparenz der beratenden Kommission und danken den Mitgliedern der KRE für die geleistete Arbeit. Zugegeben, es wird nicht einfach sein die Ideen und die Arbeitsweise, die neu in den Kommissionen bestimmend sein werden, umzusetzen. Macht man sich nichts vor. Es wird ein Paradigma-Wechsel werden. Vorbei sind schriftliche Eintretensvoten von Fraktionen, Fraktionsmeinungen, welche im Rat erneut heruntergeleiert werden, sowie wortechte Protokolle. Nur wenn man diesen Wechsel schafft, wird auch eine dringend nötige Effizienz im Rat möglich. Nicht umsonst war eine Meinung in der USK, dass die neue Geschäftsordnung zu einem Mehraufwand wird und keine Erleichterung bringt. Ja, dies ist zu befürchten, wenn man sich nicht an der Nase nimmt und der neuen Ordnung überhaupt eine Chance gibt. Die USK war sich indes einig, dass die neue Vorgehensweise nur korrekt umgesetzt werden kann, wenn zumindest die neuen Kommissionspräsidenten geschult und weitergebildet werden. Dies wurde in der GL-Sitzung vom 24. Mai 2016 so angedacht. Die USK stellte sich die Frage, ob sich alle Kommissionsmitglieder überhaupt bewusst sind, auf was sie sich da einlassen. Vor allem die altgedienten Einwohnerratsmitglieder sind in der Pflicht die neuen Mitglieder in eine neue Philosophie einzuführen. So wird es zum einen gelingen die Kommissionen zu stärken, indem sie in freier Diskussion die Verantwortung der Vorberatung wahrnehmen und zum andern offen und mit persönlichem Engagement in den Kommissionen Sachpolitik betreiben. Die USK nimmt den B+A zur Kenntnis und empfiehlt die neue Geschäftsordnung umzusetzen. Ganz im Sinne einer Bemerkung eines Ratsmitgliedes: „...geht optimistisch mit dem neuen Instrument in die neue Legislatur.“

Kathrin Graber, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass nach 8 Jahren mit 36 Mitgliedern der Einwohnerrat ab September wieder auf 30 Mitglieder verkleinert wird. Wenn man nun die Kommissionen anpasst und es neu nur noch drei grössere Kommissionen geben wird, so ist dies somit die Folge der Umsetzung der FDP-Initiative, mit der eine Verkleinerung des Einwohnerrates verlangt worden ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat bereits in der ersten Lesung Anträge gestellt, die vom Einwohnerrat alle angenommen worden sind. Diese hatten zum Ziel, die Verfahren nicht zu verkomplizieren und die Effizienz des Einwohnerrates zu verbessern. Einig war man mit der Kommission Reorganisation Einwohnerrat die Kommissionen zu stärken. So wurde der Antrag, dass nicht nur die Fraktionen, sondern auch die Kommissionen inskünftig vor Beginn der Einwohnerrats-Sitzungen Erklärungen ausserhalb von traktandierten Geschäften abgeben können, gutgeheissen, so dass dies in Zukunft möglich sein wird. Auch wenn es in der CVP/JCVP/GLP-Fraktion noch vereinzelt Stimmen gibt, welche die Kommission Bildung, Soziales und Gesundheit nach wie vor kritisieren, ist sie sich einig, dass nun mit dem neuen Modell gestartet werden soll. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass Kriens mit diesem Modell, was die Bildungskommission betrifft, wohl eine einzigartige Rolle haben wird, dass Kriens für die Bildung keine gesonderte Kommission mehr hat. Ebenso muss man sich bewusst sein, dass die Aufgaben im Bereich der Volksschule vom Einwohnerrat in den Gemeinderat verschoben werden und der Einwohnerrat in Zukunft also weniger zu sagen haben wird. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet es angezeigt, nach Ablauf von zwei Jahren zu überprüfen, wie sich die drei neuen Kommissionen bewähren. Abschliessend dankt sie der Kommission Reorganisation Einwohnerrat für ihre speditive Arbeit, die sie unter der Leitung ihres Fraktionskollegen Rolf Schmid erledigt hat. Sie sind gespannt, wie der Einwohnerrat mit 30 Mitgliedern und den neuen Kommissionen funktionieren wird. Man kann auf jeden Fall sagen, dass für die 30 Einwohnerratsmitglieder mit den neuen Kommissionen eine neue spannende, vielseitige aber auch sehr herausfordernde Tätigkeit auf jeden Einwohnerrat und jede Einwohnerrätin zukommt. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion wird der vorliegenden Totalrevision der Geschäftsordnung zustimmen.

Peter Portmann, SVP-Fraktion meint, dass ein gut funktionierender Einwohnerratsbetrieb, der effizient und zielgerichtet seine Arbeit im Milizsystem erledigen kann, vor allem auf einfache, klare, transparente und wirksame Prozesse angewiesen ist. Es braucht Regeln, die einfach und verständlich sind. Sie sollten die Gegebenheiten und die gelebte Realität im Parlament wiedergeben. So entspricht diese Totalrevision ihren Vorstellungen. Da es sich explizit um die Totalrevision der Geschäftsordnung handelt und deren Ausarbeitung von Mitgliedern aller Fraktionen zustande kam, wird die SVP-Fraktion selbstverständlich auch zustimmen. Den Anträgen der CVP/JCVP wird sie ebenfalls zustimmen, da es sich dabei um ein Versehen resp. um eine Ergänzung handelt.

Die FDP-Fraktion stimmt laut Enrico Ercolani den Anträgen der CVP/JCVP auch zu. Die KRE hat eine ausgewogene und gute Arbeit geleistet. Aus Sicht der FDP-Fraktion wurden die Parameter richtig gesetzt. Die vorgeschlagenen Kommissionsgrössen erachtet sie als richtig. Der Stimmenzwang widerspricht ihren liberalen Vorstellungen. Die FDP-Fraktion ist deshalb nach wie vor der Meinung, dass man davon absehen sollte. Nun zu der politischen Arbeit und der Strategie: Gefordert ist, dass man sich nicht mit fachlichen Details auseinandersetzen soll. Dies erachtet die FDP-Fraktion grundsätzlich als richtig, ist aber der Meinung, dass das nicht in jedem Fall der beste Weg ist. Fachwissen kann immer nützlich sein, um bessere Lösungen zu finden. Die Gartenarbeit beim Feuerwehrgebäude lässt grüssen. Dass neben der Bürgerrechtskommission drei weitere Kommissionen gebildet werden, findet die FDP-Fraktion grossmehrheitlich angemessen und richtig. Die in der ersten Lesung angeregten Änderungen sind in diese Revision eingeflossen. Deshalb kann die FDP-Fraktion der Revision mehrheitlich zustimmen.

Laut Mario Urfer, SP/JUSO-Fraktion, übernimmt die KRE den grössten Teil der heutigen Bestimmungen der Geschäftsordnung. Eine Revision ohne Änderungen wäre aber keine Revision. Änderungen vom Gewohnten stossen vielfach auf Skepsis, wenn nicht sogar auf Ablehnung. Es hat eine ständige Kommission weniger und die Kommissionen sind mitgliedermässig grösser, damit eine politische Gewichtung stattfinden kann. Die Schwerpunktaufgaben werden erweitert. Die Kommissionen sollen den Gemeinderat strategisch unterstützen oder seine Strategie hinterfragen. Sie sollen sich mit politischen Fragestellungen auseinandersetzen und diskutieren, um zu einer politischen Entscheidung zu gelangen und wie bisher die Aufsichtsfunktion wahrzunehmen. Die KRE hielt Rücksprache mit allen Fraktionen, um einen ausgewogenen Entwurf der Geschäftsordnung zu erhalten. Man hat aber nicht auf jedes Befinden eingehen können. Die Aufhebung der Bildungskommission gibt immer noch zu diskutieren. Ein politisches Sprichwort sagt, wenn nicht alle zufrieden sind, dann ist es ein guter Kompromiss. Für die Sinnhaftigkeit der Kommissionsarbeit soll jeder Einwohnerrat selber in der Verantwortung stehen. Ein erwähnenswertes Negativ-Beispiel betreff Kommissionsarbeit war die letzte Budget-Debatte. Medial wurde im Vorfeld von einer Partei das Referendum angekündigt. Die Kommissionsmitglieder dieser Partei kamen mit einer unumstösslichen Haltung und Meinungsbild der Fraktion zur Kommissionssitzung. Wie soll so in den Kommissionen um Kompromisse und Konsensfindungen lösungsorientiert und politisch diskutiert werden? Mit solch einer politischen Arbeitshaltung verkommen die Kommissionen zu einer Farce. Dann kann sich die Gemeinde das Sitzungsgeld sparen. Die Revision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates soll die Kommissionsarbeit verändern. Die SP/JUSO-Fraktion ist sich bewusst, die Kommissionsmitglieder und gerade deren Präsidien sind gefordert, den Denkansatz der Kommissionsarbeit zu erweitern. Deshalb erachtet sie es als wichtig, dass Kommissionspräsidenten eine Schulung erhalten, um die Leitung so zu führen, dass eine offene politische Diskussion in der Kommission stattfinden kann. Der Sinn der Verkleinerung des Parlaments soll ja sein, dass der Ratsbetrieb effizienter wird und dass es weniger grosse Diskussionen im Rat gibt. Wenn der Einwohnerrat es sinnvoll erachtet, sind Korrekturen an der Geschäftsordnung später immer möglich. Das Reglement ist nicht in Stein gemeisselt. Die SP/JUSO-Fraktion appelliert an die wiedergewählten Einwohnerräte, dass man mit dem neuen Instrument optimistisch in die neue Legislatur geht und stimmt der Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates zu.

Von Seiten der Grüne/JG-Fraktion gibt es laut Bruno Bienz nicht mehr viel zu sagen. Sie möchte der KRE und dem Präsidenten Rolf Schmid für die Arbeit herzlich danken. Es war eine speditive und gute Sache. Sie wird aber mit einem kritischen Auge schauen, ob sich das neue Modell der Kommissionen bewährt. Daher ist für die Grüne/JG-Fraktion der Antrag der CVP/JCVP betreffend neue Ziffer 3 wichtig. Es soll eine Auswertung betreffend der neuen Kommissionen gemacht und allfällige Fehler korrigiert werden. Auch die anderen Anträge der CVP/JCVP unterstützt sie. Die Grüne/JG-Fraktion stimmt dem B+A einstimmig zu.

Beat Tanner wird nicht für dieses Reglement stimmen. Er findet es nach wie vor nicht gut, dass man die Bildung und das Soziale in eine Kommission nimmt. Den Antrag der CVP/JCVP, dass man die Arbeit nach zwei Jahren überprüft, findet er hingegen gut. Er versteht nicht, dass in der Bürgerrechtskommission Einwohnerratsmitglieder Einsitz nehmen müssen. Dort gibt es keine Geschäfte, die man im Einwohnerrat vertreten kann. Er hätte es eher gesehen, dass man die BRK auslagern könnte, damit jede Partei Personen melden kann. Der Grund, dass man dann die Gemeindeordnung anpassen muss, ist kein richtiger Grund. Die Stadt Luzern hat letztes Jahr ihre Gemeindeordnung drei Mal angepasst. So schlimm ist das nicht.

Christine Kaufmann-Wolf dankt dem Präsidenten und den Mitglieder der KRE für die schnelle und zügige Aufgleisung der Reorganisation. Die Mamutkommission KBSG macht ihr Sorgen.

Der neue Präsident der KBSG muss die Arbeit vom SGK-Präsidenten und der BiK-Präsidentin übernehmen und zusammenführen. Die Themen der KBSG sind sehr breit und es ist sehr schwierig alles unter einen Hut zu bringen. Es wird eine Herausforderung sein den verschiedenen Anspruchsgruppen gerecht zu werden. Sie wünscht dem neuen Präsidenten sehr viel Energie, Mut und Zuversicht. Auch andere Gemeinden rund um Kriens sind an Departements-Reformen oder an einer Aufgleisung und Umstrukturierung zum neuen CEO-Modell. Doch keine andere Gemeinde fusioniert zwei bedeutende Kommissionen in eine. Kriens ist die einzige Gemeinde, die diesen Schritt so ausführt. Die Sprechende will nicht sagen, dass es falsch ist, einen neuen Weg auszuprobieren. Doch mit einer zusätzlichen gemeinderätlichen Bildungskommission werden weder Effizienz noch sonstige Vorteile geschaffen. Im Gegenteil, keiner weiss, was die andere tut. In dem Sinne wird sie sich nicht mehr gegen die anstehende Kommissions-Reform auflehnen, sondern diese überzeugt ablehnen. Sie wünscht sich eine grosse Unterstützung für den Antrag, dass in zwei Jahren die Arbeit der Kommission überprüft wird.

Gemäss Räto Camenisch ist die Verkleinerung des Einwohnerrates nun mal einfach da. Das bedeutet eine Umorganisation. Die KRE hat gute Arbeit geleistet. Irgendwo muss man Grenzen ziehen. Was bedeutet dies nun? Die Kommissionen haben einfach mehr Aufgaben und Gebiete. So gibt es grössere Ansprüche an die Mitglieder, Präsidenten und die Verwaltung. Es ist richtig, dass man dies so laufen lässt. Rein personell können keine zusätzlichen Kommissionen kreiert werden. Es ist sicher machbar, aber es braucht etwas mehr Arbeit. Man wusste, dass bei einer Verkleinerung des Einwohnerrates jedes einzelne Mitglied mehr Arbeit haben wird. Darum bittet er darum, die neue Geschäftsordnung des Einwohnerrates anzunehmen. Es ist sicher richtig, wenn man nach zwei Jahren schaut, was es gebracht hat und wo es Fehler gibt. Der Weg muss gegangen werden, denn es bleibt nichts anderes übrig.

Rolf Schmid, Präsident KRE, bedankt sich für die Blumen. Er möchte diese jedoch auch weitergeben. In der KRE wurde konstruktiv und lösungsorientiert gearbeitet. Es wurde gut diskutiert. Dies könnte sinnbildlich sein für die Zusammenarbeit in den Kommissionen für die nächste Legislatur. Die grossmehrheitliche Zustimmung freut den Sprechenden sehr. Er hat absolut Verständnis, wenn die einen oder anderen kritischen Blicke da sind. Es ist ja auch die Aufgaben des Einwohnerrates kritisch zu sein und nicht alles mit Freude und Oberflächlichkeit wahrzunehmen. Er ist froh, dass man dieser Arbeit auch etwas kritisch gegenübersteht. Es wird vielleicht auch verhindern, dass man das eine oder andere Mal ins Fettnäpfchen tritt. Das Fachwissen wurde von Enrico Ercolani noch angesprochen. Er gibt ihm Recht. Es braucht in jeder Kommission ein gewisses Wissen, welches man aufbauen muss. Das ist aber kein Expertenwissen. Für die Beratung des Gemeinderates gibt es Fachleute der Verwaltung oder von externen Büros. Man ist auf einem guten Weg, weil ja parallel die Departementsreform läuft. Hier kann auch noch nicht genau gesagt werden, wie es herauskommt. Deshalb ist es wichtig, dass man nach zwei Jahren hinschaut, um das Ganze zu überprüfen. Es kann geschaut werden, ob es dem politischen Prozess der Gemeinde, dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat dient. Weiter wurde die Bürgerrechtskommission angesprochen. Die KRE hatte den klaren Auftrag die Geschäftsordnung des Einwohnerrates anzuschauen. Wenn die Gemeindeordnung geändert werden müsste, bestand die Gefahr, dass dies zeitlich nicht mehr reichen wird. Am 1. September 2016 beginnt die neue Legislatur mit 30 neuen Einwohnerratsmitgliedern. Dann muss das Ganze stehen. Deshalb konnte nicht in die Gemeindeordnung gegriffen werden. Bezüglich der Sorgen bei der KBSG meint er, dass die Anliegen der Bildung nicht untergehen werden. Die grössere Kommission wird auch ihre Arbeit leisten können. Rolf Schmid bedankt sich nochmals für die Unterstützung und die tolle Zusammenarbeit innerhalb der Kommission.

Thomas Lammer stellt fest, da es sich um die 2. Lesung handelt, gibt es kein eigentliches Eintreten. Es wird mit der Detailberatung begonnen.

Detailberatung

Anträge CVP/JCVP

Kathrin Graber stellt folgende Anträge:

Art. 52 Abs. 5 & Art. 53 Abs. 2

Der Hinweis auf die „Mehrheits- und Minderheitsmeinung“ ist zu streichen. Der Einwohnerrat hat in der ersten Lesung beschlossen, die Möglichkeit von Minderheitssprechenden zu streichen. Dementsprechend sind in den angegebenen Artikeln die Sprechenden der Mehrheits- und Minderheitsmeinung wegzulassen.

Anhang: Hinweis auf gesetzliche Bestimmungen:

Der Hinweis auf § 37 Gemeindegesetz ist zu ergänzen. Diese Bestimmung enthält eine Regelung zum Ausstand im Gemeindeparlament.

Ergänzung des Beschlusstextes - Neue Ziffer 3:

Zwei Jahre nach Beginn der neuen Legislatur ist auszuwerten, wie sich die drei neuen Kommissionen KFG, KBSG und KBVU bewährt haben.

Thomas Lammer stellt fest, dass es gegen die Anträge der CVP/JCVP keine Opposition gibt. Deshalb sind diese Anträge überwiesen.

Synopse

Seite 18 Art. 37 Abs. 1

Erich Tschümperlin führt aus, dass Fraktions- und Kommissionserklärungen sowie persönliche Erklärungen ausserhalb der traktandierten Geschäfte dem Präsidium anzumelden und von diesem bewilligen zu lassen sind. Aufgrund was entscheidet der Präsident? Kann er auch eine Erklärung ablehnen?

Gemäss Rolf Schmid wurde dieser Wortlaut von der vorherigen Geschäftsordnung übernommen. Der Präsident hat zu überprüfen, ob die Erklärung mit einem Traktandum im Zusammenhang steht oder nicht. Nur das ist damit gemeint.

Räto Camenisch stört sich auch etwas an diesem Artikel. Es ist ja eine Ausnahmesituation, wenn jemand eine persönliche Erklärung abgibt. Dass man diese schon vorzensiert, findet er unwürdig für ein gewähltes Einwohnerratsmitglied. Deshalb sollte es nicht so geschrieben werden.

Kathrin Graber ist für einen geordneten Ablauf der Sitzungen. Dort hat das Präsidium die Fäden in der Hand. Deshalb findet sie es logisch, dass man die Erklärung beim Präsidium anmeldet. Dann nimmt dieser das zur Kenntnis und kann es im Sitzungsablauf einplanen. Sonst wirkt es etwas spontan und unvorbereitet. Der Redner weiss selber nicht, wann er zu Wort kommt. Sie schaut es nicht als Zensurierung an. Das ist auch nicht die Aufgabe des Präsidiums.

Räto Camenisch wurde vielleicht nicht ganz korrekt verstanden. Ihn stört das Wort Bewilligung. Es ist schon richtig, dass man die Erklärung anmeldet.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die Geschäftsordnung des Einwohnerrates wird festgesetzt und auf den 1. September 2016 in Kraft gesetzt.
2. Das Reglement über die Organisation der Volksschule der Gemeinde Kriens vom 24. Januar 2008 wird per 31. August 2016 aufgehoben.
3. Zwei Jahre nach Beginn der neuen Legislatur ist auszuwerten, wie sich die drei neuen Kommissionen KFG, KBSG und KBVU bewährt haben.
4. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
5. Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 220/15:

Der Beschlussestext wird mit 28:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	Enthaltung
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

5. Bericht und Antrag: Anpassung Parkplatzreglement, 2. Lesung Nr. 231/16

Martin Heiz führt aus, dass auch hier in der BK keine Eintretensdebatte mehr erfolgte, da es sich auch hier um eine 2. Lesung handelt. Aufgefallen ist, dass die Bestandesgarantie aufgenommen wurde. Eine Fraktion war sich noch nicht einig, was sie sagen soll und man war von der Vorlage auch enttäuscht. Es wurde festgestellt, dass nur gerade die bei der 1. Lesung beschlossenen Änderungen eingeflossen sind und sonst ist fast alles noch gleich. Für Einige wurde nur Kosmetik betrieben, aber auf die wichtigen Themen wurde nicht eingegangen. Für die Einen ist diese Vorlage nicht annehmbar. Es ist wie in der 1. Lesung. Für die Einen geht das Reglement zu wenig weit und für die Anderen zu weit. Am Schluss wurde der B+A mit 3:2 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Raphael Spörri meint, dass leider auch in der USK die Meinungen gemacht schienen. Bereits wie bei der Sitzung der 1. Lesung wurden die Pro-Argumente und gegenteilige Meinungen noch einmal zementiert. Geht das Reglement den Einen immer noch zu wenig weit, erachten die Anderen das Reglement noch immer als Einmischung des Staates in die Privatsphäre. Trotzdem fand in der USK in der Folge eine spannende Diskussion statt. Nachdem man gemeinsam das Reglement mit den eingebauten Bemerkungen und Anträgen beraten hat, waren die Differenzen plötzlich nicht mehr unüberwindbar. Wie viele Prozente nun in der Reduktionstabelle richtig sind, oder ob das Reglement KMU schädlich ist, ob Wohnungen nun schwieriger zu verkaufen sind oder ob mit dem neuen Reglement das Ei des Kolumbus gefunden wird, ist schlussendlich auch ein bisschen Kaffeesatz lesen. Die Frage blieb auch in der USK-Sitzung im Raum. Was braucht es für einen Kompromiss? Die USK schaffte es trotzdem nicht ein gemeinsames Resultat zu Stande zu bringen. Sie steht aber mehrheitlich hinter dem neuen Reglement und sieht es als Werkzeug, die kommenden Herausforderungen eines stark ansteigenden Verkehrs in den Griff zu bekommen. Aber sie war sich, wie gesagt, nicht einig. Es liegt nun am Rat, sich anzunähern und mit vereintem Willen einen gangbaren Weg zu finden. Dazu muss auch ein wenig verhandelt, gedealt und Kompromisse eingegangen werden. Dieses Reglement ist keine Glaubenssache. Erst wenn man den Mut hat den eigenen Horizont zu öffnen und gemeinsam in der Diskussion Vorteile zu erkennen, wird man es schaffen, das vorliegende Reglement umzusetzen und wenn nötig in einem zweiten Schritt anzupassen. Die USK hat es leider nicht geschafft eine gemeinsame Meinung zu erarbeiten. Es waren aber Ansätze erkennbar, um mit Kompromissen den Verkehr mit verschiedenen Instrumenten nicht zu bekämpfen, sondern gemeinsam in den Griff zu kriegen. Die Mehrheit der USK empfiehlt dem Rat das Reglement festzusetzen und dem Regierungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten.

Laut Anita Burkhardt-Künzler, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, ist das neue Parkplatzreglement auch in der 2. Lesung nicht unumstritten. So befürchten einige Krienser Einwohner, dass eine Verschärfung des Parkplatzreglements eine Beschränkung und Bevormundung ihrer Lebensart darstellt. Denn das Auto ist und bleibt ein Symbol der persönlichen Freiheit. Trotzdem oder gerade deshalb besteht aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung der Parkplätze, vor allem im Hinblick auf den Bauboom in LuzernSüd. Auch hat der Einwohnerrat eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, welche die Einwohnerratsmitglieder wahrnehmen sollten, eben weil ihr Blickwinkel manchmal ein Anderer ist. Aber die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist auch nicht blind und versteht die Verunsicherung bezüglich dieses neuen Reglements. Auch ist sie nicht überzeugt, dass mehr Parkplätze generell mehr Verkehr verursachen. Ein Auto, welches zwar für eine Familie Flexibilität bedeutet, jedoch nicht für den Weg zur täglichen Arbeit gebraucht wird, benötigt zwar einen Parkplatz, generiert jedoch nicht die befürchteten Fahrten zu den Stosszeiten. Auch ist es für die

CVP/JCVP/GLP-Fraktion keine Option, dass ein Investor irgendwo auf Krienser Boden gar keine Parkplätze zu erstellen braucht. Lädt sich dabei die Gemeinde doch ohne Not Probleme mit wildem Parkieren auf, von Mietern, die in diesem Gebiet wohnen und trotzdem ein Auto haben werden. Das Argument, es kommen ja sowieso nur Personen, die kein Auto haben, sticht nicht. Oder weshalb sollen nur die attraktiven ÖV-Verbindungen Anreiz fürs Wohnen in LuzernSüd sein, liegen doch die neuen Areale ebenso ideal zum Anschluss an die Autobahn. Deshalb hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zusammen mit der FDP einen Kompromiss gesucht, damit man am Ende dieser Einwohnerratssitzung ein brauchbares Instrument zur Verfügung hat und das Parkplatzreglement keinen Schiffbruch erleidet. Trotzdem findet sie es schade, dass die Koordination zwischen Horw und Kriens nicht sehr stimmig war und Kriens nun die Vorreiterrolle eines neuen Parkplatzreglements übernehmen muss. Im Übrigen kann die Mehrheit der CVP/JCVP/GLP-Fraktion diesem Parkplatzreglement zustimmen und wird dieses annehmen. Herzlichen Dank an den Gemeinderat für seine Arbeit.

Als Martin Heiz, SVP-Fraktion, die Dokumente gelesen hat, musste er feststellen, dass man immer noch gleich weit ist wie vorher. Die Anliegen, das Gewerbe und die Wirtschaft werden nicht ernst genommen. An den Faktoren und Prozentzahlen wurde nichts korrigiert. Man möchte es nun einfach so durchstieren. Das ist enttäuschend. Die Wirtschaft ist auf Parkplätze angewiesen. Überall dort, wo Kurzzeitparkplätze fehlen, hat es keine Geschäfte mehr oder diese orientieren sich anders. Den Sprechenden freute es, dass Horwer Einwohnerrat das Parkplatzreglement zurückgewiesen hat. Er denkt nun, dass es wahrscheinlich am besten gewesen wäre, wenn man den B+A zurückgewiesen hätte. So hätte es der Gemeinderat das Reglement nochmals überarbeiten können. Jetzt ist der Einwohnerrat vor die Tatsache gestellt ja oder nein zu sagen. In dieser vorliegenden Form wird die SVP-Fraktion dieses Reglement ablehnen.

Thomas Lammer begrüsst den eingetroffenen Sachverständigen Stefan Oberer.

Laut Beat Tanner haben in der 1. Lesung des Parkplatzreglements die Kernanliegen der FDP-Fraktion keine Mehrheit gefunden. Sie begrüsst jedoch die Änderung resp. die Aufnahme des Artikels 24 betreffend Bestandesgarantie, was sie für einen äusserst wichtigen Punkt hält. Für sie ist ein weiterer Punkt sehr wichtig, dass der Gemeinderat zusätzliche Parkplätze bewilligen kann, wenn ein Bedarf für Betriebszwecke wie Firmen vorhanden ist. So bleibt die Gemeinde Kriens diesbezüglich unternehmerfreundlich und ist weiterhin für Ansiedlungen attraktiv. Trotzdem kann die FDP-Fraktion dem vorliegenden Reglement nicht zustimmen, weil für sie die persönliche Einschränkung bei Bewohnerparkplätzen der Einwohner und Investoren zu weit geht. Es kann nicht sein, dass in der Zone 1 ohne Parkplätze gebaut werden darf und dies ohne Ersatzabgaben. Wie sie schon öfters argumentiert hat, generiert nicht jeder Parkplatz automatisch in den Spitzenzeiten mehr Verkehr. Viele Bürgerinnen und Bürger fahren unter der Woche mit dem Velo oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit, obwohl sie ein Auto besitzen und dies nur an Wochenenden benützen. Diese leben umweltbewusst, möchten aber auf die Freiheit flexibel ein Auto zu benutzen nicht verzichten. Um dem Parkplatzreglement trotzdem noch eine Chance zu geben, hat die FDP zusammen mit der CVP versucht einen Kompromiss zu finden. Deshalb stellen sie heute einen Antrag beim Artikel 9 Bewohnerparkplätze die vorgeschriebenen Prozentzahlen im Minimum sowie im Maximum anzupassen. Ein entsprechender Antrag der FDP liegt vor. Dies gewährleistet zum einen, dass nur 0 Parkplätze gebaut werden können, wenn der Bauherr dazu eine Ersatzabgabe zu Gunsten der Gemeinde bezahlen muss. Zum anderen liegen dann vergleichbare Wohngebiete in der Stadt Luzern im Bereich der effektiven Nachfrage, auch bei sehr guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Sollte der Antrag keine Mehrheit finden, wird die FDP das Referen-

dum gegen das Parkplatzreglement ergreifen und die Einwohnerrinnen und Einwohner von Kriens entscheiden lassen. Sie hofft auf Unterstützung im Sinne der Sache.

Manuel Schmutz, SP/JUSO-Fraktion meint, dass nun also der B+A zur Anpassung des Parkplatzreglements in der 2. Lesung vorliegt. Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung. Die angenommenen Anträge aus der 1. Lesung wurden angepasst. Die Anträge der SP/JUSO-Fraktion wurden in der 1. Lesung abgelehnt und werden im Bericht nicht einmal mehr erwähnt. Es wird gesagt, dass ein Teil des Einwohnerrates das Reglement lockern wollte, dass sie es jedoch lieber restriktiver gehabt hätten, wird mit keinem Wort erwähnt. Die SP/JUSO-Fraktion hofft sehr, dass dies in kommenden Berichten nicht mehr der Fall sein wird und alle im Einwohnerrat geäußerten Meinungen erwähnt werden. Wie bereits im Votum der 1. Lesung gesagt wurde, geht dieses Reglement für sie in die richtige Richtung, jedoch nicht weit genug. Jetzt liegt diesem Bericht auch die Stellungnahme des Kantons bei und siehe da, praktisch alle ihre Forderungen werden aufgegriffen. Ein restriktiveres Reglement wie sie es gerne gesehen hätte, ist also keineswegs Wunschdenken, sondern die gängige Planungspraxis von Experten auf diesem Gebiet. Die SP/JUSO-Fraktion kann und darf den MIV nicht mehr einfach unkontrolliert ansteigen lassen. Man hat keinen Platz mehr für noch mehr Strassen. Ein Beispiel dazu: Wenn die Autobahn in Kriens mit dem Projekt "Bypass" ausgebaut werden soll, was definitiv eine Verkehrszunahme mit sich bringt, stellen sich alle dagegen. Wenn man jedoch wie hier im Parkplatzreglement eine der Ursachen für Verkehr, die Parkplatzanzahl, senken kann, sind auch alle dagegen. Wenn mehr Auswärtige auf der Autobahn durch Kriens fahren wollen, ist das nicht ok. Wenn man jedoch das eigene Verkehrsaufkommen senken kann, ist das auch nicht ok. Das heisst nichts anderes, als der Verkehr der Anderen darf nicht durch Kriens, aber uns selbst etwas zurückzunehmen auf keinen Fall. Das ist purer Egoismus. Im Reglement wird an den gebietsspezifischen Reduktionsfaktoren festgehalten, obwohl selbst der Kanton restriktivere Faktoren fordert. Jetzt kommt die FDP und fordert noch laschere Faktoren. Mit einer kleinen Erhöhung hätte die SP/JUSO-Fraktion leben können, aber so wie es die FDP fordert kann und wird sie es auf keinen Fall unterstützen. Obwohl die Forderungen der SP/JUSO-Fraktion also fachlich begründet und absolut zukunftsweisend sind, hat sie beschlossen darauf zu verzichten in der 2. Lesung noch einmal Anträge zu stellen. Sie sieht das vorliegende Reglement als kompromissfähige Lösung an, welches sie bereit ist mitzutragen. Erneute Verschärfungen dieses Reglements weist sie jedoch kategorisch zurück. Die SP/JUSO-Fraktion hofft sehr, dass die anderen Parteien auch so vernünftig sein können und dieses Reglement wie es vorliegt genehmigen.

Die Grüne/JG-Fraktion findet laut Erich Tschümperlin das überarbeitete Parkplatzreglement als richtigen Ansatz. Es bietet die richtigen Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Kriens will nicht im Verkehr ersticken, man braucht jetzt Lösungen und zwar zukunftssträchtige. Vieles wurde bereits gesagt. Der Sprechende möchte gerne an dieser Stelle auf ein paar Fakten hinweisen. Der Kanton lobt die konsequente Umsetzung. Er weist darauf hin, dass einheitliche Reglemente in LuzernSüd sehr wichtig sind. Investoren interessieren sich nicht für Gemeindegrenzen. Wenn man das Potential ausschöpfen will, muss man gemeinsam unterwegs sein. Darum braucht LuzernSüd Unterstützung. Der Kanton hat strengere Reduktionsfaktoren verlangt und dieser ist ja nun weiss Gott nicht ein linkes Gremium. Er lässt sich aber offenbar von Fakten überzeugen. Auch bei der Gebietszuteilung hat sich der Kanton für eine strengere Variante ausgesprochen. Auch LuzernPlus, das Amt Verkehr und Infrastruktur, das Amt Umwelt und Energie und der Verkehrsverbund begrüssen das neue Reglement. Sie alle sind davon betroffen, denn sie sind auch für Infrastruktur verantwortlich, wie Strassen, ÖV und Lärmschutz. Wenn man nicht auf diese Fachleute hört, kann Kriens dies noch teuer zu stehen kommen. Vor einiger Zeit hat Werner Baumgartner von der CVP einen Vorstoss zur Angleichung der Vorschriften an der Gemeindegrenze eingereicht. Dieser erhielt breite Unterstützung. LuzernSüd will genau dies verhindern und denkt über die Gemeindegrenzen hinaus. Er

hofft, dass nun nicht jede Gemeinde selbst ein neues, ganz eigenes und natürlich besseres Süppchen kocht. Wenn es nicht gelingt den Verkehr zu lenken, kann dies die Gemeinde oder Grundstückbesitzer sehr teuer zu stehen kommen. Nimmt der Stau überhand und können Gebiete nicht mehr vernünftig erreicht werden, gelten sie als nicht erschlossen. Auf solchen Gebieten darf keine Baubewilligung mehr erteilt werden und die Gemeinde muss Strassenraum erstellen. Was das für die Krienser Finanzen bedeutet, ist allen klar: ein Desaster. Fachleute haben ein Parkplatzreglement erarbeitet, das auf die Krienser Probleme zugeschnitten ist. An dieser Stelle möchte die Grüne/JG-Fraktion für ihre Arbeit danken. Es ist für Laien nicht einfach das Resultat zu akzeptieren, sind doch alle Verkehrsexperten. Die Anwesenden sind jedoch Nutzer und nicht Planer. Das sollte man sich vor Augen halten, wenn man über das Reglement urteilt und „Verbesserungen“ anbringt. Alle Einwohnerratsmitglieder haben eine Stellungnahme des Gewerbeverbandes Kriens erhalten. Dazu möchte die Grüne/JG-Fraktion folgendes anmerken: Wer versucht die Probleme von heute mit Massnahmen von gestern zu lösen, den bestraft die Realität. Man baut heute viel dichter, Kriens ist massiv gewachsen und der Wohlstand ist gestiegen. Es gibt viel mehr Mobilität. Diese muss in sinnvolle Bahnen gelenkt werden, denn der Platz ist beschränkt und teuer. Wer glaubt, dass möglichst viele Parkplätze und eine Doppelspur durch Kriens die Probleme der KMU löst, hat das Problem nicht verstanden. Ein Besuch moderner und begehrter Quartiere in der Stadt zeigt den Weg in eine attraktive Zukunft. Die Grüne/JG-Fraktion stimmt dem Parkplatzreglement trotzdem zu, sofern es nicht weiter verwässert wird. Noch etwas zu der Aussage der SVP, dass wo Parkplätze fehlen, es keine Geschäfte mehr hat. Er empfiehlt Martin Heiz einen Besuch in der Altstadt Luzern. Horw hat ihr Parkplatzreglement verworfen, weil in jedem Fall Ersatzabgaben bezahlt werden müssen. Wenn Martin Heiz auf mehr hofft, könnte er enttäuscht werden. Nun kommt er noch zum liberalen Reglement. Er glaubt nicht, dass es liberal ist, wenn Grundeigentümer gezwungen werden Parkplätze zu bauen. Eine Nulllösung kann ebenfalls so liberal. Der Grundeigentümer kann sich dann selber entscheiden. Wenn ein Investor gezwungen wird Parkplätze zu bauen, ist das eben so wenig liberal, wie wenn man ein gewisses Mass vorlegt.

Raphael Spörri war erfreut über den Antrag der FDP. Er hat daraus interpretiert, dass eine gewisse Kompromissbereitschaft vorhanden ist. Ihm gefällt es aber nicht, dass dieser Antrag nun zu einem Erpressungsantrag gemacht wurde. Wenn dieser nicht angenommen wird, ergreift man das Referendum. Das ist sehr schade. Der Sprechende ist immer noch hin und hergerissen, was er machen soll. Er findet den Antrag eigentlich gut. Er ist auch bereit einen Kompromiss zu machen. Aber er muss es sich nochmals überlegen.

Yasikaran Manoharan möchte den Einwohnerrat bitten, sich genau zu überlegen, ob sie mit einer Zustimmung zum Antrag der FDP den nachfolgenden Generationen einen Gefallen tun. Die Schweiz erlebt ein Bevölkerungswachstum und niemand kann dies abstreiten. Genau dieses rasante Bevölkerungswachstum zeichnet sich in den grossen Städten und Agglomerationen ab. Mit der Vielzahl an Überbauungen die gerade realisiert werden, steigt auch die Herausforderung den Verkehr sinnvoll zu meistern. Obwohl die neu entstehenden Quartiere und Überbauungen mehr Verkehr produzieren werden, kann und darf man nicht das bestehende Strassennetz in Kriens ausbauen. Viele Ausbaumöglichkeiten gibt es ja gar nicht. Da wird auch ein geforderter Umfahrungstunnel keine Lösung bringen. Das Ziel vom neuen Parkplatzreglement ist es, den Verkehrsfluss insgesamt stabil zu halten und mit der knappen Ressource „Strassenkapazität“ nachhaltig umzugehen. Mit dem neuen Parkplatzreglement profitieren ja auch diejenigen, die auf die Fahrt mit dem Auto angewiesen sind. Es sollen daher auch nur dort Parkplätze geschaffen werden, wo auch eine gute Erschliessung zum Verkehr möglich ist. Mit dem Antrag der FDP werden Investoren und Bauherren gezwungen mehr Parkplätze anzubieten, als dass benötigt werden und schafft damit ein Überangebot und einen Fehlanreiz. Im Sinne der nachfolgenden Generationen hofft der Sprechende, dass der Antrag abgelehnt wird.

Für Alfons Graf ist dieses Parkplatzreglement ein kommunistisches Werk. Im Ostblock wollte man die Leute früher so einschränken. Das Parkplatzreglement ist ein Werk von Träumern. Man will das Rad um Jahre zurückdrehen und den Bürger zwingen, auf die Freiheit das Auto zu benutzen zu verzichten. Besonders tragisch ist, dass dieses Reglement das Gewerbe kaputt macht. Er ist zuversichtlich, dass das Volk das letzte Wort haben wird. Er ist überzeugt, dass das Volk diesen Schmarren ablehnen wird.

Rolf Schmid stellt fest, dass es die vorgeschlagene Lösung braucht. Dies hat nichts mit Ideologien oder Kommunismus zu tun. Die Zeit ist noch nicht da, um solche restriktiven Regeln einzuführen. Die Leute sind noch nicht so weit. Man muss vielleicht einmal spüren, dass es wirklich keine Freiheit ist, wenn man im Stau steht. Dazu braucht es noch einen gewissen Prozess. Deshalb kann er hinter dem ausgehandelten Vorschlag der FDP und der CVP stehen. Es ist ein Kompromiss. Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach. Dem Zeitgeist muss auch noch etwas Rechnung getragen werden.

Beat Tanner möchte ausführen, wie der Antrag zu Stande gekommen ist. Bei den Bewohnern möchte man auch das Minimum anpassen. Das heisst, dass man null Parkplätze bauen kann, aber man aber Ersatzabgaben leisten muss. So soll auch etwas in die Gemeindekasse fließen. Auf der anderen Seite wollte man auch das Maximum anpassen, damit die Bewohner, die unter der Woche das Auto nicht brauchen, am Wochenende die Freiheit haben ein Auto zu benutzen. Man hat dies mit der Überbauung „Wohnen im Tribtschen“ verglichen. Dort wurden zu viele Parkplätze gebaut. Man hat aber bemerkt, dass es trotz guter ÖV-Anbindung Parkplätze braucht. Im Gebiet II hat er mit 0.8 gerechnet. Das hat die FDP dazu bewogen mit der CVP einen Kompromiss zu finden. Dies ist ein Kompromiss im Sinne der Sache

Cla Büchi möchte darauf hinweisen, dass Kriens ein Verkehrsproblem hat. Man muss mit diesen Kapazitäten umgehen. Die letzte Konsequenz, wenn man das Problem nicht mit einem solchen Reglement lösen kann, ist dass die Verkehrsinfrastrukturen ausgebaut werden müssen. Das sind gewaltige Kosten, die auf die öffentliche Hand zukommen. Letztlich bedeutet es beispielsweise auch die Enteignung von Land bei privaten Eigentümern, weil die Strassen auch erweitert werden müssen. Das Strassennetz ist gebaut und steht fest. Es gibt keine grossen Möglichkeiten auf dem bestehenden Strassennetz noch mehr Kapazitäten aufzunehmen.

Für Bruno Bienz ist klar, dass das Reglement so kommen soll, wie es nun vorliegt. In der Zukunft wird man nicht darum herum kommen. Er versteht gewisse Kreise, dass sie noch nicht in der Lage sind, dies so zu akzeptieren. Für viele ist das Auto immer noch das Mass der Dinge. Die aufgelisteten Gründe sind sicher nicht stichhaltig. Die Vernunft sagt eigentlich etwas anderes. Es braucht eine Lösung und diese ist ein neues Reglement. Vielleicht muss man dies in zwei Schritten machen. Als erstes soll die Kröte der FDP geschluckt werden und danach kann dies zu einem späteren Zeitpunkt wieder angepasst werden. Das ist ja auch nicht in Stein gemeisselt.

Judith Mathis-Wicki möchte diese Kröte von der FDP nicht einfach so schlucken. Sie geht davon aus, dass die Anwesenden mehr oder weniger Laien in Verkehrsfragen sind. Sie möchte gerne von Stefan Oberer hören, was die Erhöhung der Zahlen bedeutet. Für sie geht der Antrag der FDP in die falsche Richtung.

Yasikaran Manoharan findet diesen Antrag nicht gewerbe- und dienstleisterfreundlich, wenn man Investoren an die Kasse bitten muss, wenn diese nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stellen. Der Sprechende ist bei der Planung der Musikhochschule dabei. Dort muss sehr viel Geld dazu bezahlt werden, weil nicht die benötigten Anzahl Parkplätze angeboten werden können, obwohl gerade unmittelbar daneben die Allmend ist, wo es mehr als genug Parkplätze gibt.

Enrico Ercolani kommt auf die Aussage von Beat Tanner zu sprechen, dass es im Tribschen zu viele Parkplätze hat. Er möchte feststellen, dass zu viele Parkplätze nicht mehr Verkehr geben.

Beat Tanner stellt fest, dass wenn es keine Parkplätze hat, muss man sich mit dem ÖV, dem Velo oder zu Fuss fortbewegen. Beim Südpol wurde auch der Minutentakt der Busse angepasst. Dementsprechend zahlt man auch Haltestellenabfahrten. Deshalb findet er es mehr als richtig, dass wenn keine Infrastruktur vorhanden ist, soll man eine öffentliche Abgabe leisten.

Gemäss Cyrell Wiget ist es dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass man heute zu einem Schluss kommt, auch wenn es ein Kompromiss ist. Wo dieser Kompromiss genau liegt, ist nicht Aufgabe des Gemeinderates. Der Gemeinderat hatte die Aufgabe die Plausibilität zu überprüfen. Im B+A und im Anhang sieht man ganz viele Rechenbeispiele und Modellrechnungen. Die Zwischenprüfung des Kantons ist mittlerweile auch eingegangen. Er ist der Meinung, dass Kriens nicht auf dem falschen Weg ist und dies dem Einwohnerrat so nochmals vorgelegt werden soll. Es wurde auch eine Abhandlung über die Carparkplätze erstellt. Der Gemeinderat könnte im Sinne eines Kompromisses dazu noch einen Antrag einbringen. Er möchte dies jedoch im Reglement des öffentlichen Grundes lösen. Die gestellten Anträge wurden alle eingearbeitet und die Anpassungen wurden vorgenommen. Ein Totalabsturz wäre wirklich schlecht, denn so besteht die Gefahr, dass es zu Gebäuden kommen kann, die nicht als erschlossen taxiert werden. Diese Grundstücke würden so eine Abwertung erfahren. So etwas ist wirtschaftlich nicht tragbar. Der Einwohnerrat muss heute entscheiden, inwieweit er den Schalter umlegen möchte. Es ist schön, dass der Antrag der FDP und CVP nur auf die Bewohner und nicht alle drei Elemente gestellt wurde. Das Parkplatzreglement ist für die Entwicklung in LuzernSüd sehr wichtig. Cyrill Wiget kommt darauf zurück, was in den letzten Jahren alles passiert ist. Vor etwa 15 Jahren wurde das Fahrtenmodell vorgeschlagen, welches abgelehnt wurde. In der Zwischenzeit hat man andere Modelle erstellt und versucht. Ein Instrument daraus ist das Parkplatzreglement. In den 15 Jahren konnte der Verkehr ungehindert zunehmen. Nun weiterhin nichts zu machen, ist eine Bankrotterklärung. Es wurde erwähnt, dass die Gemeinde Horw das Parkplatzreglement in 1. Lesung zurückgewiesen hat. Dort ging es in erster Linie um die Abgeltung. Diese wurde vom Gemeinderat Kriens im Hinblick auf die 2. Lesung nach unten angepasst. Inhaltlich ist man mit dem jetzigen Reglement auf dem richtigen Weg. Die Stadt Luzern hat ein strengeres Reglement als Kriens und hat jetzt noch 10 % zu viele Parkplätze. Wenn man sagt, dass dies gewerbeunfreundlich ist, muss man wissen, dass eine Credit Suisse kürzlich all ihre Liegenschaften bewertet hat. Dabei ist herausgekommen, dass sie einen Parkplatzüberbestand von 29 % hat. Wenn man mit dem alten Parkplatzreglement weiterhin die Forderung stellt so hohe Parkplatzzahlen umzusetzen, zwingt man die Wirtschaft Parkplätze zu bauen, die es heute nicht mehr braucht. Das kann nicht als liberal bezeichnet werden. Es wurde vorher die Frage gestellt, weshalb beim Kleinfeld keine Tiefgarage gebaut wird. Man hat dies mit der LUPK besprochen und dieser Punkt war nach zwei Sätzen abgehandelt. Eine Tiefgarage rentiert heutzutage schlichtweg nicht mehr. Es stimmt, dass keine Abhandlung der Forderungen der SP/JUSO-Fraktion gemacht wurde. Er nimmt dies so entgegen. Der Gemeinderat ist wahrscheinlich darüber gestolpert, weil sich ihre

Forderung mit der des Kantons decken. Der Gemeinderat ist seinem Antrag treu geblieben. Bei den Reduktionsfaktoren wurde nichts nach unten verändert.

Stefan Oberer erklärt, dass der Antrag der FDP grundsätzlich bei den Minimalwerten beginnt. Die Minimalwerte sind bewusst sehr tief, weil man Freiheiten lassen wollte. Man weiss, dass das Strassennetz doch etwa 5.0 zuerst nach dem Limit läuft. So ist man froh, wenn jemand etwas weniger bauen möchte. Er kann gut damit leben die Minimalwerte etwas zu erhöhen. Es gibt immer noch die Möglichkeit, dass nach Art. 9 Abs. 6 trotzdem weniger Parkplätze gebaut werden können und dann einfach eine Ersatzabgabe bezahlt werden muss. Nun kommt er zum Maximalwert. Je mehr Parkplätze es gibt, desto schneller sind die Reserven des Strassennetzes aufgebraucht. Wichtig ist, dass es eine greifende Regelung gibt, um LuzernSüd zu entwickeln. Wenn es nichts gibt, wird es ziemlich schwierig LuzernSüd zu entwickeln. Es besteht immer noch die Möglichkeit, dass eine Nachjustierung mit Pull-Massnahmen stattfinden kann. Die Buslinie 5 und der Veloweg auf dem alten Zentralbahntrasse sind Anreize, damit man die alternativen Verkehrsmittel nutzt und zur Beeinflussung des Mobilitätsverhalten führt. Das heisst, wenn man diese Werte nach oben korrigiert, muss umso mehr in solche Pull-Massnahmen investiert werden. Er kann sich vorstellen, in die Richtung gemäss Antrag der FDP zu gehen. Er empfiehlt eine Abstufung von 60 %, 70 %, 80 %, 90 % und 100 %.

Thomas Lammer stellt fest, da es sich um die 2. Lesung handelt, gibt es kein eigentliches Eintreten. Es wird mit der Detailberatung begonnen.

Detailberatung

Reglement

Antrag FDP – Art. 9 Berechnung des tatsächlichen Bedarfs an Abstellplätzen

Die FDP-Fraktion möchte gemäss Beat Tanner die Tabelle in Absatz 1 wie folgt ändern:

	Bewohner
Gebiet I	20 % - 60 %
Gebiet II	30 % - 80 %
Gebiet III	40 % - 90 %
Gebiet IV	50 % - 100 %
Gebiet V	60 % - 100 %

Judith Mathis-Wicki opponiert diesem Antrag. Sie möchte einen Gegenantrag stellen, dass die Obergrenze abgestuft wird, wie es Stefan Oberer gesagt hat.

	Bewohner
Gebiet I	20 % - 60 %
Gebiet II	30 % - 70 %
Gebiet III	40 % - 80 %
Gebiet IV	50 % - 90 %
Gebiet V	60 % - 100 %

Laut Beat Tanner unterstützt die FDP-Fraktion diesen Gegenantrag nicht. Stefan Oberer ist zwar eine Fachperson, aber die Zahlen sind etwas aus der Luft gegriffen. Das Gebiet II hat er

mit dem Tribschenquartier abgeglichen. Dort ist etwas mehr dahinter. Es ist schwierig über Prozentzahlen zu sprechen. Bei 10 % mehr oder weniger macht ja dann erst die Menge der Wohnungen etwas aus. Der Sprechende nimmt es wunder, wie man auf eine solche Abstufung kommt. Wie ist dies fachlich hinterlegt?

Stefan Oberer stellt fest, dass sehr viele Faktoren in dieses Reglement hineinspielen. Die ÖV-Erschliessung und der Fuss- und Veloverkehranteil sind wichtig. Man ist von der Dichte im Zentrum im Gebiet II ausgegangen. Die Dichte im Zentrum liegt bei über 80 Personen pro Hektar. Dort liegt der MIV-Anteil zwischen 29-34 %. Der Autoanteil liegt somit in diesem Gebiet bei rund 30 %. Man versuchte dies bewusst abzustufen, auch weil die Leistungsfähigkeit an vielen Punkten kritischer ist, als im Zentrum Kriens. Man ist am Autobahnanschluss Luzern-Kriens, beim Mattenplatz, beim Autobahnanschluss Luzern-Horw und beim Knoten Vordereschlund recht am Limit. Von der Credit Suisse weiss man nun auch, dass schweizweit rund 29 % der Parkplätze frei stehen, besonders in den gut erschlossenen Gemeinden. Die Luzernerstrasse ist mit der Linie 1 und der neuen Linie 5 sehr gut erschlossen. Auch der Bahnhof Mattenhof hat in diese Überlegungen hineingespielt.

Die SP/JUSO-Fraktion opponiert laut Manuel Schmutz dem Antrag der FDP selbstverständlich auch. Dieser Antrag geht genau in die andere Richtung, als dass sie in der 1. Lesung gefordert hat. Beat Tanner hat gesagt, dass der Fachexperte die Zahlen aus der Luft greift. Woher hat er denn seine Zahlen?

Beat Tanner hat die Überbauung Tribschen als Ausgangslage genommen und hat den Vergleich damit gemacht. Es wurde noch nicht richtig verstanden, dass in jedem Gebiet null Parkplätze gebaut werden können. Man muss einfach Ersatzabgaben leisten. Deshalb versteht er nicht, weshalb es eine solche Aufregung gibt.

Yasikaran Manoharan fragt, ob man eine 5-minütige Pause einlegen kann, bevor man darüber abstimmt.

Thomas Lammer stimmt dem Unterbruch zu.

Abstimmung Parkplatzreglement, Antrag GR (gemäss Vorlage), gegenüber Antrag FDP (Anpassung Art. 9) und Antrag Mathis (Anpassung Art. 9):

Mit 7:16:9 Stimmen erhielt kein Antrag das absolute Mehr. Der Antrag Gemeinderat fällt weg.

Berger, Rita	FDP
Bienz, Bruno	FDP
Bienz, Viktor	FDP
Binggeli, Michèle	GR, gemäss Vorlage
Büchi, Cla	Mathis
Burkhardt-Künzler, Anita	FDP
Camenisch, Räto	GR, gemäss Vorlage
Ercolani, Enrico	Mathis
Fässler, Peter	Mathis
Fluder, Hans	GR, gemäss Vorlage
Graber, Kathrin	FDP
Graf, Alfons	GR, gemäss Vorlage
Heiz, Martin	GR, gemäss Vorlage
Kaufmann-Wolf, Christine	FDP

Kobi, Tomas	FDP
Koch, Patrick	GR, gemäss Vorlage
Manoharan, Yasikaran	Mathis
Marty, Robert	FDP
Mathis-Wicki, Judith	Mathis
Niederberger, Raoul	FDP
Nyfeler, Nicole	Mathis
Piras, Davide	Mathis
Portmann, Peter	GR, gemäss Vorlage
Rösch, Daniel	FDP
Schmid, Rolf	Mathis
Schmutz, Manuel	Mathis
Schwizer, Roland	FDP
Spörri, Raphael	FDP
Tanner, Beat	FDP
Tschümperlin, Erich	FDP
Urfer, Mario	Mathis
Zosso, René	FDP

Abstimmung Parkplatzreglement, Antrag FDP gegenüber Antrag Mathis (Anpassung Art. 9):

Mit 16:16 Stimmen wird der Antrag der FDP durch Stichentscheid des Präsidiums angenommen.

Berger, Rita	FDP
Bienz, Bruno	FDP
Bienz, Viktor	FDP
Binggeli, Michèle	Mathis
Büchi, Cla	Mathis
Burkhardt-Künzler, Anita	FDP
Camenisch, Rätö	Mathis
Ercolani, Enrico	FDP
Fässler, Peter	Mathis
Fluder, Hans	Mathis
Graber, Kathrin	FDP
Graf, Alfons	Mathis
Heiz, Martin	Mathis
Kaufmann-Wolf, Christine	FDP
Kobi, Tomas	FDP
Koch, Patrick	Mathis
Manoharan, Yasikaran	Mathis
Marty, Robert	FDP
Mathis-Wicki, Judith	Mathis
Niederberger, Raoul	FDP
Nyfeler, Nicole	Mathis
Piras, Davide	Mathis
Portmann, Peter	Mathis
Rösch, Daniel	FDP
Schmid, Rolf	Mathis
Schmutz, Manuel	Mathis
Schwizer, Roland	FDP
Spörri, Raphael	FDP
Tanner, Beat	FDP
Tschümperlin, Erich	FDP
Urfer, Mario	Mathis
Zosso, René	FDP

B+A

Seite 3

Viktor Bienz hat an der letzten Sitzung gesagt, dass die Lösung für den Car nach wie vor nicht gelöst ist. Man sagte, dass dies im Gebührenreglement festgehalten wird. Er ist mit dieser Lösung nicht zufrieden und findet es den falschen Weg. Er fragt sich, ob diese Parkplätze auf dem öffentlichen Grund und auf Kosten der Gemeinde den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Gemeinderat sagt schon, dass es Gebühren gibt, aber der Unterhalt kostet auch. Wo ist dieser öffentliche Grund? Wenn dieser vorhanden ist, muss es auf dem Plan ausgedehnt werden. Die Investoren müssen jetzt gepackt werden, damit sie einen Beitrag an die öffentlichen Kosten leisten. Wenn nirgends etwas geschrieben ist, können sich diese aus dem Staub machen. Weiter möchte er wissen, wie die zeitliche Abhandlung des Reglements des öffentlichen Grundes ist.

Laut Cyrrill Wiget versteht der Gemeinderat dieses Anliegen sehr gut. Über das Reglement des öffentlichen Grundes ist es besser geregelt als hier. Er kann noch nicht genau sagen, wann dieses Geschäft traktandiert wird. Die Idee ist eine etwas andere. Wenn es im Zentrum einige Hotels hat, kommen die Gäste mit Cars. Diese Cars laden aus, fahren dann wieder weg und kehren abends zurück. Für die Nacht braucht es eine Sammellösung wie in anderen Städten auch. Der Gemeinderat hat noch nicht darüber diskutiert wo der Standort sein könnte. Es ist klar, dass Kriens nicht viele Plätze hat. Wahrscheinlich muss dieser Platz etwas ausserhalb des Zentrums sein. Dort müssen die Parkplätze bewirtschaftet werden. Es ist nicht die Absicht des Gemeinderates, diesen Platz gratis zur Verfügung zu stellen. Im Reglement braucht es einen Passus, damit die Nutzer bezahlen müssen.

Peter Fässler wünscht im Namen der SP/JUSO-Fraktion ein 5-minütiges Timeout, bevor man zu der Schlussabstimmung kommt.

Patrick Koch stellt einen Ordnungsantrag und opponiert dem Unterbruch.

Abstimmung Ordnungsantrag Antrag SP/JUSO (Timeout):

Mit 20:11 Stimmen wird der Antrag der SP/JUSO angenommen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja

Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	n.t.
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Das Reglement über die Abstell- und Verkehrsflächen auf privatem Grund (Parkplatzreglement), umfassend das Reglement und den Übersichtsplan, wird festgesetzt.
2. Das Reglement über die Abstell- und Verkehrsflächen auf privatem Grund (Parkplatzreglement) ist dem Regierungsrat des Kantons Luzern zur Genehmigung zu unterbreiten.
3. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 231/16:

Der Beschlussestext wird mit 24:8 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Für die SVP-Fraktion steht dieses Reglement gemäss Räto Camenisch quer in der Landschaft. Es entmündigt die Bürger und das Gewerbe. Es ist gewerbefeindlich und für Kriens ist dies nicht gut. Der Sprechende hat bereits von Unternehmen gehört, dass sie wegziehen werden. Die SVP wird zusammen mit anderen Organisationen gegen diesen Beschluss das Referendum ergreifen.

Thomas Lammer bedankt sich beim Sachverständigen Stefan Oberer und verabschiedet diesen.

6. Planungsbericht: Schulraum 2016-2026

Nr. 239/16

Thomas Lammer begrüsst als Sachverständigen Markus Buholzer.

Die Bildungskommission hat gemäss Beat Tanner an ihrer letzten Sitzung den B+A Planungsbericht Schulraum 2016 -2026 besprochen. Die SVP war nicht an der Kommissionssitzung anwesend und es wurde weder eine schriftliche noch eine mündliche Stellungnahme zu Händen der BiK abgegeben. Die restlichen anwesenden BiK-Mitglieder waren einstimmig für Eintreten. Da sich auf dem Gemeindegebiet Kriens in der nächsten Zeit infolge reger Bautätigkeit ein grosses Bevölkerungswachstum abzeichnet, ist es sehr wichtig, dass die Schulraumplanung alle zwei Jahre überarbeitet wird. Die BiK hat in der Vergangenheit auch immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Planung enorm wichtig ist, um den kurz- und mittelfristigen Handlungsbedarf zu planen. An der Einwohnerrats- und Bildungskommissionssitzung vom Dezember 2014 hat sich die BiK intensiv mit den zusätzlich nötigen Schulräumen befasst und ihre Überlegungen dazu im Protokoll wiedergegeben. Beim Schulraumplanungsbericht geht es um Modellrechnungen, welche mit vielen Unsicherheiten behaftet sind. Deswegen rechnet man mit einer Ausbaquote von 75 %. Der Gemeinderat schätzt den Ausbaugrad eher bei 50 % ein. Einzelne Mitglieder der BiK teilen diese Meinung, da andere Gemeinden dieselben Erfahrungen auch schon gemacht haben. Es gibt viele Unsicherheiten wie Geburtenrate, Zuzug von Schülern, Konjunktur und können die Wohnungen schon nach dem Bau vermietet werden, aber auch Klassengrössen oder Raumansprüche ergeben den Bedarf. In den letzten Jahren waren die Prognosen sehr genau. Die rege Bautätigkeit stellt die Gemeinde vor grosse Herausforderungen. Einerseits ist diese Entwicklung von Seite der Gemeinde Kriens im Gebiet LuzernSüd gewünscht. Andererseits drängen die Investoren auf eine schnellere Umsetzung ihrer Bautätigkeiten, weil finanzielle Anlagen bei den Banken mit Minuszinsen bestraft werden. Grundsätzlich unterstützt die BiK die Strategie die bestehenden Schulanlagen zu stärken und die Schulkreise zu erweitern. Dies führt zu einer effizienten Auslastung der verfügbaren Räumlichkeiten und ist ressourcenschonend. Um den Raumbedarf zu klären und zu sichern, unterstützt die BiK, dass in einem ersten Schritt untersucht wird, wo und wie die bestehenden Anlagen erweitert werden können. Die Bildungskommission würde es begrüssen, wenn im Zentrum fixe Ausbauten ins Auge gefasst werden, um die Wellenbewegungen besser abzufedern und nicht unnötig Land zu verbauen. Dies hat sie bereits mittels eines Bemerkungsantrags im Dezember 2014 eingereicht und wurde vom Einwohnerrat mit 17:15 Stimmen überwiesen. Da die Schulkreise erweitert wurden, hat man so bei der Einteilung mehr Handlungsspielraum und kann die Auslastung effizienter vornehmen. Die BiK findet es auch richtig, dass über die Zukunft des Bleiche-Schulhauses gesprochen wird und welche Optionen sich im Zusammenhang mit dem Amlehnschulhaus ergeben. Allenfalls ist eine Desinvestition sinnvoll. Mobile Schulbauten sieht die BiK eher an den Gemeindegrenzen von Kriens. Im Kuonimatt wird mittelfristig mit zwei Klassenzügen gerechnet, was eher für fixe Bauten sprechen würde. Sehr wichtig in der ganzen Planung ist, dass die Sportschulen ins Stadion ausgelagert werden können, was Platz im Krauerschulhaus schafft. Stimmt der Einwohnerrat

diesem Geschäft nicht zu, müssen mit zusätzlichen Investitionen gerechnet werden. Um die Entwicklungen, den Platz- und Ausbaubedarf und die Finanzen in Einklang zu bringen, müsste der Gemeinderat auch vermehrt Prioritäten setzen. Bei einem Wachstum der Bevölkerung und der Schüler ist die Gemeinde verpflichtet Schulraum bereitzustellen. Das ist der Preis des Wachstums, welches Investitionen mit sich bringt. Die BiK nimmt den Planungsbericht mit 5:0 Stimmen zur Kenntnis, in Abwesenheit der SVP-Fraktion.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nimmt den Planungsbericht gemäss Davide Piras zustimmend zur Kenntnis. Mit dieser rollenden Planung wurden in den letzten sechs Jahren die zukünftigen Herausforderungen des Krienser Schulraums angepackt. Seit dem letzten Planungsbericht konnten zwei Hürden gemeistert werden. Die Einführung des 2-Jahres-Kindergarten ist eingeführt und die Bereitstellung von IF-Räumen wird in Schulhäusern laufend umgesetzt. Der Fokus liegt nun vor der grössten Hürde: Die Bereitstellung des Schulraums im speziellen durch die Auswirkung im Gebiet LuzernSüd. Bereits im 2014 hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion auf die strategische Bedeutung der Schulhäuser Brunnmatt, Roggern und Kuonimatt hingewiesen. Sie sollen den Bedarf des Gebietes LuzernSüd decken. Eine Sanierung und Erweiterung dieser Schulhäuser zeigte sich als überaus prioritär. Die Umsetzung von flexiblen Schulkreisen hilft die Schülerzahlen auszugleichen. Ein eindeutiger Nachteil ist die Verlängerung der Schulwege. Eine offene Kommunikation zu den Eltern und die Überprüfung der Schulwege muss zeitgleich mit der Veränderung von Schulkreisen vorgenommen werden. Ein Vergleich zum 2014 zeigt, dass die Bautätigkeiten in LuzernSüd deutlich intensiviert wurden. Die Planzahlen über den prognostizierten Wohnraum LuzernSüd sind seit 2010 massiv angestiegen. Die Bautätigkeit hat tatsächlich zugenommen und verändert. Mit den tiefen Zinsentwicklungen und der hohen Leerwohnungsnot wurden anstatt Arbeitsgebiete mehr Wohnungen geplant und realisiert. Zumal ist diese Tendenz erfreulich und zeigt wie attraktiv LuzernSüd für Investoren ist. Mit dem Wachstum der Gemeinde resultiert jedoch automatisch ein grösserer Bedarf an Schulraum-Infrastruktur, was dieser Bericht unwiderlegbar abbildet. Durch das Bereitstellen von zusätzlichem Schulraum verschärft sich, wie z.B. in der Kuonimatt, die Pausenplatzgestaltung. Das Problem besteht weniger bei schönem Wetter. Kritisch ist die Situation bei Regen, denn da muss genügend bedachter Pausenplatz zu Verfügung stehen. Die Planung der Pausenplätze muss zeitgleich mit dem Schulraum untersucht und angepackt werden. Die Einflussgrössen auf die Schulraumplanung haben sich in den letzten Jahren stärker verändert als gedacht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion bittet den Gemeinderat kontinuierlich die Bautätigkeiten und die tatsächlichen Zuzüge von Familien mit der heutigen Planung abzugleichen. Geschieht dies erst im 2018 bei der nächsten Planung, besteht die Gefahr, dass man kurzfristig wieder mobile Schulraumbauten beschaffen muss. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Planungsbericht zum Schulraum und für die transparente Planung.

Hans Fluder erklärt, dass es nicht möglich war, dass jemand von der SVP-Fraktion an die BiK-Sitzung gehen konnte. In LuzernSüd ist eine grosse Bautätigkeit im Gange. Es wird eine grosse Herausforderung auf Kriens zukommen, denn es muss Schulraum geschaffen werden. Bei den Schulhäusern Kuonimatt und Roggern ist man zurzeit mobile Schulbauten am Errichten. Das Brunnmatt muss auch unbedingt renoviert werden. Dort gibt es auch noch viel Kapazität, denn der Estrich steht leer. Man hofft, dass man damit die Anzahl Schüler auffangen kann. Der Finger muss trotzdem darauf gehalten werden.

Die FDP-Fraktion tritt laut Daniel Rösch auf den B+A ein und nimmt diesen zur Kenntnis. Positiv aus diesem Planungsbericht hervorzuheben ist, dass nicht unmittelbar ein neuer Schulstandort realisiert werden soll, sondern bestehende Standorte verdichtet werden. Erfreulich sind auch die Anzeichen dafür, dass man vor allem zentrumsnahe Schulstandorte verdichten

will, womit eine flexiblere und effizientere Nutzung des Schulraums, aufgrund der zentralen Lage, möglich ist. Wünschenswert wäre es, wenn sich diese Flexibilität auch bei den Klassengrößen widerspiegeln würde. So erachtet die FDP-Fraktion vor allem die Klassengrößen in der Sekundarstufe A als teilweise tief bemessen. Auch das sture Festhalten an diesen Vorgaben beeinträchtigt leider die Effizienz und Flexibilität. Mit dem Monitoring, welches jeweils alle 2 Jahre durchgeführt wird, besteht so die Möglichkeit entsprechende Massnahmen zu treffen, falls die erwarteten Schülerzahlen nicht den Planungen entsprechen sollten. Die FDP-Fraktion schätzt jedoch die Planangaben im Bericht, welche auf einem Ausbaugrad von 75 % basieren, als zu hoch ein und sieht es positiv, dass der Gemeinderat in diesem Punkt auch eine zurückhaltende Einstellung hat.

Peter Fässler, SP/JUSO-Fraktion meint, dass wieder 2 Jahre seit der letzten Überarbeitung der Schulraumplanung Kriens verfließen sind. Neue Zahlen und Fakten werden ausführlich präsentiert. Auf den ersten Blick erschreckende Zahlen, was die Zunahme der Schüler und Schülerinnen und damit der Klassen in den nächsten 5 bis 10 Jahren betrifft. Aber auch Zahlen, die nachvollziehbar sind. Die Geburten nehmen wieder zu und die regen Bautätigkeiten an allen Ecken und Enden von Kriens bleiben nicht ohne Folgen: Mehr Menschen, mehr Kinder, mehr Verkehr, mehr Steuereinnahmen. Jetzt zitiert Peter Fässler aus seinem Votum zur Schulraumplanung 2014-2023 vom 11. Dezember 2014: *„Grosse Bautätigkeiten stehen an, nicht nur im Bereich LuzernSüd. Auf diese Entwicklungen, die ein Wachstum der Bevölkerung bewirken und daher auch Einfluss auf die zukünftigen Schülerzahlen haben, muss die Gemeinde frühzeitig reagieren. Im Bericht wird ein grosser zusätzlicher Schulraumbedarf ausgewiesen und das in relativ kurzer Zeit. Leider ist die Reaktion der Gemeinde Kriens auf diese Situation gelinde gesagt recht träge.“* Kriens muss jetzt subito auf diese Entwicklungen reagieren. Es wäre sehr fatal, wenn in zwei Jahren beim nächsten Schulraumplanungsbericht das gleiche Zitat wieder zum Einsatz kommt. Im Schulbereich heisst das, genügend Schulraum bereitstellen, was sicher eine Herkulesarbeit für die Planung und die Finanzierung dieses Schulraumes heisst. Erste Schritte sind getan. Schulkreise wurden neu zusammengefasst, um den vorhandenen Schulraum flexibler zu nützen. Strategien wurden ebenfalls entwickelt. Strategien, die in den Augen der SP/JUSO-Fraktion grossen Sinn machen: Stärkung der bestehenden Schulanlagen, Ausbau auf ganze Klassenzüge und Erweiterungen von Schulanlagen mit Fest- und Mobilbauten. Erstmals wird auch ein Augenmerk auf die Pausenplätze und die Kapazitäten von Turnhallen gelegt. Beides muss Hand in Hand mit der Schulraumplanung angegangen werden. Können es sich in einem zusammenhängenden Siedlungsgebiet wie dasjenige von Kriens, Horw und Luzern die einzelnen Gemeinden noch leisten, auf eine Schulplanung mit territorialem Hoheitsgebiet zu setzen? Wo bleibt da die Zusammenarbeit im Schulbereich über die Gemeindegrenzen hinaus? Peter Fässler sprach zu Beginn von erschreckenden Zahlen der Zunahme der Schülerinnen und Schüler und damit auch der benötigten Klassenräume. Es gibt eine Zunahme um 11 Klassen in der Sekundarschule, Verdoppelung der Kindergartenabteilungen und Zunahmen der Primarklassen um gegen 30 Abteilungen bis in 10 Jahren. Angst machen muss einem das nicht, wenn man heute früh genug auf diese Trends reagiert und der bestehende Schulraum wie geplant instand gestellt und gehalten wird. Dies kann man, wenn Schulhäuser in Gebieten mit starker Bautätigkeit, wie jenes in der Kuonimatt oder Roggern, mit Festbauten erweitert werden und wenn man als Notnagel mobile Schulbauten aufstellt, wenn die Zeit oder die Finanzen für Festbauten nicht mehr ausreichen. Allerdings wird der Platz in Kriens für weitere Ausbauten des bestehenden Schulraumes bald zu eng werden. Pausenplätze und Spielwiesen können nicht auf längere Zeiten mit Provisorien verstellt werden. Auch wenn sie noch so schön aussehen. Die SP/JUSO-Fraktion fordert deshalb, auch neue Standorte für den Schulraum zu prüfen und allenfalls Landreserven dafür zu bestimmen und zu beschaffen. Sie ist sich bewusst, dass der nach wie vor desolate Zustand der Finanzen in Kriens eine einigermaßen zufriedenstellende Schulraumplanung stark behindert und die Umsetzung erschwert. Sie wird sich sicher mit allen Kräften dafür einsetzen, dass die Schulen die nötigen finanziellen Mittel bekommen. Denn fehlen genügend

finanzielle Mittel für neue Schulhauserweiterungen müssen mobile Bauten her. Diese kosten zwar auch, aber eben im Moment nicht so viel wie Festbauten. Dafür belegen sie wertvollen Platz rund um die Schulanlagen. Die SP/JUSO-Fraktion ist nicht begeistert, dass auf der Krauerwiese eines der modularen Schulbauten nun doch länger stehen bleiben soll, als ursprünglich abgemacht. Dies geht wohl ins Kapitel „kreative Lösungen wegen Finanzmangel“. Es ist klar, dass auch finanzielle Kompromisse im Bereich Schulen eingegangen werden müssen. Doch fragt sich die SP/JUSO-Fraktion angesichts der neuen Zahlen in der Schulraumplanung schon, ob genügend finanzielle Mittel für die Schulen vorhanden sind und ob die Steuereinnahmen für all die Aus- und Neubauten von Schulraum reichen. Wohin führt das rasante Wachstum Kriens? Sie ist aber zuversichtlich, dass der Krienser Gemeinderat, das Parlament und schlussendlich die Bevölkerung genügend Weitblick besitzen, um diese kommenden Herausforderungen zu meistern und wenn es mit einer Hauruck-Übung sein muss. Nicht zuletzt spielt da eine durchdachte und auf Fakten beruhende Kommunikation von Seiten Gemeinderat und der Parteien eine grosse Rolle. Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Planungsbericht und nimmt ihn einstimmig zur Kenntnis.

Bruno Bienz nimmt es vorweg. Die Grüne/JG-Fraktion ist von diesem Bericht enttäuscht. Die Krienser Schulraumplanung verkommt immer mehr zu einem Fass ohne Boden. Alle zwei Jahre kommen ein paar Millionen Kosten dazu und jedes Mal wird mitgeteilt, dass jetzt alles eingeplant ist. Die Krienser Wachstumsstrategie gerät beim Verkehr und eben bei der Schulraumplanung langsam aber sicher ausser Kontrolle. Das Störende daran ist, dass man jetzt zwar wieder über eine sogenannte aktuelle Schulraumplanung verfügt, aber das Preisschild sieht man nirgends. Hat der Gemeinderat nicht den Mut ein solches zu zeichnen? Die Grüne/JG-Fraktion ist auch klar der Meinung, dass es bei solchen Wachstumswahlen eine anlagenscharfe Strategie braucht und nicht nur über alle Schulanlage? Vor zwei Jahren, bei der letzten Schulraumplanung hat die Grüne/JG-Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass mehr Schülerinnen und Schüler zu mehr Aussenräumen und Turnhallen führen müssen. Schon die Tatsache, dass die Schulverwaltung und der Gemeinderat diese Sensibilität und diese Logik nicht selber aufbringt, lässt tief blicken. Es scheint, als seien der Schule jedes Halbklassenzimmer, die Parkplätze der Lehrer, die Lehrerzimmer etc. viel wichtiger, als die Bewegungsräume. Hat die Schule all jene Studien ignoriert, die klar ausweisen, dass Kinder die genügend Bewegung haben besser und effizienter lernen als solche, die keine solchen Freiräume zur Verfügung haben? Der Gemeinderat hat im B+A eine Pausenanalyse gemacht. Das ist der richtige Ansatz, aber die Aussagen führen bei der Grüne/JG-Fraktion zu Kopfschütteln. Nicht nur sie, sondern auch zahlreiche andere Parteien haben ebenfalls reagiert. Ein Vorstoss der CVP wurde vor Jahren überwiesen, der gefordert hat, dass kein weiteren Spielplätze und Freizeitanlagen durch Bautätigkeit verloren gehen dürfen. Schon dieser Anspruch ist bescheiden, müsste doch durch mehr Schüler mehr Raum vorhanden sein. Der Anspruch wurde daraufhin im BZR festgehalten und definitiv in Rechtskraft gesetzt. Es darf kein Schulraum ohne Ersatz verbaut werden. Der Gemeinderat hat dies übrigens mit der Langmattwiese vorbildlich umgesetzt. Er hat auch mit dem Hort Meiersmatt anstelle eines Munitionsdepots sensibel gehandelt. Heute sieht er das anscheinend anders. Der Gemeinderat schreibt zu diesem Gesetzesartikel im vorliegenden Planungsbericht: „*Wir sehen hier Handlungsspielraum im Umgang mit diesem Artikel.*“ Hat der Gemeinderat also den Mut zu behaupten, dass er die Gesetze, die der Einwohnerrat als gesetzgebende Behörde erlassen hat, biegen kann wie er gerade will? Die Grüne/JG-Fraktion empfindet solche Aussagen als Desavouierung des Parlaments, das seine Auflagen und Forderungen von der Exekutive erfüllt haben will. Exekutive heisst auf Deutsch, dass der Gemeinderat die ausführende Behörde ist und nicht die Aufgabe hat sich zu überlegen, wie er den Einwohnerrat umgehen kann. Der Einwohnerrat hört vom Gemeinderat immer wieder, dass er die Quartiere stärken will. Da werden auch die Quartierschulhäuser zu einem sehr wichtigen Knotenpunkt. Die Aussenräume der Schulhäuser werden immer wichtiger, da mit der gewollten Verdichtung immer mehr Grünflächen verschwinden und die Kinder auf die Schulflächen ausweichen müssen. Anscheinend werden solche Themen in der

Schulraumplanung einfach ignoriert. Wenn man die Strategie von Quartiersschulhäusern weiter verfolgt, muss man auch den Aspekt, dass die Schulhäuser auch als Quartierzentrum gebraucht werden, auch einfließen lassen. Anstatt sich nun vertieft mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, liest man eine Analyse, die einer Bankrotterklärung gleicht. Der Sprechende kommt nun zum Thema Turnhallen. Die Analyse ergibt, dass alle Turnhallenstunden zusammengezählt und durch die Anzahl Klassen dividiert zu genügend Turnraum führt. Konkret heisst das beispielsweise, dass Kinder aus dem Kuonimatt dann turnen können, wenn sie während der Pause ins Obernau chauffiert werden oder jene aus dem Roggern halt im Feldmühle morgens um 7 Uhr antreten. Dass die Pausen verloren gehen, ist ja noch das kleinste Übel, aber dass dies logistisch gar nicht geht, wird im Bericht verschwiegen. Noch schlimmer, der Gemeinderat schlägt vor die Pausen zu versetzen, damit man genügend Pausenraum hat. Die logistischen Probleme der Fachlehrer möchte die Grüne/JG-Fraktion sehen. Solche Aussagen zeigen wie wenig die Schule und der Gemeinderat das Anliegen Bewegung/Turnen/Sport ernst nimmt und wie gleichgültig sie ihrem Anliegen gegenüberstehen. Die Bekenntnisse aus den Legislaturzielen scheinen vergessen. Wie schon oben erwähnt, braucht Kriens eine anlagenscharfe Strategie. Vorher darf zum Beispiel beim Roggern die Bosmatt nicht desinvestiert werden. Sonst steht man plötzlich mit leeren Händen da und man braucht neuen Schulraum und eine Turnhalle. Auch eine Einmietung in LuzernSüd darf kein Tabuthema sein, wenn dieser anstelle einer modularen Baute auf dem Schulhausplatz eine Lösung bringt. Die Grüne/JG-Fraktion hat bei der Krauermatte zähneknirschend ja gesagt, weil es um Provisorien gegangen ist. Sie wollte für eine Übergangslösung helfen, aber nicht dazu beitragen, dass nun reihenweise Plätze und Freizeitanlagen verstellt und überbaut werden, Fussballplätze zerstört werden und Hartplätze verschwinden. Sie ist sehr enttäuscht, dass wenn man dem Gemeinderat die Hand zum Kompromiss reicht, er am Ende durchblicken lässt, dass er nie die Absicht hatte die Anlagen wieder fristgerecht frei zu geben. Der Gemeinderat hat in dieser Frage das Vertrauen der Grüne/JG-Fraktion verspielt und an Glaubwürdigkeit eingebüsst. Sie wird in diesem Rat zu keiner Schulanlage mehr zustimmen, wenn folgender Grundsatz missachtet wird: Keine Turnmatte, kein Spielplatz wird überbaut ohne Ersatz. Die Grüne/JG-Fraktion erwartet, dass die Finanzen in Zukunft abgebildet werden. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Krienser Turnhallen in die Jahre gekommen sind und auch saniert werden müssen. Die Grüne/JG-Fraktion nimmt den Planungsbericht negativ zur Kenntnis.

Judith Luthiger-Senn möchte nun ein paar Fakten und Grundlagen aufzeigen, weshalb solche Strategien abgebildet werden. Zuerst kommt sie zu den Einflussfaktoren. Im Schuljahr 2017/18 müssen nur für 9 Monate die Kinder in den 2-Jahreskindergarten aufgenommen werden, weil das Schuleintrittsalter für die Kindergärtner mit der Revision des Volksschulbildungsgesetzes nach oben gesetzt wurde. Das kommt der Gemeinde etwas entgegen, denn es heisst, es braucht den einen oder anderen Kindergarten nicht mehr. Die Bautätigkeit wurde aufgrund von Grundlagen des Baudepartements erhoben. Daraus kann entnommen werden wie viele Wohneinheiten es gibt und wie gross diese sind. Je nachdem braucht es selbstverständlich weniger Schulraum, weil man den Faktor „pro Wohneinheit“ einrechnet. Aufgrund der Wohnungsgrössen wurde eine Annahme getroffen. Die erste Schulraumplanung wurde ab 2009 erstellt. Dazumal gab es ein moderates Wachstum. Bereits mit der ersten Überarbeitung stellte man auch ein moderates Wachstum fest. Die letzte Überarbeitung vor zwei Jahren zeigte, dass Kriens mehr Schulraum brauchen wird. In der heute vorliegenden Überarbeitung sieht man ein noch grösseres Wachstum, aufgrund der Realisierungen in LuzernSüd. Vor allem trifft es die Schulkreise Kuonimatt und Zentrum, Brunnmatt und Roggern. Ein Schulkreis wurde zusammengefasst. Mit der Zusammenfassung des Zentrums, Brunnmatt und Roggern gibt es mehr Flexibilität. Es ist unterschiedlich wie die einzelnen Schulkreise wachsen. Ein wichtiger Einflussfaktor ist der Generationenwechsel, welcher eingerechnet wurde. Es gibt Quartiere, die nun überaltert sind und jetzt wieder Familien zuziehen. Es wird verdichtet gebaut und es gibt zusätzliche Ausbauten. Die Zu- und Wegzüge sind sicher auch massgebend. In der Gemeinde gibt es einen Geburtenüberschuss. Im 2015 gab es zwar einen Einbruch,

aber wenn man die langfristige Prognose anschaut, ist feststellbar, dass die Kinderzahlen zunehmen. Die Sprechende erklärt die Erfahrungswerte des 2-Jahreskindergartens. Man nimmt an, dass ca. 70 % ins freiwillige zweite Kindergartenjahr eintreten werden. Das scheint eine gute Annahme für die Weiterplanung. Im Moment ist man bei rund 60 %. Bei der Klassengrösse des Kindergartens wurde mit 20 Kindern gerechnet und in der Primarschule bis 22 Kinder. Selbstverständlich wurde auch der Anteil angerechnet von denen die ans Langzeitgymnasium gehen. Dieser Anteil wird bei den Sekundarklassen abgezogen. Der Gemeinderat hofft, dass der Kantonsrat die Abschaffung des Langzeitgymnasiums nicht beschliessen wird, weil es dann rund acht Sekundarschulklassen mehr braucht. Im Kindergarten wächst die Anzahl auf rund 600 Kinder. Es wird rund 10 neuen Kindergartenklassen und 30 neue Primarschulklassen geben. Im Einwohnerrat wurde bemängelt, dass die Pausenplatzplanung nicht sauber gemacht wurde. Die Pausenflächen wurden analysiert, wo sich die Schüler aufhalten. Dazu gehören auch Biotope. Diejenigen Flächen wo sich die Schüler nicht aufhalten, sind nicht in der Rechnung enthalten. Es wurde unterschieden zwischen Grün-, Hart- und überdachten Flächen. Die Analyse ist kein qualitativer Bericht. Dieser muss erstellt werden, wenn Pausenflächen wegen Bautätigkeiten wegfallen. Im Kanton Luzern gibt es nur eine Richtlinie in Bezug auf Pausenflächen. Die Aussenanlage von Kindergärten müssen mit ca. 75 m² überdacht und min. 100 m² muss Schotterfläche oder Wiese sein. Die Krienser Anlagen haben grosse Flächen, müssen jedoch noch entsprechend angeschaut werden. Die Kantone Zürich, Schwyz und Graubünden kennen qualitative Aussagen. Das Planteam hat deshalb ein Mittelmass angenommen und ist auf rund 4 m² Pausenfläche pro Schüler, aber mindestens 600 m² gekommen. Dazu muss noch die Rasenspielfläche und die gedeckten Flächen hinzugerechnet werden. Das ergibt zusammengerechnet den Pausenplatz. Diese Zahlen flossen in die Planung mit ein. Beim Pausenplatz ist nicht nur die Grösse relevant, sondern auch die Qualität. Ein Zusammenspiel zwischen Erholungs-, Spiel- und Begegnungsraum ist wichtig. Die verschiedenen Nutzungen und qualitativen Aussagen müssen noch gemacht werden. Die Schulanlagen Bleiche, Gabeldingen und Kuonimatt haben keine gedeckten Pausenflächen. Im Gabeldingen ist jedoch langfristig etwas in Planung. In der Kuonimatt muss es für die weitere Planung berücksichtigt werden. Im Kirchbühl und Brunnmatt hat es zurzeit auch noch zu wenig gedeckte Plätze. Auf allen Schularealen gibt es genügend Grünflächen, welche aber im Moment nicht alle aus Pausenplatzflächen genutzt werden, weil diese zu nass sind oder nicht immer begehbar sind. Diese sind somit nicht alle eingerechnet. Judith Luthiger-Senn kommt zur Turnhallenplanung. Es wurde gesagt, dass einfach etwas zusammengezählt wurde. Im Bericht wurde eine qualitative Aussage gemacht. Selbstverständlich werden keine Kinder vom Obernau ins Roggern ins Turnen geschickt, weil dort gerade eine Stunde frei ist. Im 2025/26 braucht Kriens dringend neue Hallen. Das kann mit einer Planung im Fenkern oder auch an einem neuen Standort sein. Im Bericht wurden auch Empfehlungen abgegeben. Neu kann man auch mit Klassenzügen planen. Ein Klassenzug bedeutet 1.- 6. Klasse. Es können auch zwei oder drei Klassenzüge geführt werden. Das gleiche gilt für den Kindergarten. Die Quartierverträglichkeit muss in die Planung einfließen. Es muss geschaut werden wie viel Platz man im Roggern braucht. Dafür benötigt es eine Machbarkeitsstudie über das gesamte Areal inkl. Grünraum und Bosmatt. Der Gemeinderat möchte keine Kindergärten in der Pampas, sondern muss zwingend bei den Schulanlagen realisiert werden, damit die Synergien genutzt werden und die Flexibilität vorhanden ist. Im Moment braucht es keinen zusätzlichen Schulstandort. Bei den Bestehenden hat es genug Platz. Wenn dies dann doch der Fall wird, muss Kriens mit den Nachbargemeinden in Kontakt treten.

Die Sitzung wird für die Mittagspause unterbrochen.

Judith Luthiger-Senn kommt auf die Empfehlungen des Planungsbüros zu sprechen. Für das Kuonimatt und das Roggern muss mit dem Einbezug des ganzen Aussenraumes eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Weiter muss die Schulanlage Brunnmatt ausgebaut werden. Es

besteht die Möglichkeit ein Modul des Provisoriums auf der Krauerwiese ins Kuonimatt zu stellen. In einem zweiten Schritt kann im Kuonimatt etwas Fixes realisiert werden. Es wird unabdingbar sein mit Modulen als Übergangslösung weiterzuarbeiten. Aufgrund der Finanzstrategie ist es zur Zeit nicht anders möglich. Der Gemeinderat hat zuerst die ganze Finanzplanung für die Schulraumplanung im Bericht aufgeführt, hat diese jedoch wieder herausgenommen, weil er noch Justierungen vornehmen will. Weiter muss geprüft werden, ob auch die Möglichkeit besteht in Gewerbegebäuden nach Schulraum zu suchen, wenn nicht gebaut werden kann. Selbstverständlich muss auch geschaut werden, ob es bei der neuen Saal-sporthalle Möglichkeiten gibt. Eine andere Möglichkeit ist die Einmietung oder Kauf in einem Neubauprojekt. Der Gemeinderat hat bereits erste Gespräche mit Horw geführt. Vielleicht findet man auch eine Lösung über die Grenze hinaus. Die Sprechende kommt noch auf drei Bemerkungen zurück. Sie bedankt sich für die positiven Voten, welche die Strategie des Gemeinderates auch unterstützen. Die Sicherheit der Kinder ist an oberste Stelle zu setzen. Judith Luthiger-Senn hat zur Kenntnis genommen, dass qualitative Analysen zu den Pausenplätzen gemacht werden müssen. Es wurde verstanden, dass es erst eine IST-Analyse ist und nicht wie man damit weiter umgehen will. Sie kommt nun noch zum Thema Bewegung. In fast allen Schulhäusern gibt es das Projekt Bewegung im Klassenzimmer. Dies wird bewusst eingebaut. Dafür ist nicht die Grösse des Pausenplatzes massgebend, sondern die Qualität.

Thomas Lammer stellt fest, da es sich um einen Planungsbericht handelt, ist das Eintreten unbestritten und es kann nun mit der Detailberatung begonnen werden.

Detailberatung

Schulraumplanung 2016

Seite 4 - Bedarf

Gemäss Erich Tschümperlin konnte man auf den Folien sehen, wie der Bedarf zwischen der letzten Schulraumplanung und dieser gestiegen ist. Werden diese Folien dem Protokoll angehängt? Er hat gesehen, dass der Bedarf massiv gestiegen ist. Judith Luthiger-Senn hat gesagt, dass dies im Finanz- und Aufgabenplan enthalten ist. Die massiv erhöhte Schülerzahl wird ja wohl dazu führen, dass im Finanz- und Aufgabenplan einiges mehr eingeplant werden muss. Im 2012 hörte man bereits, dass der Mattenhof und der Schweighof berücksichtigt wurden. In dieser Planung ist aber ein markant höherer Schülerbedarf ausgewiesen. Hat man nun alles aufgenommen oder muss man in zwei Jahren wieder damit rechnen, dass noch ein neues Areal oder Grundlagen vorliegen. Warum merkt man das erst jetzt? Was bedeutet das enorme Wachstum für den Finanz- und Aufgabenplan?

Laut Judith Luthiger-Senn wird die Präsentation übers Extranet zugestellt. Das Bildungsdepartement erhält jeweils halbjährlich eine Übersicht des Baudepartements. Darauf sind die Projekte mit den jeweiligen Wohnungsspiegeln. Die Schulraumplanung wurde im November abgefragt. Es wurden nun die neusten Zahlen der zu realisierenden Projekte einbezogen.

Matthias Senn erklärt, dass alle Areale genommen werden, wo eine Planung läuft. Diese sind mit dem Stand November 2015 vorhanden. Es schliesst nicht aus, dass es irgendwo eine andere Planung gibt. Beim Eichhof weiss man auch noch nicht, wann dort mit dem Bau begonnen werden kann. Die Abklärungen zum Andritz Hydro Areal sind hier jedoch noch nicht vorhanden.

Judith Luthiger-Senn kommt auf die zweite Frage zurück. Der heutige Finanzplan geht bis ins Jahr 2026. Der Auftrag des Einwohnerrates ist spätestens ab 2019 schwarze Zahlen zu schreiben. Danach gibt es einen Investitionsplafond. Dieser muss eingehalten werden, damit man die Finanzen weiterhin im Griff hat. Der Gemeinderat hat gestern festgestellt, dass man auf Kurs ist. Es wurden die Projekte hineingenommen, die gebraucht werden. Leider kann nicht überall fix gebaut werden, sondern es braucht Übergangslösungen. Aufgrund der Finanzen muss man auch auf etwas verzichten. Einerseits braucht es guten Schul- und Freiraum für die Kinder und andererseits muss auf die Finanzen geschaut werden.

Rolf Schmid ist mit der Antwort von Matthias Senn nicht zufrieden. Wenn man die Schulraumplanungen von 2014 und 2016 anschaut, sieht man grosse Differenzen bei den Planungszahlen. Er kritisiert nicht die Schulraumplanung, denn er kennt die Methodik. Er fragt sich, wie und wann werden die Zahlen durch das Bauamt erhoben. Die Antwort war für ihn unbefriedigend.

Gemäss Matthias Senn wird ein Areal auf die Liste aufgenommen, sobald eine Machbarkeitsstudie vorliegt. Diese zeigt auf, was auf dem Areal überhaupt möglich ist. Das grösste Risiko ist die Abschätzung, wann eine theoretische Inbetriebnahme der Wohnungen sein wird. Für das Andritz Hydro Areal wird zur Zeit eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Bei der nächsten Überarbeitung muss geschaut werden, wann könnte der Bezug dieser Wohnungen sein. Das Ganze ist eine Planungsannahme. Dazwischen steht auch noch ein politischer Prozess. Der Einwohnerrat muss damit einverstanden sein, dass man das Andritz Hydro Areal umzont. Die Machbarkeitsstudie ist eine erste Planungsgrundlage.

Erich Tschümperlin hat eine Anschlussfrage an Judith Luthiger-Senn. Ist es richtig, dass mit dem vorliegenden Finanz- und Aufgabenplan alle notwendigen Schulräume bis 2020 realisiert werden können? Ihm ist einfach wichtig, dass man dies fassen kann. Es läuft immer weiter. Er möchte nicht kritisieren, dass Kriens ein Wachstum hat. Aber es ist schon erstaunlich, denn man wusste, dass der Mattenhof und der Schweighof kommen. Er hat immer verstanden, dass man dies in der Planung grob eingerechnet hat. Deshalb erstaunt Erich Tschümperlin dieser massive Sprung von 2014 auf 2016. Solche Sprünge müsste man in Zukunft vermeiden.

Judith Luthiger-Senn geht davon aus, dass der notwendige Schulraum erstellt werden kann. Man hat in der Vergangenheit gesehen, was man für 2016/2017/2018 geplant hat. Ab 2019 und 2020 weiss man nicht genau, wie viele Schüler es sind. Was jetzt geplant ist, muss auch in den Finanzplan und mit Zahlen hinterlegt werden.

Seite 35

Laut Erich Tschümperlin hat Judith Luthiger-Senn gesagt, dass es Machbarkeitsstudien und Analysen geben wird, um festzustellen, was es genau braucht. Bis wann sind welche Unterlagen geplant und stehen diese dem Einwohnerrat zur Verfügung?

Judith Luthiger-Senn teilt mit, dass es hier um den Schulkreis Meiersmatt-Feldmühle geht. Auf nächstes Jahr sind dort bereits zwei Kindergärten geplant. Der Gemeinderat hat dies bereits besprochen und wird dies zu gegebener Zeit in den Einwohnerrat bringen. In Bezug auf das Kuonimatt wird der Gemeinderat nach den Sommerferien entscheiden, wie die nächsten Teilschritte sind. Es stellt sich die Frage, ob man in einer ersten Phase fix bauen kann. Diese

Machbarkeitsstudien gehen dem Baudepartement in Auftrag. Sie kann nicht sagen, wann diese Machbarkeitsstudien vorliegen, jedoch spätestens im November.

Erich Tschümperlin hat nicht die Seite 35 vom Bericht gemeint, sondern von der Präsentation. Darin ist die Rede von Machbarkeitsstudien. Darum hat er nachgefragt.

B+A

Seite 6 – 3.4 Analyse Pausenflächen

Bruno Bienz möchte wissen, welcher Spielraum nach dem BZR gemeint ist und wie es weiter geht.

Gemäss Matthias Senn gibt es eine unterschiedliche Interpretation dieses Artikels. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es hier um die Freizeitanlagen geht. Über die Sommerferien wird diesbezüglich eine Auslegung erarbeitet. Nach den Sommerferien wird dann geschaut, wo es Reservflächen bei den Schulanlagen gibt.

Seite 7 – 3.5 Analyse Potenzial Turnhallen

Laut Rolf Schmid wird auch die Einmietung in die Pilatusarena geprüft. Heisst, dass das in der Nähe der Pilatusarena letztendlich auch Schulraum zur Verfügung steht? Denn wenn man die Wege anschaut, geht sehr viel Zeit drauf. So verliert der Sportunterricht auch an Qualität. Wenn die Saalsporthalle auch unter der Woche rege benutzt wird, leidet der Schulsportunterricht massiv.

Judith Luthiger-Senn erklärt, dass die Abklärungen noch erfolgen müssen. Wenn es eine Eventhalle gibt, welche für einen Event länger zu ist, kommt diese für den Schulsport nicht in Frage. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass eine Klasse 3 Stunden Schulsport pro Woche hat. Es muss ausgehandelt werden, ob es auch noch zusätzliche Hallen gibt und wie der Preis ist.

Seite 10 – 6.5 Strategien Schulkreise

Beat Tanner hat noch zwei Anmerkungen dazu. Es ist gut zu untersuchen, wie es beim Standort Bleiche weitergeht. Wenn ein ganzer Klassenzug möglich sein muss, reicht es von den Landflächen gar nicht. Deshalb ist es gut, wenn der Gemeinderat prüft, ob man dort allenfalls desinvestieren oder ein Baurecht geben kann. Mit diesem Geld könnte man vielleicht das Amlehn um einen Stock aufstocken. Beim Schulhaus Roggern ist eine Aufstockung schwierig, weil es die Statik nicht zulässt. Theoretisch könnte man die Turnhalle neu bauen, denn dann kann man aufstocken. So verbaut man kein unnötiges Land.

Judith Luthiger-Senn erläutert, dass die Varianten geprüft werden, was mit dem Schulhaus Bleiche sein könnte. Die Variante der Desinvestition hat Beat Tanner bereits genannt. In den Sommerferien werden die Varianten ausgearbeitet, damit man möglichst schnell die strategischen Entscheide gefällt werden können. So kann man in eine langfristige Planung gehen. Die Anmerkung zur Aufstockung der Turnhalle im Roggern kann sie nicht beantworten.

Matthias Senn erklärt, dass das Schulhaus Roggern geprüft wurde. Bei einem Teil des Schulhauses ist eine Aufstockung möglich. Die Turnhalle ist mit der bestehenden Tragekonstruktion

jedoch nicht aufstockbar. Hinzu kommt, dass man auch eine grosse Höhe überwinden muss. Etwas ähnliches hat man auch beim Brunnmattschulhaus geprüft. Auch dort wäre keine Aufstockung möglich.

Beat Tanner glaubt, dass ihm nicht richtig zugehört wurde. Er denkt, dass die Turnhalle abgerissen werden kann und vollständig neu gebaut wird. Dann wäre die Konstruktion besser und man könnte in die Höhe gehen.

Bemerkung zu Seite 12 – Roggern 1 und 2

Patrick Koch hat das Votum von Bruno Bienz bezüglich der Grünflächen sehr angesprochen. Für ihn bedeuten die Grünflächen viel. Es heisst immer, dass man verdichtet bauen muss. Und was macht die Gemeinde Kriens? Er ist erstaunt zu lesen, dass die modularen Bauten in den Jahren 2022 und 2023 rückgebaut werden. Es ist dann möglich, dass ein Teil der Bosmattwiese für die Fixbauten gebraucht wird. Dies versteht Patrick Koch überhaupt nicht. Das Roggernschulhaus kann aufgestockt werden. Er möchte deshalb gerne eine Bemerkung aufnehmen: Nach dem Rückbau der mobilen Bauten, soll die Aufstockung der bestehenden Bauten priorisiert werden.

Gemäss Judith Luthiger-Senn wird man das Roggernschulhaus selbstverständlich aufstocken. Auf dem Hort und beim Sekundargebäude gibt es eine Möglichkeit zur Aufstockung. Dies reicht jedoch nicht aus. Es braucht noch ein zusätzliches Gebäude. Die Strategie des Gemeinderates ist es, die bestehenden Schulanlagen zu prüfen, ob man sie auf 12 Primarklassen oder allenfalls auf 18 Primarklassen ausbauen kann. Zusätzlich braucht es ab 2023 11 neue Sekundarklassen. In der Machbarkeitsstudie wird geprüft, was im Roggern möglich ist. Es muss eine Kompromisslösung gefunden werden. Man kann nicht einfach Schulraum erstellen, ohne dass eine Fläche benutzt wird. Es heisst noch lange nicht, dass diese dann nicht kompensiert wird. Es wird eine Planung über die gesamte Bosmattwiese erstellt. Die Desinvestition wurde so in die Planung aufgenommen, dass man das ganze Areal mit den Aussenflächen anschauen muss.

Cyrill Wiget kommt zuerst noch auf die Saalsporthalle zurück. Der Gemeinderat ist in intensiven Gesprächen. Der Gemeinderat hält diesen Standort nicht für ganz falsch, da es an der Langsamverkehrsachse ist, wäre es für ältere Kinder zumutbar dorthin zu kommen. Bis jetzt sah der Investor ganz andere Tagesnutzungen, als dass es der Gemeinderat gerne hätte. Der Gemeinderat wird dies noch weiterverfolgen. Er kommt nun zum Roggernschulhaus. Die Anlage muss mit dem Hang angeschaut werden. Wenn man im Rahmen der Desinvestition Wohnraum erstellt, braucht dies auch wieder Aussenflächen. Diese wären allenfalls mit der Schulraumfläche kombinierbar. Die Schulraumspielplätze können vergrössert werden, damit diese auch dem Quartier dienen. Im Moment kann er nicht sagen, wie der genaue Stand der Machbarkeitsstudie ist.

Thomas Lammer liest die Bemerkung von Patrick Koch vor: „Nach dem Rückbau der mobilen Bauten, soll die Spielwiese wieder als solche benutzt werden. Es ist primär die Aufstockung der bestehenden Bauten ins Auge zu fassen.“

Gemäss Davide Piras wurde über diese Bemerkung bereits im 2014 abgestimmt. Diese ist eigentlich obsolet. Der Einwohnerrat hat damals mit 26:6 Stimmen über folgende Bemerkung entschieden: „Schulhäuser, welche zukünftig mit grossem Schüleransturm zu bewältigen sind,

sollten nicht mit mobilen Bauten, sondern mit fixen Aufstockungen und Anbauten erweitert werden.“

Erich Tschümperlin gibt Davide Piras Recht. Offensichtlich ist das nicht überall durchgedrungen. Er findet es gut, wenn dieses Gelübde im Rahmen der Schulraumplanung nochmals erneuert wird. Es ist wichtig, dass man dies immer wieder bestätigt und erwähnt. Deshalb findet er die Bemerkung von Patrick Koch gut.

Bemerkungsantrag Koch: Spielwiese als Spielwiese benutzen:
Mit 26:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Bemerkung überwiesen

Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	n.t.
Ercolani, Enrico	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	Enthaltung
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Guido Solari liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Einwohnerrat nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

Folgende Bemerkung wird überwiesen:

- *Nach dem Rückbau der mobilen Bauten, soll die Spielwiese wieder als solche benutzt werden. Es ist primär die Aufstockung der bestehenden Bauten ins Auge zu fassen.*

Gemäss Thomas Lammer findet keine Abstimmung statt.

7. Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung über die Führung der Schülerhorte Nr. 241/16

Cyrill Wiget möchte erklären, wie es zu dieser Leistungsvereinbarung gekommen ist. Gestern fand der letzte offizielle Anlass im Schülerhaus statt. Es wurde nun nach 32 Jahren geschlossen. Dies tat vielen Leuten weh, denn es war eine Institution, die sehr geschätzt wird. Im Laufe der Zeit konnten in der Gemeinde fünf Horte für Kinder erstellt werden, die in einer oder keiner speziellen Lebenslage sind. Darum hat man dieses Haus nun geschlossen. Es ist eine kleine Sparmassnahme, dass man dieses Haus nicht mehr führen muss. Aber die Personalkosten werden auf die anderen fünf Horte übertragen, weil diese ja zusätzlichen Aufwand haben. Aufgrund der fehlenden sozial-pädagogischen Einrichtung, müssen sie mehr integrative Arbeit leisten, damit die Horte auch funktionieren. Weil das Geld verteilt wurde, steigen die Kosten pro Platz genau um diesen Betrag. Der Gemeinderat hat mit 12 Stunden pro Hort gerechnet und es muss zusätzlich investiert werden. Es gibt eine Überschussregelung mit dem gemeinnützigen Frauenverein. Sollte es dazu kommen, dass sie nicht alles voll ausschöpfen, kommt das Geld zurück in die Gemeindekasse oder es wird mit dem nächsten Jahr verrechnet. So läuft man nicht in Gefahr, dass man einer Institution zu viel Geld zuspült. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die vorliegende Lösung ein guter Ansatz ist, um weiterzuarbeiten.

Die USK stellt dem gemeinnützigen Frauenverein GFV laut Raphael Spörri ein gutes Zeugnis aus und ist froh, dass die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und GFV funktioniert. Man darf behaupten, dass in Kriens die Schülerhorte und die Kinderbetreuung funktionieren. Herzlichen Dank dafür. Trotzdem wurden an der USK-Sitzung kritische Fragen grundsätzlicher Art gestellt. Aufgrund des Zeitungsberichtes der Neuen Luzerner Zeitung vom 15. Juni 2016 der besagt, dass in Luzern immer weniger Familien mit tiefen Einkommen Betreuungsgutscheine beziehen, stellt sich diese Frage auch in Kriens. Wenn dem so wäre, woran liegt das? Ist ein Hort zu einem Luxusgut für besser Verdienende verkommen? Was hat man in Kriens für Bedürfnisse der Kinderbetreuung? Fragen auf die der Departementsvorsteher vielleicht Antworten geben kann. Die USK war sich in der Beratung einig, dass Horte vor allem für Personen gedacht sind, die auf externe Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind. Sei dies weil sie allein erziehend sind oder beide Eltern einer Arbeit nachgehen müssen, um überhaupt genügend für die Familie zu erwirtschaften. Erst in zweiter Linie sollen Betreuungsangebote geschaffen werden, um in einer Partnerschaft beiden Teilen die Möglichkeit zu geben einer Arbeit nachzugehen. Mit diesem Hintergrund wurde das Überdenken der Tarifestufen und der Betreuungsgutscheine gefordert, so dass eine sozial gerechtere Finanzierung möglich wäre. Trotzdem kam die USK aufgrund des vorliegenden B+A sowie dem Wirkungsbericht vom 20. August 2014 und der geleisteten Arbeit des GFV zum Schluss, der Leistungsvereinbarung zuzustimmen und den Sonderkredit zu genehmigen

Die BiK hat gemäss Beat Tanner an ihrer letzten Sitzung die Leistungsvereinbarung über die Führung der Schülerhorte besprochen. Der Gemeinnützige Frauenverein führt seit Jahren als sehr verlässlicher Partner die Krienser Horte mit äusserst hoher Qualität und Engagement. Die Aufsichtskontrollen haben dem Gemeinnützigen Frauenverein immer die Bestnoten ausstellen können. An dieser Stelle dankt die BiK dem Gemeinnützigen Frauenverein und seinen Mitarbeitenden für ihre grosse, wertvolle und professionelle Arbeit für die Gemeinde und die Krienser Kinder. Sie schätzt ihre Arbeit sehr. Die BiK ist der Meinung, dass diese bewährte Partnerschaft mit dieser Leistungsvereinbarung weiterzuführen ist. Die BiK unterstützt auch eine Analyse und Standortbestimmung der künftigen Zusammenarbeit. Einige Mitglieder hat es sehr gestört, dass auch Spenden bei der Nettokostenberechnung miteingeflossen sind und mitgerechnet wurden. Bei künftigen Kostenvergleichen unter Gemeinden wäre es sinnvoll, mit

den anderen Gemeindevertretern die Analyse kurz zu besprechen und nicht nur an Hand von Dokumenten die Zusammenstellungen zu machen. Die BiK stimmt dem B+A mit 5:0 Stimmen zu und empfiehlt dem Einwohnerrat ebenfalls die Zustimmung zur Leistungsvereinbarung und zum Kredit.

Laut Judith Mathis-Wicki ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für Eintreten auf den Bericht und Antrag und wird der Leistungsvereinbarung für die Führung der Schülerhorte zustimmen. Der Gemeinnützige Frauenverein Kriens übernimmt seit Jahren eine grosse und verantwortungsvolle Aufgabe mit der Führung der Schülerhorte. Sie möchte der Präsidentin des Vereins und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre wertvolle und innovative Arbeit herzlich danken. Das Modell Schule und Verein scheint sich zu bewähren und ist erfolgreich. Die Aufgaben, die der GFV über die Jahre übernommen hat, sind immer umfangreicher geworden und der Verein hat sich den neuen Herausforderungen immer flexibel gestellt und ist sehr haushälterisch mit den Finanzen umgegangen. Die Gemeinde Kriens hat im GFV einen wichtigen und verlässlichen Partner in einer gesellschaftspolitisch sehr wichtigen Aufgabe. Die ausserfamiliäre und ausserschulische Kinderbetreuung ist heute nicht mehr wegzudenken. Die neue Leistungsvereinbarung wird neu nur für zwei Jahre erstellt. Die Begründung des Gemeinderates scheint plausibel zu sein und mit der laufenden Departementsreform auch sinnvoll. Die Entwicklung im Betreuungsbereich ist immer noch sehr dynamisch und erfordert laufend Anpassungen. Mit einer kürzeren Laufzeit der Vereinbarung kann so auch schneller reagiert werden. Die Abgeltung von Fr. 8'640.00 pro Platz scheinen dem GFV zu tief angesetzt zu sein. Auch hier gilt es Fakten und Erfahrungen zu sammeln und sie nach zwei Jahren in die neue Vereinbarung einfliessen zu lassen. Mit dem Hort Feldmühle-Eichenspes im neuen Werkhofgebäude eröffnet im Sommer 2016 bereits der 5. Schülerhort von Kriens seine Türen. Gleichzeitig wird das langjährige spezialisierte Angebot des Schülerhuus Zunacher aufgehoben. Die Auswirkungen, die diese Aufhebung nach sich zieht, mit der Integration der Kinder in andere Horte, sind noch nicht klar abschätzbar. Es wird sich zeigen, ob eine punktuell personelle Unterstützung bei Problemfällen wirklich ausreichend sein wird, wie sie im Bericht und Antrag beschrieben wird. Auch die weitere Nutzung des Schülerhuus Zunacher scheint noch in der Diskussion zu sein und ist noch nicht klar festgelegt. Der Vergleich mit Luzern und Horw zeigt, dass die Krienser Nettokosten recht tief sind und die Beiträge der Elternseite im Vergleich mit den anderen Gemeinden eher hoch ausfallen. Hier gilt es allerdings die von der Gemeinde ausgerichteten Betreuungsgutscheine in Betracht zu ziehen, damit kann sich dann wieder ein anderes Bild zeigen. Evtl. sollte man die Tariftabelle nach oben etwas progressiver gestalten und damit die unteren Einkommen noch etwas entlasten. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion freut sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit der Gemeinde Kriens mit dem GFV und stimmt der neuen Leistungsvereinbarung zu.

Patrick Koch von der SVP-Fraktion erläutert, dass der Gemeinnützige Frauenverein im Bereich der schul- und familienergänzenden Kinderbetreuung eine jahrelange Aufbauarbeit geleistet hat. Mit der neuen Leistungsvereinbarung kann die Gemeinde Kriens weiterhin vom Know-how des GFV profitieren. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an den GFV für ihre seit Jahren engagierte und ausgezeichnete Arbeit in und für die Gemeinde Kriens sowie für die Schul-, Vorschul- und Kleinkinder. Die SVP-Fraktion genehmigt den vorliegenden B+A und bewilligt den benötigten Kredit.

Die FDP-Fraktion tritt gemäss Enrico Ercolani auf den B+A Leistungsvereinbarung über die Führung der Schülerhorte ein. Das Gesetz über die Volksschulbildung vom 22. März 1999 sieht seit 1. Januar 2009 vor, dass die Gemeinden dafür zu sorgen haben, dass den Lernenden bedarfsgerecht schul- und familienergänzende Tagesstrukturen zur Verfügung stehen. Damit wurde das Angebot von Tagesstrukturen in den Gemeinden zu einer obligatorischen

Gemeindeaufgabe erklärt. Diese Hortplätze erweitern die Leistung der Schule um ein Tagesstrukturangebot. Das bedeutet, dass Kinder praktisch von 7 bis 18 Uhr in der Institution Schule aufgehoben sind. Familienfreundliche Strategien und Massnahmen stabilisieren Familien als soziale Mitte unserer Gesellschaft und als zuverlässige Netze in Zeiten von Veränderungen. Familien tragen substantiell zur Bildung des Humankapitals unserer Gesellschaft und der Wirtschaft bei. Funktionierende, leistungsfähige Familien bringen der Region, der Wirtschaft und der Gesellschaft langfristig gesehen Gewinn. Statistiken der Stadt Luzern belegen, dass rund ein Drittel der Eltern welche ihre Kinder in einen Hort schicken über ein tieferes steuerbares Einkommen als Fr. 30'000.00 verfügen. Weitere 30 % verfügen über ein steuerbares Einkommen zwischen Fr. 30'000.00 und Fr. 60'000.00. Die Gemeinde Kriens subventioniert einen Platz mit rund Fr. 8'700.00. Interessant wäre zu erfahren, wie viel mehr Steuern eingenommen werden und ob sich die Plätze überhaupt finanzieren lassen? Der Sprechende bedauert es sehr, dass es für die Betreuung von Kindern solche Institutionen braucht. Besonders verurteilt er, dass heute in vielen Fällen der Lohn von Frau und Mann nicht reichen, dass ein Elternteil zu Hause zu den Kindern schauen kann. Das wäre der Wunsch von vielen, aber leider nicht möglich. Die Gemeinde Kriens hat den unterrichtsergänzenden Betreuungsbedarf mit einer Leistungsvereinbarung an den Gemeinnützigen Frauenverein ausgelagert. Der Gemeinnützige Frauenverein erbringt für die Gemeinde, die Familien und die Kinder eine ausgezeichnete Arbeit. An dieser Stelle dankt die FDP-Fraktion dem Gemeinnützigen Frauenverein und ihren Mitarbeitenden für ihre grosse, qualitativ hochstehende Arbeit, welche auch von den Aufsichtsbehörden mit Bestnoten ausgezeichnet werden. Sie stimmt dem Leistungsauftrag und dem Kredit zu.

Auch Raphael Spörrli dankt im Namen der SP/JUSO-Fraktion dem gemeinnützigen Frauenverein für ihre geleistete Arbeit. Die SP/JUSO-Fraktion ist für Eintreten. Er dankt Enrico Ercolani für seine Worte, denn er spricht aus ihren sozialen Herzen. Trotzdem hat die SP/JUSO-Fraktion dazu ein paar Fragen. Wie die USK bereits angetönt hat, war in der NLZ am 15. Juni 2016 zu lesen, dass in Luzern immer weniger Familien mit tiefen Einkommen Betreuungsgutscheine beziehen. Woran liegt das? Dazu konnte noch keine Antwort gegeben werden. Die sozialdemokratische Partei setzt sich aufgrund ihrer Gesinnung schon seit je her für familienbetreuende Massnahmen ein. Diese sollen aber in erster Linie vor allem jenen zugutekommen, die auf Grund ihrer sozialen Benachteiligung darauf angewiesen sind. In erster Linie meint er da Alleinerziehende oder Paare, die auf Grund ihres kleinen Einkommens auf einen Doppelverdienst angewiesen sind. Es ist aber immer mehr ein Bedürfnis, dass sich gut ausgebildete Frauen ihren Ausbildungsstand erhalten möchten und dadurch zumindest einer Teilzeitarbeit nachgehen möchten. Zudem ist die Wirtschaft ebenfalls daran interessiert diese Frauen oder Männer und ihr Know-how für die Arbeitswelt zu erhalten. Zu guter Letzt kann interessante Arbeit ganz einfach auch Spass machen. Mit diesem Hintergrund geht die SP/JUSO-Fraktion also davon aus, dass eine Kinderbetreuung für alle ein Bedürfnis ist. Doch zu welchem Preis? Ist es auch in Kriens eine Tatsache, dass sich schlecht Verdienende immer weniger eine externe Betreuung leisten können, während sich gut Verdienende diesen Luxus einkaufen? Ob es in Kriens immer weniger arme Mitbürger gibt oder ob sich finanziell Schwache trotz Betreuungsgutscheine eine Betreuung schlichtweg nicht mehr leisten können, ist noch nicht restlos geklärt. Hinweise kann der Wirkungsbericht vom 20. August 2014 nur zum Teil geben. In diesem wird aufgezeigt, dass dank den Betreuungsgutscheinen die Erwerbstätigkeit gesteigert werden konnte und dies eine positive Einkommensentwicklung bewirkt hat. Ist dem wirklich so? Wäre dem nicht so, müsste dringend eine Anpassung der Tarifstrukturen Horte Kriens ins Auge gefasst werden, oder die Betreuungsgutscheine so angepasst werden, dass die Ärmern besser unterstützt und die Reichen mehr zur Kasse gebeten würden. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die neue Leistungsvereinbarung, ist sie doch eine Förderung eines guten ausserfamiliären Angebots. Gleichzeitig warnt sie aber vor einer Schieflage und unsozialen Verteilung der vorhandenen Mittel und fordert den Gemeinderat

auf, ärmere Familien zu stützen und Gutverdienende in die Pflicht zu nehmen. Die SP/JUSO-Fraktion ist für Eintreten.

Die Grüne/JG-Fraktion begrüsst laut Erich Tschümperlin die Leistungsvereinbarung über die Führung der Schülerhorte. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinnützigen Frauenverein Kriens unterstützt sie ebenfalls. Dies ist ein gutes Modell der Zusammenarbeit und bildet ein gutes und ergänzendes Angebot zur schulischen Betreuung. Die Grüne/JG-Fraktion betrachtet es sogar als einen Vorteil, dass nicht das gesamte Angebot „verschult“ wird, sondern auch andere Institutionen zur Betreuung beitragen. Dass Kriens ein entsprechendes Angebot anbietet und anbieten muss, ist klar. Dass der Gemeinderat eine Hortstrategie mit klaren Leitsätzen erarbeitet hat, begrüsst sie sehr. Dies ermöglicht den Gemeinderat an seinen Zielen zu messen und es macht die Weiterentwicklung auch berechenbar und konsistent. Die neue Leistungsvereinbarung passt in diese Strategie und entwickelt sich gemäss den Bedürfnissen und Vorgaben unserer Zeit weiter. Das sieht man auch an den zahlreichen Änderungen zur bestehenden Vereinbarung. Die Grüne/JG-Fraktion dankt an dieser Stelle ganz speziell dem Gemeinnützigen Frauenverein Kriens für ihren Einsatz und ihre tolle Arbeit und ebenfalls dankt sie dem Verein Tagesfamilien Kriens. Er ist ein weiterer, ebenso wichtiger Pfeiler in der Betreuung der Krienser Kinder. Diese Angebote sind ganz wichtige Pfeiler für eine attraktive Gemeinde. Wie eine Umfrage der Hochschule Luzern gezeigt hat, ist das Schulangebot ein sehr wichtiges Kriterium für die Wahl des Wohnortes. Ein gutes Angebot an Kinderbetreuung gehört da selbstverständlich dazu. Die Grüne/JG-Fraktion stimmt der Leistungsvereinbarung einstimmig zu.

Cyrill Wiget wird den Dank an den Gemeinnützigen Frauenverein weiterleiten, denn den haben sie verdient. Betreuungsgutschriften und Horte haben nichts miteinander zu tun. Es geht zwar bei beiden um ausserfamiliäre Kinderbetreuung. In einem Wirkungsbericht wurde dargelegt, dass die ausserfamiliäre Kinderbetreuung sozial und ökonomisch wichtig ist. Die Gemeinde ist völlig frei, wie sie die Betreuungsgutschriften gestaltet. Mit den Betreuungsgutschriften werden Kosten übernommen, von denjenigen, die ihre Kinder in die Kita's geben. Die Kita's sind vorschulisch. Die Horte sind für die Schüler, welche nicht um 15:00 Uhr nach Hause können, weil ihre Eltern arbeiten. Die Betreuungsgutschriften plafonieren sich auch in Kriens. Damit hat man bereits gerechnet. Die Kurve war sehr steil und man möchte es nicht unendlich ansteigen lassen. Man möchte weiterhin ein vernünftiges Angebot haben. Jetzt hat man die Kurve erreicht und es geht nun waagrecht. Man ist ziemlich punktgenau im Finanzplan drin. Der Gemeinderat hält es für richtig, dass es sich nun so entwickelt. Die Horte nehmen nach wie vor unverändert zu. Die Bedürfnisse sind jährlich stark am Wachsen. Hier gibt es noch keine Plafonierung. Natürlich ist der Preis in Kriens höher als in der Stadt Luzern, weil Kriens nicht ganz so gut gebettet ist. Das muss man schon in eine Relation setzen. Wenn man für einen Platz fünf Mal in der Woche Fr. 4'500.00 bezahlt, hat man nicht fünf Mal in der Woche eine Überschneidung mit dem Partner. Wenn man mit einem Tag pro Woche rechnet, liegen die Kosten aufs Jahr gesehen bei etwa Fr. 800.00 bis Fr. 900.00. Es gibt verschiedene Angebote und Nutzungen. Für diesen Preis erhält es für ein Jahr Essen, die Hausaufgaben werden gelöst und das Kind konnte mit Kollegen spielen. Es ist eine begleitete Institution, welche auch die Kollegialität fördert. Der Sprechende hat nicht das Gefühl, dass man den Tarif nach unten anpassen muss, denn eine gute Leistung hat auch ihren Preis. Auf der letzten Seite der Leistungsvereinbarung ist die Tariffliste ersichtlich. Die Abstufung ist sehr fein. Sie nimmt sehr wohl Rücksicht auf gute und weniger gute Einkommen. Ob es am Schluss bei gewissen Leuten ganz gratis sein sollte, war bereits Thema von politischen Diskussionen. Man ist aber zum Schluss gekommen, dass es weder ganz gratis, noch für diejenigen die es sich leisten können, gedeckelt sein soll. Der Gemeinderat dankt, dass der Gemeinnützige Frauenverein geschätzt wird. Er hofft auf eine lange Zusammenarbeit.

Thomas Lammer stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Leistungsvereinbarung mit dem Gemeinnützigen Frauenverein über die Führung der Schülerhorte, gültig vom 1. August 2016 bis 31. Juli 2018 wird genehmigt und der erforderliche Sonderkredit in der Höhe von Fr. 2'115'840.00 bewilligt.*
2. *Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.*
3. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 241/16:

Der Beschlussestext wird mit 31:0 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

7a. Beantwortung Dringliche Interpellation Burkhardt: Bepflanzung Feuerwerh- und Werkhofareal Nr. 244/16

Gemäss Matthias Senn hat das Baudepartement wegen der vielen negativen Reaktionen zur Umgebungsgestaltung Eichenspes einen runden Tisch mit Gemeindevertretern, Planern, Ausführenden und Kritikern einberufen. Dieses Gespräch findet am Freitag, 8. Juli 2016 statt. Auf die heutige Sitzung wurde die Stellungnahme des planenden Landschaftsarchitekten und der Landschaftsarchitektin des Fachgremiums eingeholt. Die Meinungen der Gärtner fehlen aber noch. Es war nie das Ziel eine gewöhnliche Rabattenbepflanzung zu erstellen. Es ist zu beachten, dass für die Realisierung des Teilprojekts Feuerwehr/Werkhof Eichenspes eine geschützte Hecke entlang der Eichenspesstrasse sowie die Baumallee entlang der Obernauerstrasse weichen mussten. Es war von Anfang an auch seit dem Programm des Studienauftrags eine Aufgabe der Gemeinde, die geschützte Hecke sowie die Baumallee auf dem Areal gleichwertig zu ersetzen. Nun kommt er zu der Beantwortung der Fragen:

1. Wer hat die Umgebungsgestaltung beim Eichenspes mit so vielen Strüchern vorge schlagen und bewilligt?

Das Umgebungsprojekt wurde von der Raymond Vogel Landschaften AG ausgearbeitet. Der Gemeinderat hat die Auflagen für die Umgebungsgestaltung und die Bepflanzung in seinem Entscheid Baubewilligung „Feuerwehr/Werkhof Eichenspes“ vom 15. Oktober 2014 formuliert. Die Pflanzliste und der Ausführungsplan Bepflanzung wurden von der Gemeinde am 16. Dezember 2015 mit Auflagen genehmigt.

2. Weshalb wurden so viele Strücher und Bäume gepflanzt?

Das für das Gesamtprojekt verantwortliche Architekturbüro Masswerk Architekten AG sowie das beauftragte Landschaftsarchitekturbüro begründen die Dichte der Bepflanzung in einem Schreiben vom 26. Mai 2016 an die Gemeinde Kriens so:

„Die Anzahl der Gehölz-Pflanzen für die geschnittenen Hecken hängt von folgenden Kriterien ab:

1. *Räumliche Wirksamkeit: Geschnittene Hecken sind bekannte Kulturformen.*
2. *Ökologischer Wert: Mischhecken (unterschiedliche Gehölze) sind ökologische Nischen.*
3. *Von der Zielgrösse der geschnittenen Hecke: Kleinere Gehölze erfordern mehr Pflegemassnahmen für das Kultivieren der Hecke. Bei grösseren Pflanzen werden weniger Stücke gebraucht.*
4. *Vom Standort der neuen Anlage: Grössere Pflanzen sind bei guter Produktionsqualität robuster und weniger anfällig auf Absterben durch äussere Einflüsse (z. Bsp. brechen von Holz).*

Die Gehölzpflanzungen vermitteln zwischen dem neuen Feuerwehr- / Werkhofgebäude und den angrenzenden Aussenräumen. Da sind im Norden an der Eichenspesstrasse mit dem Eingang zum Schülerhort die unterschiedlichen Solitärstrücher in der Wiese, im Westen zu den Gewerbe- und Wohnbauten die geschnittenen Mischhecken mit Retentionsbecken und der ruderalen Kiesfläche und im Süden zur Obernauerstrasse, die Heckenkörper mit unterschiedlichen Gehölzen zwischen den Parkplätzen. Die Ostseite wurde von uns geplant aber nicht ausgeführt, weil der Kanton die Planung übernommen hat. Die Pflanzung ist von uns kontrolliert und ist durch die Firma Pflugshaupt korrekt ausgeführt.“

3. Wieviel kostet diese Begrünung beim Eichenspes (inklusive Architektur, Pflanzen und Arbeit)?

Das Stimmvolk hat Bruttoinvestitionen von 16.75 Mio. Franken für das Teilprojekt Feuerwehr/Werkhof Eichenspes genehmigt, davon sind 1.57 Mio. Franken unter der Position

Umgebung budgetiert. Umgebung ist alles was nicht Gebäude ist: Vorplätze, Stützmauern, interne Strasse, Parkplätze, Retentionsbecken, Rabatten und Bepflanzungen. Der Werkvertrag mit der Firma Gärtner Pflughaupt AG umfasst ein Auftragsvolumen von Fr. 677'000.00. Dieser umfasst alle Arbeiten des Landschaftsgärtners, also nicht nur Pflanzarbeiten sondern auch Aushübe und Erdverschiebungen im Zusammenhang mit den Umgebungsarbeiten. Alle Aufträge wurden unter Konkurrenz vergeben.

4. Wieso wird in einer solchen Situation das Budget munter ausgeschöpft und kein Zeichen gegenüber den Steuerzahlenden gesetzt?

Bei der Beschaffung der Strassenbäume (Ulmen) gab es ein Entscheid der Gemeinde, diese mit einer Stammhöhe von 4.5 m Stammhöhe zu beschaffen. Die gewählte Stammhöhe ist begründet mit der Strassenabstandsverordnung, dem Strassengesetz und mit dem günstigeren Unterhalt. Die Planer haben die Gesamtprojektleitung nie darauf hingewiesen, dass die dichte Rabattenbepflanzung entlang der Obernauerstrasse etwas speziell wirken könnte, so dass zu diesem Thema vorgängig nie eine Diskussion oder Interessenabwägung stattgefunden hat. Die Bepflanzung ist konzeptionell begründet, es ging nie um die Ausschöpfung von bewilligten Mitteln. Das Baudepartement hat die vorhandenen Unterlagen durch die Landschaftsarchitektin des Fachgremiums Kriens beurteilen lassen, um eine neutrale Drittmeinung zu erhalten. Die Landschaftsarchitektin hat der Gemeinde mit Mail vom 20. Juni 2016 folgende Beurteilung zugestellt:

„Die Vision des Landschaftsarchitekten war es, die Pflanzflächen vollflächig mit unterschiedlich hohen Heckenkörpern auszubilden. In den Visus und Beschreibungen des Dossiers vom 19. März 2015 wurden die Pflanzungen als ‚Blöcke‘ bezeichnet und auch so dargestellt. Das hat er in den Pflanzplänen mit der Bezeichnung ‚Fertighecke horizontal geschnitten‘ mit Höhenangabe auch weiter so angegeben und je nach final angestrebter Höhe die passende Pflanzenart ausgewählt. Entstehen sollten grüne Kuben aus Pflanzen. Um diesen Effekt in nützlicher Frist zu erhalten, wurden die Pflanzen dicht gepflanzt, durch einen regelmässigen Schnitt schliessen sich die Fronten und Decke und bilden den Kubus. Er hat für die Startpflanzung eine Pflanzenmenge von ca. 2.5 Stk./m² vorgesehen (so die Analyse des Gärtners). Ich habe mich bei einer namhaften international arbeitenden Baum- und Pflanzenhändlerin rückversichert, wie viele Pflanzen für so einen Kubus normal verwendet werden - je nach Pflanzenart werden normal 4 Pflanzen - bei machen sogar bis 6 Pflanzen auf den m² gepflanzt um möglichst schnell den kubischen Effekt zu erreichen. Das heisst, ausgehend von der Endvision des Architekten Heckenkuben zu erstellen hat er die richtigen Pflanzen in der richtigen Menge bestellt und gepflanzt.“

Der Vorschlag des Gärtners [Anmerkung Gemeinderat: gemeint ist die Analyse, welche der Interpellation angehängt ist] geht von etwas ganz anderem aus. Er pflanzt eine Hecke in die Mitte oder Einzelpflanzen und bepflanzt die Restfläche mit Bodendeckern. Das ist ein komplett anderes Bild und entspricht nicht der Planungsidee des Landschaftsarchitekten. Der Gärtner vorschlag entspricht einer normalen Rabattenbepflanzung. Da werden Birnen mit Äpfeln verglichen. Ich verstehe, dass die Bevölkerung, der das Endbild nicht bewusst ist, mehr als erstaunt reagiert über die Menge Pflanzen. Fachlich wurde aber richtig gehandelt, um die verkaufte Vision umzusetzen. Ich empfehle eine aufklärende Kommunikation mit Fotomaterial, das die Zielvision darstellt und einen umgehenden Schnitt der Pflanzen in die Kastenform, um die Idee anzuzeigen.“

Der von der Landschaftsarchitektin empfohlene erste Schnitt wird in den Kalenderwochen 26 oder 27 ausgeführt. Wenn die Pflanzen geschnitten sind, wachsen die Pflanzen ineinander und dann gibt es einen Kubus. Das ist etwas anderes, als wenn man einzelne Pflanzen pflanzt.

5. Wäre es ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoller, weniger Pflanzen einzusetzen, dafür einheimische Baumschulen zu berücksichtigen?

Das Baudepartement hat nach den Pflanzlieferungen in der Langmatt mit ausländischen Lastwagen folgende interne Weisung herausgegeben: „*Einheimische Produkte sind nach Möglichkeit zu bevorzugen, wenn damit nicht Grundsätze des öffentlichen Beschaffungswesens verletzt werden. Wo sinnvoll sind in einer Ausschreibung je eine Variante mit dem einheimischen und mit dem nicht einheimischen Produkt offerieren zu lassen.*“ Dieses Vorgehen hat sich zum Beispiel bei der Submission der Holzbauarbeiten beim Teilprojekt Feuerwehr/Werkhof Eichenspes sehr bewährt. Dank dem Preisvergleich mit erstaunlich geringen Differenzen war es möglich, sich für das Schweizer Holz zu entscheiden. Im Eichenspes wurden nun ebenfalls wieder Pflanzen mit ausländischen Lastwagen geliefert, obwohl eine Baumschule aus Oftringen als Lieferantin gewählt wurde. Die Lieferung wird begründet, dass auch einheimische Baumschulen die Pflanzen wegen der günstigeren Marktpreise oder weil sie ein bestelltes Produkt nicht im eigenen Angebot haben direkt im Ausland bestellen.

6. Wie stellt sich der Gemeinderat zu einem solchen Vorschlag?

Es ist für den Gemeinderat kein Thema, Pflanzen auszugraben und zwischenzulagern.

7. Was wird unternommen, dass ein solches exzessives „Begrünungsfest“ bei weiteren gemeindeeigenen Projekten verhindert wird?

Die Begrünung musste sowohl die Aspekte der Nutzer, wie auch die des Naturschutzes abdecken. Schon im Wettbewerb und während der Vorprojektphase wurde von der Gemeinde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Baumallee entlang der Strasse ersetzt werden muss. Das Abtragen und Abholzen des Grüngürtels (geschützte Hecke) wurde unter der Bedingung bewilligt, dass eine entsprechende ökologische Ersatzfläche auf dem Grundstück nachgewiesen werden muss. Die Landschaftsarchitekten haben diesen Auftrag mit der nun realisierten Bepflanzung interpretiert.

Es gibt aktuell kein anderes Projekt der Gemeinde, bei der es bei der Begrünung um den Ersatz einer geschützten Hecke geht. Der Gemeinderat sieht deshalb keinen Grund, spezielle Massnahmen zu ergreifen.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Anita Burkhardt-Künzler wünscht eine Diskussion.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Anita Burkhardt-Künzler dankt für die Beantwortung der Interpellation. Sie hätte sich die Beantwortung schriftlich gewünscht. Sie findet die Kosten für die Begrünung in der Höhe von Fr. 677'000.00 sehr hoch. Es steht ihr nicht an zu beurteilen, ob der Betrag dem entspricht. Als Steuerzahlerin findet sie den Betrag jedoch sehr hoch. Dass eine schützenswerte Hecke ersetzt werden musste, leuchtet ihr ein und ist soweit gut. Es stellt sich die Frage, wieso man den Pflanzen keine Chance gibt wieder zu wachsen, sondern man von Anfang an eine grosse Hecke möchte. Anscheinend sterben bereits schon Pflanzen ab, weil sie keinen Platz haben. Sie hörte auch, dass bei der Ausfahrt der Feuerwehr auch einzelne Pflanzen abgetragen werden mussten, weil diese im Weg waren. Die Fragen wurden soweit beantwortet und nun freut sie sich auf den runden Tisch. Die Sprechende ist gespannt was dort herauskommt.

Matthias Senn möchte eine Präzisierung machen. Die Fr. 677'000.00 sind nicht reine Bepflanzungsarbeiten, sondern beinhalten den gesamten Auftrag an die Landschaftsbauer. Dazu gehört der Bau des Retentionsbeckens mit den Sickerleitungen und Erdverschiebungen. Aus dem Werkvertrag konnte nicht eruiert werden, wie viel davon für die Bepflanzung gebraucht wurde.

Kathrin Graber, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, hat gespannt die Antwort des Gemeinderates abgewartet. Sie musste teilweise schmunzeln, weil sie die Situation sehr speziell findet, dass sich aus einem Ersatz einer geschützten Hecke ein solches Projekt ergibt. Das löst viele Fragen bei der Sprechenden aus. Sie hat den Eindruck erhalten, dass ein Landschaftsarchitekt beauftragt wurde, welcher eine Planungsidee hatte. Diese Planungsidee lag dem Gemeinderat vor, wurde jedoch nicht kritisch angeschaut. Es fand keine Diskussion statt, sondern er hat einfach das realisiert, was der Architekt vorgeschlagen hat. Hier vermisst die Sprechende eine klare Haltung des Gemeinderates, dass er auch jetzt dazu steht, dass eine andere Idee besser gewesen wäre. Das Verhalten der Feuerwehr ist für sie auch noch fraglich. Die Interessen der Nutzer wurden auch schon abgeholt. Im Nachhinein hört man, dass die Feuerwehr auch nicht zufrieden ist. Der Gemeinderat müsste bei einem weiteren Projekt die Interessen der Nutzer auch anschauen und sich nicht nur auf die Fachgremien stützen.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat mit dem nun vorliegenden Maximalauftrag über den Tisch gezogen wurde.

Enrico Ercolani, FDP-Fraktion, sagt, dass Kathrin Graber den Gemeinderat überfordert. An einem Bau gibt es etwa 50 Arbeitsgattungen. Jeder lehrt zwischen 2 ½ und 4 Jahren. Der Gemeinderat kann somit keine beruflichen Sachen beurteilen. Ein Fehler wurde trotzdem gemacht. Solche Projekte müsste er mit einem Fachmann beurteilen, welcher nicht mitgerechnet hat. Mit einem Gärtner kann man auch schauen, wie er es macht oder ob zu viele Pflanzen gepflanzt werden. Die Gemeinde hat ja eigentlich kein Geld, deshalb wäre es angebracht, wenn man kleinere Pflanzen setzt. Aber hier ist der Gemeinderat überfordert. Es muss ein Instrument geschaffen werden, welches den Gemeinderat fachlich unterstützt.

Peter Fässler von der SP/JUSO-Fraktion ging am Mittwoch die Bepflanzung anschauen. Er fragte sich, ob die Gemeinde hier einen neuen Geschäftszweig als Baumschule eröffnet hat. Der Sprechende sah eine blickdichte Hecke, jedoch wusste er noch nicht, dass dies ein Kubus geben soll. Weiter findet er eine blickdichte Hecke bei einem Feuerwehrgebäude auch nicht so ratsam. Ist das der richtige Ort für ein gartenbauliches Experiment? Hat die Gemeinde so viel Geld für eine solche Bepflanzung? Er rechnet mit einem Baum à Fr. 10.00. 100 Bäume wären somit Fr. 1'000.00. Geht das nicht auch günstiger, weil dort braucht es ja keine blickdichte Hecke.

Auch Bruno Bienz, Grüne/JG-Fraktion, musste schmunzeln. Die Kuben sind ja schön und gut. Er fragt sich, was hier der Ersatz sein soll von einem konifären Kubus zu einer Hecke. Das ist für ihn nicht so das Gleiche. Man kann ja schon dieses Argument bringen, aber dann muss man es auch konsequent machen. Was man auch vergisst, sind die Folgekosten. Der Sprechende hat dem Gemeinderat schon mehrmals gesagt, dass immer etwas erstellt wird, aber nie geschaut, was der Unterhalt kostet. Eine solche Art der Bepflanzung kostet auch mehr Unterhalt. Dort muss der Gemeinderat etwas über die Bücher gehen und über das fertige Produkt hinweg sehen. Bruno Bienz findet es schön, wenn man viele Pflanzen pflanzt, aber es wird einfach zu viel ausser Acht gelassen.

Erich Tschümperlin muss den Gemeinderat doch etwas in Schutz nehmen. Wenn der Einwohnerrat verlangt, dass der Gemeinderat die Bepflanzung, alle Innenausbauten und die restlichen Gattungen mit Fachpersonen beurteilen muss, ist das zu viel. Dann gibt es etwa 20 Sitzungen mit 20 Fachpersonen. Es ist etwas heftig zu behaupten, dass der Gemeinderat über den Tisch gezogen wurde. Man hat nun die Meinung der Experten gehört. Weil jeder der einen Garten hat, das Gefühl hat sich auszukennen und mitreden zu wollen, kommt es ihm vor, wie beim PC. Dort hat auch jeder das Gefühl, er sei ein Spezialist. Die Analyse hat aufgezeigt, dass der Gemeinderat nicht so extrem versagt hat, wie es in der Interpellation dargestellt wurde.

Cyrill Wiget bestätigt, dass die Feuerwehr an ihrem neuen Gebäude grosse Freude hat. Es hat Anpassungen bei den Parkplätzen gegeben, weil die Einfahrten nicht günstig waren. Das Projekt wurde ja dem Einwohnerrat vorgelegt. Wenn dies ein völlig falsches Projekt gewesen wäre, hätte der Einwohnerrat an seiner Sitzung dies sagen müssen. Bei der Langmatt war es auch so. Es wurde ein Projekt vorgelegt und die Kosten wurden aufgezeigt. Der Gemeinderat hat sich an die Preisabmachungen gehalten, die im Einwohnerrat festgelegt wurden.

7b. Beantwortung Dringliche Interpellation Graber: Vertrauliches Gespräch des Gemeinderates mit dem Astra und dem vif über den Bypass

Nr. 246/16

Cyrill Wiget erläutert, dass Kathrin Graber in der Interpellation festhielt, dass das Komitee in Gesprächen mit dem Astra und dem Regierungsrat Robert Küng wiederholt mit Vehemenz die Anliegen der Standortgemeinde Kriens vertreten hat. Die Arbeiten des Komitees sind für den Gemeinderat sehr wichtig. Er dankt deshalb dafür, dass das Komitee regelmässig alle Mittel einsetzt, um Kriens den Rücken zu stärken. Tatsächlich stärkt das die Position der Gemeinde Kriens. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass Kriens vom Astra gut gestützt wird. Diese Woche fand wieder ein Austausch statt. Das vif hat das Astra und den Gemeinderat Kriens eingeladen. Deshalb konnte der Gemeinderat das Komitee nicht dazu einladen. Es wäre interessant zu wissen, weshalb das vif das Komitee nicht eingeladen hat. Der Gemeinderat hat vor das Komitee bis Ende September erneut einzuladen. Es wäre gut das mitzuteilen, was der Gemeinderat gestern erfahren hat. Die fünf gestellten Fragen kann der Gemeinderat nach dem gestrigen Gespräch nicht beantworten. Gestern erhielt man eine Tischvorlage und der Gemeinderat konnte diese noch nicht besprechen. Es ist für den Gemeinderat wichtig zu besprechen, wie das weitere Vorgehen des Astra politisch zu werten ist. Sobald dies erfolgt ist, wird das Gespräch mit dem Komitee gesucht. Es wäre nicht seriös mitzuteilen, was gestern auf den Tisch gelegt wurde.

Thomas Lammer fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Kathrin Graber wünscht eine Diskussion.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Kathrin Graber ist etwas überrascht, dass der Gemeinderat nicht sagt, was der Inhalt des Gespräches war. Wenn es vertraulich ist, kann das zwischen dem Einwohnerrat und Gemeinderat diskutiert werden. Die Presse und die Gäste auf der Tribüne müssten den Raum verlassen. Das Komitee sieht eine zeitliche Dringlichkeit. Man weiss, dass weitere Planungsschritte in diesem Jahr vorgesehen sind, wie die Überarbeitung des Vorprojekts und die Bereinigung des generellen Systems „Gesamtsystem Bypass“. Das Komitee steht jetzt vor der Frage, ob das Astra und der Kanton endlich die Krienser Forderungen realisieren oder nicht. Falls nicht, muss unvermindert weitere Opposition gemacht werden. Falls sie Kriens entgegenkommen, ist dies natürlich erfreulich. Man muss aber auch aufpassen, dass Kriens sich nicht von vielleicht scheinbaren Versprechungen einseifen lässt. Die Sprechende möchte wissen, was der Gemeinderat von diesem Gespräch sagen kann. Sie erinnert, dass man kürzlich in der Zeitung über das Lärmschutzprojekt bei Reiden, Dagmersellen und Knutwil lesen konnte. Dort gibt es einen lärmarmen Deckbelag. In Bereich von Uffikon wird ein 400 m langer Lärmschutzdamm von 2 auf 3.5 m erhöht. Anschliessend gibt es nochmals 550 m lange Lärmschutzwände. So etwas Ähnliches braucht es auch in Kriens. Sie möchte vom Gemeinderat noch mehr hören. Falls dies nicht möglich ist, kann allenfalls das Traktandum unter Ausschluss der Öffentlichkeit weiter diskutiert werden.

Cyrrill Wiget versteht das Anliegen. Es gehört zu den Gepflogenheiten des Gemeinderates, dass er Rückmeldungen zuerst miteinander bespricht. Anita Burkhardt-Künzler hat vorhin eine schriftliche Beantwortung gewünscht. Jedoch liegt nicht ohne Grund die Frist zur Beantwortung einer Interpellation bei 4 Monaten. Es braucht diese Zeit, um Abklärungen zu treffen und innerhalb des Gemeinderates zu diskutieren. Die Dringlichkeit einer Interpellation hat damit zu tun, dass man es mündlich und mit einer gewissen Zurückhaltung beantworten kann. Es geht nicht um den Inhalt der Interpellation. Der Gemeinderat findet das Anliegen zu 100 % gerechtfertigt. Weiter muss der Gemeinderat mit ihren Partnern ein Vertrauensverhältnis pflegen, damit er überhaupt eine Chance hat, etwas politisch zu erreichen. Das Komitee und der Gemeinderat tragen nicht den gleichen Hut. Das Anliegen ist zwar das Gleiche, aber das Komitee kann ganz anders operieren. Dem Gemeinderat ist es wichtig auch in Zukunft vom Astra ernst genommen zu werden.

Kathrin Graber, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, erwartet nicht, dass der Gemeinderat geeint aufsteht und seine Haltung bekannt gibt, nachdem die Sitzung gestern war. Ihr geht es um die Frage, was genau präsentiert wurde und um was es in diesem Gespräch ging. Gibt es weitere Zugeständnisse und Verbesserungen für Kriens? Der Gemeinderat könnte doch einfach informieren, was vom Astra und vif gesagt wurde. Wie sieht es mit den Kosten aus? Muss Kriens alles übernehmen oder kann sich der Bund etwas vorstellen? Das Komitee ist sonst weiterhin gezwungen weitere politische Schritte zu machen, wie eine Petition etc. Ohne die Informationen ist es mühsam.

Räto Camenisch, SVP-Fraktion, kommt auf politische Gepflogenheiten zu sprechen. Der Kanton hat seine Stellungnahme gegenüber dem Bund abgegeben. Dieser ist vom Projekt begeistert und erwähnt mit keinem Wort die Gemeinde Kriens, welche Bedenken hat. Das Komitee wird auch nicht erwähnt. Lässt sich das der Gemeinderat einfach so gefallen? Der Kanton nimmt Stellung und sagt, dass das Projekt in Ordnung ist, weil es fast keine Opposition gibt. Die Idee vom Einseifen ist da. Der Sprechende ist enttäuscht, dass sich der Gemeinderat dies gefallen lässt, obwohl eine breit gestreute Opposition besteht.

Robert Marty von der FDP-Fraktion findet es schwierig, wenn der Gemeinderat eingeladen wird und das Komitee nicht. Da kann man auch nichts machen. Welche Strategie hat der Gemeinderat gestern verfolgt? Mit welcher Strategie ging man an dieses Gespräch? Welche Erwartung hatte der Gemeinderat? Der Sprechende glaubt, dass heute kein Statement abgegeben werden kann, aber er ist überzeugt, dass der Gemeinderat sagen kann, wann er ein verbindliches Statement abgibt.

Peter Fässler, SP/JUSO-Fraktion, schliesst sich seinen Vorrednern an. Er findet es auch bemügend, dass der Einwohnerrat ignoriert wird. Der Einwohnerrat hat ein Gewicht in der Gemeinde und soll deshalb auch ernst genommen werden. Der Sprechende erwartet auch, dass man möglichst bald darüber informiert wird, wie es weitergeht.

Erich Tschümperlin von der Grüne/JG-Fraktion sieht den Zwiespalt des Gemeinderates. Der Gemeinderat kann jedoch eine einfache Frage beantworten. Hat sich das Astra bewegt oder nicht? Gibt es eine positive Entwicklung im Sinne von Kriens? Vielleicht muss man sich überlegen, ob man erst im September mit dem Komitee zusammenkommen will oder bereits vorher einen Effort leistet. Es gibt ja vorher schon Gemeinderatssitzungen. Man könnte beispielsweise im Juli eine Sitzung machen, denn zeitlich drängt es und es wird weitergeplant. Für alle ist es wichtig zu wissen, in welche Richtung es geht, um am richtigen Ort Dampf aufzusetzen. Es ist klar, dass der Gemeinderat eine gewisse Loyalitätspflicht gegenüber seinen Partnern hat. Eine qualitative Aussage möchte Erich Tschümperlin heute schon noch hören.

Cyrill Wiget kann bestätigen, dass es beim Gespräch um Verbesserungen ging. Der Gemeinderat hat auch nochmals seine Haltung vertreten. Der Sprechende meint, dass Kriens in der Stellungnahme des Kantons festgehalten wurde, aber nicht stark genug. Der Kanton weiss sehr wohl, dass die Gemeinde Kriens ein sehr grosses Problem hat. Der Kanton möchte den Bypass selbstverständlich. Das ist genau die politische Herausforderung. Möglichst viel für Kriens herauszuholen im vollen Wissen, dass man vom Kanton keine starke Unterstützung für die Krienser Anliegen hat. Die nächste mögliche Gemeinderatsitzung findet am 24. August statt. Das Gesprächsdatum mit dem Komitee wird vorher abgemacht. Sobald die Besprechung stattfinden konnte, wird der Gemeinderat mit dem Komitee zusammen kommen.

Gemäss Kathrin Graber ist sich der Einwohnerrat einig, dass diese Informationen so schnell wie möglich vermittelt werden müssen. Dies muss noch vor dem August geschehen. Es geht einfach darum, dass die gestrig mitgeteilten Informationen dem Komitee auch vorliegen, damit die politischen weiteren Schritte geplant werden können. Schaut nun der Gemeinderat mit dem Kanton, dass er die Informationen ans Komitee weiterleitet?

Cyrill Wiget versteht den Meccano nun nicht ganz. Wenn der Einwohnerrat eine Auskunft vom Kanton möchte, kann diese auch dort einverlangt werden. Der Gemeinderat kann das Komitee dabei unterstützen. Der Sprechende findet es auch gut, wenn das Astra bestimmen kann, was sie dem Komitee gegenüber kommunizieren will. Der Gemeinderat kann es erst kommunizieren, wenn sie es untereinander besprochen haben. Die Strategie des Gemeinderates wurde dem Einwohnerrat gezeigt. Die Stellungnahme wurde auch zugestellt.

8. Bericht Postulat Takacs: Langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Kriens Nr. 191/15

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Raoul Niederberger dankt seinem Vorgänger Fabian Takacs für dieses Postulat. Wasser ist eine der wichtigsten Ressourcen. Eine sichere Versorgung ist darum sehr wichtig. Der Postulant hatte deshalb den Gemeinderat aufgefordert, Abklärungen betreffend der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zur Sicherung der Wasserversorgung zu treffen. Dieser Forderung ist der Gemeinderat nachgekommen. Auch dem Gemeinderat ist das Thema einer langfristigen Wasserversorgung ein wichtiges Anliegen. Ganz oben auf der Agenda steht das Thema aber auch nicht. Vor allem die Idee einer überregionalen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden scheint auf kein grosses Interesse zu stossen. Denn seine Abklärungen betreffend einer solchen Zusammenarbeit waren doch eher dürftig. Anlässlich einer Tagung bei den Nachbargemeinden nachzufragen ist keine wirkliche Abklärung. Denn auch wenn die ersten Reaktionen dort eher negativ ausfielen, so waren das doch nur spontane Äusserungen. Weiter nachgefragt hat der Gemeinderat nicht. Das ist schade. So ist die Idee eines überregionalen Wasserversorgerverbundes doch auf Interesse gestossen. Vielleicht hätte der Gemeinderat einfach etwas mehr nachhaken müssen. Auch eine Zusammenarbeit im Rahmen des Projekts LuzernSüd hat der Gemeinderat nicht weiter vorangetrieben, weil die Signale dafür im Moment einfach noch nicht auf grün stehen. Aber Fragen kostet ja nichts. Das Thema einmal einzubringen, könnte vielleicht neue Impulse in die Diskussion einbringen. Gerade bei der Wasserversorgung bietet sich eine Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden doch an, da sich Wasser nicht an Gemeindegrenzen hält und die Fassung von natürlichen Quellen optimiert werden kann. Ein Beispiel hierfür ist die neue Druckleitung die momentan von der ewl durch den Sonnenberg realisiert wird. Klar ist, eine langfristige und stabile Wasserversorgung ab dem Jahr 2023 ist für Kriens von grösster Bedeutung. Deshalb arbeitet der Gemeinderat auch auf neue Verträge hin. Vielleicht nimmt er sich dabei auch nochmal die Zeit das Thema einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit in die Verhandlungen einzubringen.

Die BK hat laut Martin Heiz dieses Thema kurz besprochen. Im Bericht ist eigentlich alles aufgeführt. Es wurde mitgeteilt, dass die Regionalisierung immer wieder thematisiert wird. Vor den Sommerferien wird noch eine Offerte für den Wassereinkauf eingeholt. Im Vordergrund steht im Moment die Beschaffung von Wasser. Es wurde dann gefragt, ob es durch die Sanierung der Fassungen mehr Wasser gibt. Das wurde so nicht bemerkt, aber die Qualität des Wassers ist besser geworden. Auch mit Schwarzenberg wurde schon gesprochen. Da ist aber nichts zustande gekommen.

Davide Piras, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, erläutert, dass sich der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 25. Juni 2015 gegen eine Auslagerung der Wasserversorgung aussprach. Der Einwohnerrat war der Meinung, dass die Sicherung der Krienser Wasserversorgung in Richtung einer Zusammenarbeit resp. Korporation gehen sollte. Der Postulant dieses Vorstosses brach die Debatte mit den zwei Forderungen sauber auf Papier: 1. Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden zu prüfen. 2. Der daraus entstehende Nutzen und Synergien aus der gemeindeübergreifende Zusammenarbeit aufzuzeigen. Der vorliegende Bericht gibt nur teils Antworten auf die Forderungen im Vorstoss. Können die 59 % Fremdwasser mit einer Zusammenarbeit gedeckt werden oder will man die gleichen Vertragsverhältnisse wie heute nochmals in die Hand nehmen? Der Ausbau der Gebäudehülle im Datenmatt zu einem Stu-

fenpumpwerk kann der erste Schritt zu einer langjährigen Zusammenarbeit sein. Der Zusammenschluss von Horw und Kriens würde die Sicherheit und Qualität der Wasserversorgung steigern, jedoch nicht den fehlenden Bedarf ab 2023. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion würde sich freuen, wenn es ab 2023 eine regionale Lösung gibt. Die ersten Pflöcke müssen heute eingeschlagen werden. Denn die Erarbeitung einer regionalen Lösung benötigt Zeit, welche man heute noch hat. Wird heute nicht gehandelt, bleibt nur die Variante mit der Erneuerung der Verträge übrig. Sie bittet den Gemeinderat bereits heute zu handeln und mit den anderen Gemeinderäten der Nachbargemeinden zusammenzuspannen. Man soll nicht warten bis die Signale von den anderen Gemeinden auf Grün gestellt werden. Kriens liegt im Zugzwang und muss auf Grün stellen. Das Trinkwasser wird auch in Zukunft das wichtigste Lebensmittel bleiben. Kriens besitzt eine gesunde Wasserversorgung und dies soll auch in Zukunft der Fall sein. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist sich noch nicht klar, welchen Weg der Gemeinderat nun einschlagen wird und ist mit diesem Bericht nicht vollends zufrieden. Aus diesem Grund möchte sie dem Gemeinderat bereits heute für die regelmässigen Informationen über den Stand der Abklärungen mit den Nachbargemeinden danken.

Für Patrick Koch ist nicht nur der Krienser Wein, sondern auch das Krienser Wasser wichtig. Die SVP-Fraktion hat ein grosses Interesse an einer funktionierenden Krienser Wasserversorgung auch nach dem Jahr 2022. Eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde Horw drängt sich auch aufgrund der bereits vorhandenen Infrastrukturbauten geradezu auf. Endlich haben Gespräche zwischen Kriens und Horw stattgefunden. Offerten liegen vor und das ist gut so. Die Horwer Trinkwasser-Aufbereitungsanlage „Grämlis“ wird zurzeit saniert und umgebaut. Die Kapazität der Horwer Wasserversorgung ist grösser als der Eigenbedarf. Im Jahr 2019 wird diese topmoderne Anlage den Betrieb aufnehmen. Neu soll auch ein Multi-Barrieren-System eingebaut werden. Dank dem Multi-Barrieren-System sollen auch Verunreinigungen, die es früher nicht gegeben hat, beseitigt werden können wie z.B. Medikamentenrückstände. Der Sprechende ist generell nicht unglücklich, wenn der Seewasseranteil an der Krienser Wasserversorgung steigt. So können sicher manche Hektoliter Calgon in den Krienser Haushalten pro Jahr eingespart werden. Kommt hinzu, dass das Quellwasser aus dem Krienser Hochwald mit organischen Materialien belastet ist und relativ aufwendig aufbereitet werden muss. Eine mögliche Zusammenarbeit mit der Gemeinde Emmen soll auf jeden Fall geprüft werden. Die drei grossen Wasserversorger der Region wie Emmen, Horw und Luzern möchten ihre Eigenständigkeit beibehalten. Dies gilt auch für Kriens. Eine engere Zusammenarbeit macht hingegen Sinn und soll vom Gemeinderat in der IG Wasserversorgung Agglomeration Luzern weiter verfolgt werden.

Beat Tanner dankt im Namen der FDP-Fraktion dem Gemeinderat für den Bericht zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung Kriens. Sie begrüsst es sehr, wenn sich die Gemeinde Kriens mit mehreren Anbietern unabhängiger macht. Sie ist der Meinung, dass man sich nun auf die Zusammenarbeit mit Horw fokussieren soll. Weiter unterstützt die FDP-Fraktion die Fertigstellung des Pumpwerks Dattenmatt, was nötig ist, um Wasser aus Horw zu beziehen. Zum einen führt ein Zusammenschluss mit Horw zu weniger Standwasser und zu einer besseren Wasserqualität. Zum anderen liegen die Infrastrukturen neben einander und die Versorgungssicherheit kann erhöht werden. Weiter kann sich die FDP-Fraktion auch eine Zusammenarbeit mit Horw bei der Beschaffung, beim Pikett usw. vorstellen. Dies wäre wohl eine Win-Win Situation für beide Gemeinden. Die Horwer machen erst etwas, wenn sie davon profitieren können. Deshalb muss geschaut werden, dass beide etwas davon haben. Eine weitere Zusammenarbeit mit Emmen wäre wohl interessant. Hingegen glaubt die FDP-Fraktion nicht, dass die nötigen Investitionen für die Leitung durch den Sonnenberg rentabel erstellt werden können. Sie ist dem Gemeinderat dankbar, wenn er die nötigen Schritte für eine Zusammenarbeit mit Horw unverzüglich an die Hand nimmt.

Am 25. Juni 2015 fand laut Yasikaran Manoharan, SP/JUSO-Fraktion, eine emotional geführte Debatte statt, als es um die mögliche Zusammenarbeit zu einer Aktiengesellschaft mit der ewl Wasser AG gegangen ist. Dabei haben alle Parteien klar ihre Haltung geäußert und dem Gemeinderat den Auftrag erteilt eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zu prüfen. Auch die SP/JUSO-Fraktion hat ihre Forderungen geäußert. Mit dem Vorstoss verdeutlicht der Postulant nochmals die Forderungen. Ob und wie die Zusammenarbeit mit Horw oder mit Luzern, oder gar eine andere Form des regionalen Zusammenschlusses möglich ist, muss der Gemeinderat aushandeln und dem Einwohnerrat präsentieren. Dabei soll nebst den finanziellen Aspekten, auch die Nachhaltigkeit eine Rolle spielen, damit auch über die zehn Jahre hinaus eine Zusammenarbeit weitergeführt werden kann. Der Gemeinderat soll die Entwicklungen beobachten, mit den Nachbargemeinden gute Verhandlungen führen und einen guten Vertrag aushandeln. Aber alles in allem ist die SP/JUSO-Fraktion überzeugt, dass Kriens auch nach 2022 einen problemlosen Zugang zu hygienisch einwandfreiem Wasser haben wird.

Matthias Senn bedankt sich für die engagierten Voten. Zuerst muss man diskutieren, was man überhaupt unter Zusammenarbeit versteht. Bei den verschiedenen Statements hörte man, dass nicht alle dasselbe darunter verstehen. Der 1. Schritt ist, dass Kriens auch ab 2023 Wasser einkaufen kann. Nächsten Mittwoch verabschiedet der Gemeinderat die Offertgrundlagen an die Gemeinden. Es gibt verschiedene Optionen an Wassermengen und Konstellationen. Der Gemeinderat denkt bei der Zusammenarbeit an weitergehende Modelle. Letztes Jahr wurde dem Einwohnerrat das Modell Zusammenschluss ewl vorgelegt. Dieses Modell wurde ja dann aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Dieses Projekt an sich ist nicht gestorben, aber es hat sich gezeigt, dass wenn man das Thema mit Einzelgesprächen aufnimmt, nicht auf grosses Interesse stösst. Im Mai fand die jährliche Besprechung zwischen den Baudepartementen von Horw und Kriens statt. Der Sprechende kam zum Schluss, dass der Gemeinderat Kriens an den Gemeinderat Horw ein Schreiben machen muss, indem nachgefragt wird, ob sie sich eine Regionalisierung der Wasserversorgung vorstellen können. Dies soll als neues Organ erfolgen, sei es als Gemeindeverband oder AG. Der Druck bei den anderen Wasserversorgungen ist nicht gross, weil diese gut aufgestellt sind. Also muss die Initiative von Kriens erfolgen. Sobald die Offerten vorliegen, kann der Gemeinderat darüber berichten.

Davide Piras möchte vom Gemeinderat wissen, wie die Strategie für die fehlenden 59 % ist. Wird es schwierig mit Horw, Luzern und Emmen zusammenzuarbeiten? Horw hat ja Leistungsreserven. Können diese Leistungsreserven aufgebaut werden?

Gemäss Matthias Senn hat der Gemeinderat noch keine Entscheidung gefällt. Er möchte verschiedene Offerten einholen, damit verschiedene Modelle konstruiert werden können. Der Wunsch der Wasserversorgung ist, dass das Wasser nicht nur von einem Lieferanten bezogen wird. Ideal ist, wenn Kriens von Horw und der ewl Wasser beziehen kann. Dies aufgrund der Versorgungssicherheit und der Trinkwasserqualität im Netz. Die Anteile der jeweiligen Lieferanten stehen noch zur Diskussion. Die Offerten der Gemeinden werden abgewartet.

Viktor Bienz möchte wissen, ob man mit Schwarzenberg schon Abklärungen vorgenommen hat? In diesem Gebiet gibt es auch viel Wasser. Aufgrund des Gefälles kann das Wasser natürlich in die Brunnen fließen und braucht keinen Strom. Kriens hat eine Kapazität von einem Tag in den Reservoirs. Dann ist kein Wasser mehr vorhanden. Ein Stromausfall ist zum Teil verheerend. Natürlich kann man Notstrom einsetzen, aber eigenes Gefälle ist immer noch das Günstigste.

Matthias Senn meint, dass keine Abklärungen getroffen wurden, ob es Quellen in Schwarzenberg gibt, welche angezapft werden können. Vor etwa 5-6 Jahren wurde eine Verbindungsleitung zwischen Schwarzenberg und Kriens geprüft. Diese wurde als unverhältnismässig beurteilt.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

9. Beantwortung Interpellation Portmann: Eingeschleppte Krankheiten durch Asylbewerber und Flüchtlinge Nr. 201/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Portmann wünscht eine Diskussion.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Peter Portmann hatte beim Durchlesen der Beantwortung das Gefühl, dass wieder einmal alles verharmlost wird. Es ist die Rede, dass eine Ansteckungsgefahr nicht grösser ist als bei einer Carfahrt. Es gibt wohl grenzsanitarische Massnahmen, die sich Flüchtlinge innerhalb von 5 Tagen unterziehen müssen. Aber wer untersucht die tausenden Scheinflüchtlinge, Untergetauchte und Illegale die sich in der Schweiz befinden? Wie bereits erwähnt, wird die Asylfrage einmal mehr verharmlost, genauso wie versucht wird die Krienser UMA's ins gute Licht zu rücken. Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum die Krienser UMA's aus dem Lidl Laden im Schlund oder aus dem Pilatusmarkt verschwunden sind? Diese haben im grossen Stil geklaut. Aber die Gemeindebehörden wollen von allem nichts wissen. Als diese Interpellation kürzlich in der Zeitung beschrieben wurde, schrieb dem Sprechenden eine Mikrobiologie Laborantin, dass es von Interesse wäre zu wissen, welche Laboruntersuchungen bei Lungentuberkulose vorgenommen werden und ob es Medikamente gegen resistente Stämme gibt. Das zeigt auch, dass sich die Bevölkerung Sorgen macht. Das deutsche Robert Koch Institut hat davor gewarnt, dass durch die Asylwelle vermehrt Krankheiten nach Deutschland eingeschleppt werden können. Es sind auch schwere und seltene Krankheiten festgestellt worden. Zu den Krankheiten, die durch Asylbewerber eingeschleppt werden können sind u.a. Malaria, Fleckfieber Typhus, Meningitis und Tuberkulose. Auch unbehandelte HIV-Infektionen können auftreten. Krankheiten wie Magen-Darm-Infekte, sowie Atemwegserkrankungen oder sogenannte Kinderkrankheiten kommen häufiger vor. Offenbar wird durch die lange Reise der Flüchtlinge das Immunsystem geschwächt. Schlechte hygienische Bedingungen sowie mangelhafter Impfschutz sind die für die Krankheiten verantwortlich. Aber die Behörden vergleichen eine Flucht ins Exil mit einer Carfahrt nach Italien oder Spanien.

Gemäss Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, ist grundsätzlich nichts falsch daran Fragen zu stellen. Was eher stört ist, wenn hinter der Frage eine Haltung zu spüren ist, die sich ganz klar gegen Flüchtlinge und Asylbewerber richtet. Alle die in der Interpellation gestell-

ten Fragen müssten grundsätzlich gestellt werden. Sie betreffen nämlich alle Menschen, die vom Ausland in die Schweiz kommen, also auch Touristen oder Einheimische, die in der ganzen Welt umher reisen. Es ist Tatsache, dass die Schweiz keine Insel mehr ist. Wenn Peter Portmann Asylbewerber und Flüchtlinge im speziellen nennt, die in einem schlechten Gesundheitszustand in die Schweiz kommen, sind sie in der Schweiz am richtigen Ort. Denn hier hat man die Mittel und die Möglichkeiten, dass sie richtig behandelt werden. Die Antworten des Gemeinderates sind sehr ausführlich und zeigen auf, dass die notwendigen Notfallkonzepte vorhanden sind und bei Bedarf fachgerecht gehandelt wird.

Alfons Graf dankt im Namen der SVP-Fraktion Peter Portmann für diesen Vorstoss. Viele Krienser Bewohner stellen sich nämlich diese Frage auch und zwar nicht erst seit heute. Der Vergleich in Frage 3 mit dem Flugzeug oder mit dem Car ist ironisch und schön dokumentiert. Diese illegalen Einwanderer sind Tage und Monate auf Schiffen und Bussen unterwegs. Es fehlen die einfachsten hygienischen Mittel und so sind Krankheiten nicht aufzuhalten. Zudem kommen viele Tausende über die grüne Grenze und leben hier im Untergrund. So ist es nicht zu verhindern, dass plötzlich eine Seuche oder ein für Mitteleuropäer untypischer Virus in Umlauf kommt. Die jüngste Vergangenheit hat dies des Öfteren schon aufgezeigt. Die Behörden haben dies keineswegs im Griff und reden und schreiben alles schön, damit in der Bevölkerung keine Panik ausbricht. Schliesslich verdienen in der Schweiz zig tausend Leute an dieser Asylindustrie.

Cla Büchi von der SP/JUSO-Fraktion erachtet es als selbstverständlich, dass die Menschen eines Asylzentrums medizinisch untersucht und versorgt werden. Auch scheint ihm selbstverständlich, dass die Verantwortlichen eines Asylzentrums ein Auge auf Krankheiten haben, die übertragen werden können. In der Beantwortung der Interpellation durch den Gemeinderat wird ja auch ausgesagt, dass der Kanton einen Pandemieplan hat. Dem Sprechenden ist aus den letzten Jahren kein Fall von einer Epidemie bekannt, ausgehend von Menschen in Asylzentren. Dagegen konnte man in der letzten Zeit von einer möglichen Ausbreitung des Zika-Virus aus Lateinamerika lesen. Dieser wird durch Reisende nach Europa eingeschleppt und nicht durch Asylsuchende. Ähnliches passiert übrigens mit durch Billigimporten eingeschleppten Schädlingen und artfremden Pflanzen, die der hiesigen Fauna und Flora arg zusetzen und deren Bekämpfung Kosten verursachen. Das sagt Cla Büchi einfach, um die Relation des vorliegenden Vorstosses aufzuzeigen.

Laut Bruno Bienz, Grüne/JG-Fraktion ist dies wieder ein populistischer Vorstoss, der auf Stufe Gemeinde wenig bis gar nichts bringt. Die Verantwortung liegt bei diesem Thema beim Bund. Es ist sicher so, dass Flüchtlinge oft geschwächt und mit hierzulande durch Impfungen eingedämmten oder sogar mit ausgerotteten Krankheiten in die Schweiz kommen. Doch besorgniserregende Fälle hat es seines Wissens noch nicht viele gegeben. Die meisten Flüchtlinge sind gesund. Bei der Aufnahme auf ein Schiff werden die Asylsuchenden als erstes durch die Ärzte ohne Grenzen untersucht und wenn nötig behandelt. Laut BAG sind es vor allem Schweizer Touristen, welche die tropischen Krankheiten einschleppen. Aktuellstes Beispiel für grössere Probleme als die Übertragung durch Flüchtling ist das Zika-Virus. Dieser Virus ist ein Krankheitserreger, der durch den Biss einer infizierten ägyptischen Tigermücke übertragen wird. Diese wurde bereits im Tessin festgestellt. Dieselbe Mückenart ist auch für die Verbreitung des Gelb- und Denguefiebers sowie andere Viruserkrankungen verantwortlich. Das sind die wirklichen Probleme. Man kann und muss sich aber sicher die Frage stellen, ob die Untersuchungen in den Empfangszentren auf weitere Krankheiten ausgeweitet werden müssen. Dies wird anscheinend beim BAG geprüft. Der Sprechende hat eine kleine Randbemerkung. Die Tuberkuloseuntersuchung wurde immer gemacht, jedoch war dies eine Sparmassnahme von

Bundesrat Christoph Blocher. Diesem Thema könnte sich sicher Yvette Estermann annehmen und die Fragen in Bern beantworten lassen.

Räto Camenisch findet den Vorstoss überhaupt nicht populistisch. Man darf sich doch Gedanken darüber machen. Die Beantwortung bezüglich Pandemie erachtet er als überflüssig. Pandemiepläne gibt es beim Bund und Kanton, deshalb braucht dies die Gemeinde nicht im Speziellen. Ein echtes Ansteckungsrisiko besteht. Die Ansteckungsgefahr besteht zwar bei Personen die einreisen, aber auch wenn man sich im Ausland aufhält. Das Problem hat zwei Dimensionen. Für den Sprechenden gibt es nur ein Problem, nämlich die Abschaffung der grenzsanitarischen Untersuchung. Es ist nicht so wie es Bruno Bienz gesagt hat. Viele Jahre vorher hat man das Schirmbild abgeschafft. Das Schirmbild ist die einzige Methode, um eine offene Tuberkulose zu erkennen. Wenn jemand die Tuberkulose in den Lymphknoten hat, steckt dieser in der Regel niemanden an. Die offene Tuberkulose ist jedoch hochansteckend, vor allem für Kinder. Er sieht es als fahrlässig an, dass man die offene Tuberkulose nicht mit einem Schirmbild sucht. Früher war man gegenüber der Tuberkulose viel empfindlicher, weil nichts unternommen werden konnte. Heute sind die Behandlungsmöglichkeiten jedoch gegeben. Momentan ist es die Strategie, dass die Flüchtlinge bei der Einreise bezüglich ihres Gesundheitszustands befragt werden. Dann werden sie einfach auf die Leute losgelassen. Erst wenn sich jemand krank fühlt, wird dieser den medizinischen Weg gehen. Räto Camenisch kann sich durchaus vorstellen, dass sich auch Kinder an der Tuberkulose anstecken können. Das ist relativ nahe, wenn er an Kambodscha denkt. Dort sind 70 % von Tuberkulose aktiv infiziert. Der Sprechende war vor zwei Jahren mit einem befreundeten Ehepaar in Kambodscha. Die Ehefrau steckte sich prompt mit Tuberkulose an, obwohl sie sich nicht allzu sehr in der lokalen Bevölkerung bewegt haben. Die Ansteckungsgefahr ist real, auch von Leuten, die von solchen Ländern in die Schweiz reisen. Darum darf man sich sicher Gedanken machen. Die Leute sollen nicht beirrt werden. Die Einreisenden sind vom ersten Tag an versichert. Es ist richtig die Leute zu sensibilisieren, dass sie krank sein können, um dann allenfalls die entsprechenden Untersuchungen einleiten zu können.

Lothar Sidler führt aus, dass der Gemeinderat in der Beantwortung aufgezeigt hat, dass ein Risiko bestehen kann. Dieses Risiko ist aufgrund von Erfahrungswerten nicht höher, nur weil Asylsuchende in die Schweiz einreisen. Auf verschiedensten Stufen wurden Massnahmen im Einzelfall und im Pandemiefall ergriffen. Diese Massnahmen genügen zurzeit. Die aktuellen Erfahrungen zeigen, dass die Sachverhaltsdarstellungen und die Einschätzung der Situation des Interpellanten durchaus richtig sind.

10. Motion Piras: Jugendvorstoss – Ohne Stimmrecht politisch mitreden **Nr. 233/16**

Gemäss Thomas Lammer opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion.

Davide Piras findet, dass die zukünftige Gestaltung von Kriens längst nicht mehr nur alleine in der Verantwortung des Parlamentes ist. Die Partizipation von der Krienser Bevölkerung rückte in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund. Deutlich machte dies auch die Zukunftskonferenz. Vereine, Anspruchsgruppen, Krienser Quartiere, Jung und Alt verlangen einen grösseren Einbezug in die politischen Entscheide. Gerade für den Einbezug der Jüngsten in unserer Demokratie fehlt ein Instrument zur Partizipation. Von allen Seiten wird geklagt und bedauert, dass gerade die Jugendlichen sich nicht für Politik interessieren. So stellte sich dem

Sprechenden die Frage, wie könnte man Lust nach Politik bei den 13 bis 18-jährigen wecken. Was daraus entstanden ist, ist die Idee eines Jugendvorstosses für Kriens. Mit diesem politischen Recht erhalten Jugendliche in Kriens ein Instrument, das Gemeindeleben politisch mitzugestalten und neue Ideen einzubringen. Der Vorstoss muss von 15 Jugendlichen, welche in Kriens wohnhaft sind, unterschrieben werden. Der Jugendvorstoss ist im Vergleich zu einer Petition einfach, klar und unbürokratisch:

- Einfach: Um ein Anliegen von Jugendlichen einzubringen, benötigt es nur wenige Sätze auf einer einfachen Vorlage. Einen möglichen Vorschlag hat der Sprechende bereits bei sich.
- Klar: Die Anzahl der Unterschriften ist klar geregelt.
- Unbürokratisch: Eine Petition muss zwingend vom Einwohnerrat behandelt werden. Der Jugendvorstoss nicht. Z.B. gibt es Anliegen, welche den Gemeinderat oder eine Kommission betreffen.

Einige haben gefragt, wer dieses Instrument einsetzen wird. Die Möglichkeiten sind unbeschränkt, sei es eine Quartier-Jugend, die Jugendlichen eines Vereins, die Jugendanimation oder eine Klasse z.B. im Zusammenhang mit dem Staatskundeunterricht. Der Jugendvorstoss gibt allen die Möglichkeit mitzuwirken. Gibt man den Jüngsten in unserer Demokratie ein geeignetes Instrument in die Hand.

- Es kostet nichts.
- Man bietet ein niederschwelliges Angebot für eine Partizipation auf Gemeindeebene.
- Es hilft das Interesse an der Politik zu steigern.
- Der Einwohnerrat kann nichts verlieren, sondern nur gewinnen.

Dieses Instrument kann Jugendliche dazu motivieren sich vermehrt einzubringen. Die Sichtweisen, Ideen und Meinungen der Krienser Jugendlichen sind für das politische und gesellschaftliche Leben in Kriens bereichernd. Sie gestalten mit ihren Ideen das Kriens von morgen. Davide Piras möchte sich jetzt bereits bei allen im Namen der Krienser Jugend für die Unterstützung bedanken.

Alfons Graf, SVP-Fraktion, findet es toll, wenn sich Jugendliche Gedanken machen, was sie verändern und umsetzen wollen. Es wäre jedoch sehr arbeitsaufwendig, wenn sich der Gemeinderat mit jeder Idee von ein paar Jugendlichen auseinander setzen müsste. Jugendliche haben viele Ideen, sind schnell begeisterungsfähig und haben aber auch schnell wieder andere Ideen und Pläne. In der Krienser Gemeindeordnung vom 13. September 2007 steht unter § 21, dass jede Person, unabhängig vom Alter und Staatsangehörigkeit eine Petition lancieren kann. Die Gemeinde muss dann innert sechs Monaten zur Petition Stellung nehmen. Das reicht der SVP-Fraktion völlig. Sie lehnt deshalb die Motion ab.

Die FDP-Fraktion lehnt laut Daniel Rösch die Motion „Jugendvorstoss - Ohne Stimmrecht politisch mitreden“ ab. Der Motionär verlangt die Einführung eines Jugendvorstosses. Sie begrüsst zwar das Erstreben für die aktivere Einbindung der Jugendlichen in der Politik, jedoch ist die FDP-Fraktion wie der Gemeinderat der Meinung, dass es heute schon politische Instrumente gibt, welche es auch den Jugendlichen ermöglicht ihre Anliegen einzubringen. Ein auf eine bestimmte Altersgruppe abgestimmtes Instrument widerspricht ihrem demokratischen Verständnis. Zudem müsste auch damit gerechnet werden, dass andere Altersgruppen ebenfalls Sonderbehandlungen und massgeschneiderte politische Instrumente verlangen würden. Die FDP-Fraktion ist auch der Ansicht, dass die Aufklärung über die jeweiligen politischen Rechte bei den Jugendlichen an den entsprechenden Bildungsinstitutionen erfolgen soll. Oft fehlt es auch am Verständnis für das demokratische System der Schweiz.

Gemäss Manuel Schmutz wurde in der SP/JUSO-Fraktion die Einführung eines Jugendvorstosses sehr kontrovers diskutiert. Sie findet es immer gut, wenn die Jugendlichen politisch aktiver werden. Ob das durch diese Motion erreicht werden kann, bezweifelt sie jedoch. Der Sprechende fragt sich einfach, wer so ein Instrument benutzen würde. Als einer der Jüngsten hier im Saal, hätte er diese Möglichkeit genutzt. Er ist aber auch politisch interessiert. Da es so ein Instrument nicht gab, ist Manuel Schmutz in seiner Heimatgemeinde halt direkt auf die Gemeindeverwaltung zugegangen. In Kriens gibt es diese Möglichkeit auch. Er hat auch noch nie von einem Politiker gehört, der einem Anliegen eines nicht sein Ohr leihen würde. Zudem gibt es die Möglichkeit eine Petition zu starten und zwar unabhängig von Alter und Anzahl der Unterzeichnenden. Es existieren also durchaus Möglichkeiten für die politische Partizipation. Die Jugendlichen, welche politisch interessiert sind, werden sie nutzen und die anderen wissen nicht einmal, dass es diese Möglichkeiten gibt. Ausserdem wäre es eine einseitige Bevorzugung eines Teils der nicht stimmberechtigten Bevölkerung. Fairerweise müsste man im gleichen Zuge auch noch eine Vorstossmöglichkeit für ausländische Staatsbürger schaffen. Die SP/JUSO-Fraktion ist nicht gegen diese Idee, es sind einfach sehr viele Fragen ungeklärt. Es ist nicht ganz der richtige Weg den Gemeinderat mit einer Motion zu zwingen, diese Idee in irgendeiner Art einzuführen, bevor überhaupt einmal der Bedarf abgeklärt wurde. Wäre dieser Vorstoss ein Postulat, kann die SP/JUSO-Fraktion vorbehaltlos dahinterstehen. Dann könnte der Gemeinderat die Jugendanimation beauftragen in Form einer Umfrage bei den Jugendlichen den Bedarf abzuklären. Wenn sich danach herausstellt, dass so ein Bedürfnis tatsächlich vorhanden ist, dann kann man einen solchen Vorstoss einführen.

Laut Raoul Niederberger ist die Möglichkeit sich politisch zu beteiligen und zu engagieren für die Grüne/JG-Fraktion ein Anliegen. Deshalb möchte sie dem Motionär auch für seinen Vorstoss danken. Besonders die Beteiligung der Jungen ist auch für sie wichtig, da rund 17 % der Krienser Bevölkerung das 18. Lebensjahr noch nicht zurück gelegt haben. Darum hat sie z.B. auch die Einführung von easy vote unterstützt. Die Grüne/JG-Fraktion ist aber der Meinung, dass der Motionär hier das falsche Mittel gewählt hat, um sein Anliegen einzubringen. Die Motion würde nämlich ein Sonderrecht für Jugendliche zwischen dem 13. und 18. Lebensjahr schaffen. Ihrer Ansicht nach ist es falsch und es kann auch gefährlich sein Sonderrechte für gewisse Gruppen zu schaffen. Man muss in diesem Fall wohl auch ein spezielles Partizipationsmittel z.B. für Senioren oder Ausländer schaffen. Das kann nicht das Ziel sein. Die Grüne/JG-Fraktion findet, dass mit dem Petitionsrecht bereits ein wirkungsvolles Beteiligungsmittel besteht, mit dem sich auch Teile der Krienser Bevölkerung einbringen können, welche über kein Stimmrecht verfügen. Sie ist deshalb dafür, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Motion abzulehnen. Die Grüne/JG-Fraktion würde das Anliegen jedoch sicherlich unterstützen, wenn es der Motionär in Form eines Postulats vorbringen würde.

Davide Piras möchte den Unterschied zwischen einer Petition und dem Jugendvorstoss nochmals aufzeigen. Es wird immer gesagt, dass die Petition ein einfaches Instrument ist und von Jugendlichen angewendet werden kann. Er ist jedoch von einer anderen Sache überzeugt. Eine Petition ist bürokratisch und formlos. Es kann irgendetwas auf ein Blatt Papier oder eine Serviette geschrieben und eingereicht werden. Formlos ist sie auch, weil nur eine Unterschrift reicht. Was ist wichtig als Gewichtung? Beim Jugendvorstoss wird die Form vorgegeben. Den Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden in einem Rahmen zu denken. Bürokratisch ist eine Petition, weil diese im Einwohnerrat behandelt werden muss, auch wenn diese nur von zwei Personen unterschrieben wurde. Bei einem Jugendvorstoss schaut dann die Gemeindeverwaltung, von wem das Anliegen behandelt werden soll. Der Jugendvorstoss ist der etwas schlankere Weg, um auch etwas mit einer tieferen Hürde durchzubringen. Der Sprechende ist bereit die Motion in ein Postulat umzuwandeln, weil er dann die Un-

terstützung der SP/JUSO- und der Grüne/JG-Fraktion hat. Dann kann der Gemeinderat in einem Bericht aufzeigen, wie dies eingeführt werden kann.

Laut Kathrin Graber ist für alle die Teilnahme von jungen Leuten in politischen Abläufen ein wichtiges Anliegen. Jede Partei ist stolz darauf junge Vertreter in ihren Reihen zu haben. Die heutige Realität ist, dass die Stimmbeteiligung von jungen Leuten zu tief ist. Darum müssen alle Massnahmen getroffen werden, um die Jungen in die politischen Abläufe besser einzubeziehen. Die Sprechende möchte das Ganze nicht verkomplizieren. Die SP/JUSO-Fraktion hat anscheinend schon fast resigniert, denn sie sagt, dass man die Jungen mit diesem Vorstoss auch nicht packen kann. Sie hofft, dass Manuel Schmutz sich positiv überraschen lässt, wenn ein solches Instrument vorhanden ist. Der Handlungsbedarf für die Einführung eines solchen Instrumentes ist durch die Verkleinerung des Einwohnerrates noch grösser geworden. Nach der Verkleinerung ist leider nur noch eine Jungpartei vertreten. Umso wichtiger ist, dass dieses Anliegen umgesetzt wird. Für den Einwohnerrat ist das eine Nagelprobe, ob man mehr Jugendliche in der Politik haben möchte, sich das zumutet und auch traut. Einen Versuch den Jugendvorstoss einzuführen lohnt sich auf jeden Fall.

Rolf Schmid hat Daniel Röschs Aussage herausgefordert. Demokratie lehren und lernen beginnt in der Familie und nicht nur immer in der Reparaturwerkstatt der Gesellschaft, nämlich der Schule. Auch wenn der Vorstoss gewisse Bedenken auslöst, findet er diesen einen mutigen und zukunftsgerichteten Vorstoss. Der Sprechende unterstützt diesen mit vollem Herzen.

Cyrill Wiget findet es interessant, dass alle der Auffassung sind die Jugendlichen einzubinden. Von allen ist auch der Wunsch da Formen dazu zu finden. Bei der Frage der richtigen Instrumente gehen die Meinungen stark auseinander. Kathrin Graber hat gesagt, das prinzipiell jedes Mittel recht ist, Hauptsache es hat die Absicht die Jugendlichen einzubinden. Der Sprechende findet dies heikel. Der Gemeinderat geht davon aus, dass immer wieder sorgfältig analysiert werden muss, weshalb Jugendliche fernbleiben. Sie bleiben nicht gemeinhin fern. Es gibt relativ hohe Stimmbeteiligungen unter Jungen, wenn man sie mit den Anliegen erreicht. Deshalb muss geschaut werden, ob ein Instrument ein adäquates Mittel ist. Der Gemeinderat findet den Jugendvorstoss als kein bewährtes Mittel, weil das einfache Instrument, nämlich die Petition, mit einem komplizierten Instrument ergänzt wird. Die komplizierte Ergänzung erschwert für die Jungen das Verfahren und das Verständnis für Verfahren. So gibt es sogar Einschränkungen. Es muss geklärt werden, ob die unterzeichnenden Personen zwischen 13 und 18 Jahre alt sind. Der Gemeinderat findet es sinnvoller, die einfachen Instrumente besser bekannt zu machen. Es kann durchaus sein, dass es hier Verbesserungspotential gibt und vermehrt informiert werden muss, damit die Jugendlichen dies begreifen. Der Postulant beklagt, dass die Petition formlos ist, aber möchte ein möglichst einfaches Instrument. Das ist ein Widerspruch. Weil eine Petition formlos ist, gibt es keine Hürden diese einzugeben. Ein bekannter Krienser Politiker betitelt jeden Brief mit Petition, weil es sich besser macht. Das muss den Jungen besser erklärt werden. Von der Zuständigkeit hängt es ab, ob die Petition vom Einwohner- oder Gemeinderat behandelt wird. Es ist egal wie viele Unterschriften darunter sind, sondern es geht darum, welcher Kompetenzbereich gefragt ist. Die Gemeinde macht die Triage. Wenn mehrere Personen unterzeichnet haben, macht dies automatisch mehr Eindruck. Der Gemeinderat wünscht eine relativ begrenzte Anzahl an Instrumenten, aber einfach und sinnvolle Instrumente. Deshalb schlägt der Gemeinderat vor, diese Ergänzung nicht zu machen, weil es das Ziel nicht erreicht.

Davide Piras möchte nun von Erfahrungen sprechen. Der Gemeinderat meint, dass das Instrument nicht wirkt. Die Städte St. Gallen und Will standen vor der gleichen Frage, ob die

Petition das richtige Instrument ist oder nicht. St. Gallen hat nun ein Formular eingeführt, welche mit einem Titel und einem Beschrieb ausgefüllt werden kann. Eine Unterschrift braucht es gar nicht. Dieses Instrument wird dort gebraucht, hingegen die Petition nicht. Es ist anscheinend für die Jugendlichen einfacher, wenn sie sich anhand eines vorgedruckten Blattes orientieren können. Für den Jugendvorstoss braucht es nur 15 Unterschriften. Wenn etwas einfach ist, ist es niederschwellig und dann macht man es eher. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dies bei den Jugendlichen funktioniert.

Abstimmung über die Überweisung des Postulat Piras: Jugendvorstoss – Ohne Stimmrecht politisch mitreden (Nr. 233/16)

Das Postulat wird mit 16:13 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	Enthaltung
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

11. Postulat Spörri: Quartierstrukturen stärken

Nr. 234/16

Gemäss Thomas Lammer ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

12. Beantwortung Interpellation Kobi: Wochenaufenthalter in Kriens Nr. 227/16

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Tomas Kobi wünscht eine Diskussion

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Tomas Kobi dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Aus der Beantwortung geht hervor, wie abgeklärt wurde. Im Bericht wird erwähnt, dass die Abklärung rudimentär entstanden ist, das heisst unvollständig, unvollkommen oder nur in Ansätzen. Weshalb ist das so? Kann das nicht systematischer geschehen so wie beispielsweise in der Stadt Luzern? Dort wird dieses Thema vom Steueramt bewirtschaftet. Die Mitarbeiter des Steueramtes nehmen gar einen Augenschein vor Ort. Inwieweit hat sich das Steueramt Kriens diesbezüglich Gedanken gemacht? Der Gemeinderat schreibt zur letzten Frage, dass die vom Steueramt Kriens vorgenommenen Abklärungen ausreichend und zielführend sind. Der Sprechende wünschte sich eine klare Aussage, wie sich Steuerverfügungen erhöhen lassen. Es sollte die Aufgabe des Steueramtes sein dafür zu sorgen, dass alle richtig besteuert werden. Bei Missbrauch fordern gewisse Parteien immer wieder, dass genau hingeschaut wird. Ein Missbrauch ist mit allen Mitteln zu bekämpfen, weil dies die Steuerzahler sehr viel kostet. Wenn es jedoch darum geht vorsätzlich Steuern zu sparen oder gar zu hinterziehen, dann wird es als weniger schlimm angeschaut. Vielleicht kommt von einigen Mitgliedern des Einwohnerrates der Einwand, dass mit seiner Interpellation mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Für die Grüne/JG-Fraktion ist es aber wichtig, dass nicht nur die Aufgabenseiten fokussiert wird und überall gespart werden soll. Der Sprechende weist darauf hin, dass wegen Fr. 18'000.00 der Einwohnerrat verkleinert wurde. Jetzt kann dank dem Finden von unechten Wochenaufenthalten Fr. 50'000.00 oder gar mehr eingenommen werden. Das ist eben auch ein Betrag, welcher in die Gemeindekasse fließen kann.

Roland Schwizer dankt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Interpellanten, dass er ein Thema aufgegriffen hat, welches in der Gemeinde Kriens etwas vernachlässigt wird. Wo bei in diesem Fall eher nicht die Wochenaufenthalter das Problem darstellen, sondern diejenigen Personen, die in der Gemeinde Kriens wohnen, ohne irgendwelchen Status anzumelden. Es wird auch in der Antwort des Gemeinderates auf diese Problematik hingewiesen. Es geht um Personen, die beim Konkubinatspartner einziehen, zu den Eltern ziehen oder in der WG oder bei einem Kollegen leben. Dieser Personenkreis ist nur schwer zu identifizieren und steuerlich zu belangen. Hier stellt sich aber schnell die Frage der Effizienz. Welchen Aufwand will man betreiben, sprich Steuerfranken aufwenden, um ein nicht kalkulierbares Steuervolumen zu generieren? Will man mit Kanonen auf Spatzen schießen? Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass sich Aufwand und Ertrag im Gleichgewicht halten müssen. Die Verwaltung soll die bisherige Praxis weiterverfolgen und sich darüber freuen, wenn sie einmal einen ganz dicken Steuer-Fisch an Land zieht.

Gemäss Rita Berger-Hug, FDP-Fraktion, hat der Gemeinderat alle Fragen ausführlich und kompetent beantwortet. Das differenzierte Nachfragen zur Handhabung der Kontrolle von

Wochenendaufenthalter befremdet die FDP-Fraktion sehr. Hat doch die Grüne/JG-Fraktion über längere Zeit einen Wochenaufenthalter im nahen Luzern in ihren eigenen Reihen geduldet.

Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich laut Raphael Spörri für die Beantwortung. Auch sie hat Mühe mit Betrügern und Fälschern. Eine vorgeschobene Bewilligung für Wochenaufenthalter ist auch für sie kein Bagatellfall und diesen muss nachgegangen werden. Dass die Steuerbehörde dies tut, konnte der Gemeinderat zufriedenstellend darlegen. Es ist nicht ganz einfach, da es vor allem junge Leute trifft, die oft knapp bei Kasse sind, da sie noch mitten in der Ausbildung stecken. Der Sprechende hat selber über viele Jahre als Wochenaufenthalter gelebt und dies genau aus dem Grund, weil der Verdienst am Arbeitsort nicht sehr rosig war und die familiären Gefilde nicht nur eine Entspannung im Portemonnaie versprochen, sondern weil er ganz bewusst den Kontakt zu Familie, Vereinen und Kollegen am Wohnort intensiv gepflegt hatte. Hätte die damalige Arbeitsgemeinde ihren Entscheid aufgehoben ihn als Wochenaufenthalter zu akzeptieren, hätte er wohl diesem Befehl Folge geleistet. Da wäre aber sicher eine Aufklärung hilfreich gewesen was als Wochenaufenthalter gilt und was nicht. Was die Spielregeln sind, ist in der Beantwortung gut aufgezeigt und es ist klar ersichtlich, wer als Wochenaufenthalter gilt und wer nicht. Ebenso ist aus der Beantwortung ersichtlich, was die Gemeinde unternimmt um „falsche Wochenaufenthalter“ zu entlarven und zu verfügen. Nach Meinung der SP/JUSO-Fraktion drängen sich keine weiteren Schritte auf und es ist zu hoffen, dass es bei diesen kleinen Zahlen bleibt.

Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, möchte zuerst Rita Berger-Hug eine Antwort geben. Es ist offenbar so, dass ein Fraktionsmitglied eine Zeit lang in Luzern gewohnt hat und Wochenaufenthalter war. Die Grüne/JG-Fraktion untersucht jedoch seine Mitglieder nicht. Man kann darüber denken wie man will. Es ist eher nicht korrekt, aber in diesem Fall war es ein Student, der sowieso keine Steuern bezahlt. Es ist ja auch nicht Kriens zu Schaden gekommen, sondern allenfalls Luzern. Es enttäuscht ihn, dass die FDP-Fraktion keine inhaltliche Aussage zum Vorstoss macht, sondern die Grüne/JG-Fraktion primär angreift. Das Thema ist durchaus angemessen. Der Steuerinspektor wurde einmal vorgeschlagen. Dieser wurde vehement bestritten, insbesondere von der FDP, welche die grosse Steuermoral dafür verantwortlich gemacht hat. Die neusten Zahlen von 2014 in Luzern zeigen, dass es 422 Selbstanzeigen gegeben hat mit 10.6 Mio. Franken zusätzlichen Steuereinnahmen. Es beweist, dass es die Leute immer noch als Kavaliersdelikt anschauen und das Ganze nicht so ernst nehmen. Deshalb lohnt es sich dem Ganzen genauer auf den Grund zu gehen. Die Augen zuzudrücken wenn jemand die Steuern nicht bezahlt aber hingegen wird über einen Sozialmissbrauch mit grossen Buchstaben in der Zeitung informiert, befremdet den Sprechenden im Speziellen. Er findet es schade und man darf hier mit gutem Gewissen hinschauen. Wegen Fr. 18'000.00 wurde der Einwohnerrat verkleinert. Hier drückt man beide Augen zu.

Davide Piras hat noch eine Detailfrage zu Wochenaufenthaltern. Er hat einen Kollegen, der in Kriens gelebt und nun einen zweiten Wohnsitz hat. Das Steueramt hat gesagt, dass er Wochenaufenthalter ist und in Kriens Steuern bezahlt. Er darf aber nicht mehr in Kriens abstimmen. Ist das ein Fehler oder dürfen Wochenaufenthalter nicht abstimmen?

Franco Faé weist die Anschuldigung zurück, dass der Gemeinderat diese Sache nicht ernst nimmt. Wenn auf dem Steueramt Meldungen eingehen, geht man diesen selbstverständlich nach. Die Wochenaufenthalter sind ein Problem. Es gibt auch immer wieder Hinweise aus der Bevölkerung. Der Sprechende hat auch schon selber eine Meldung erhalten und hat diese ans Steueramt weitergeleitet. Dem ist man auch nachgegangen und hat diese Sache geregelt.

Der Steuerinspektor war mal eine Idee und diese Idee kann man selbstverständlich wieder bringen. Franco Faé weist darauf hin, dass die Finanzen und Ressourcen so etwas im Moment jedoch nicht zulassen. Die Mitarbeiter des Steueramtes machen ihre Arbeit so gut es geht.

Cyrill Wiget meint, dass sich der Kollege von Davide Piras auf dem Steueramt melden soll, um abzuklären, ob dies korrekt ist oder nicht.

13. Beantwortung Interpellation Kaufmann: Gemeinderisiken im Griff **Nr. 221/15**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Christine Kaufmann-Wolf wünscht eine Diskussion.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Christine Kaufmann-Wolf dankt für die Beantwortung der Interpellation. Eine Umfrage der Hochschule Luzern und der Fachhochschule Nordwestschweiz bei den Gemeinden hat ergeben, dass die finanziellen Risiken zu den Top-Risiken einer Gemeinde gehören. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Gemeinden mit sehr verschiedenartigen Risiken umgehen können müssen, von Infrastruktur bis zu Elementarschäden. Praktisch alle Schadensfälle belasten die Gemeindefinanzen. Gemäss der Beantwortung führt die Gemeinde Kriens ein internes Kontrollsystem, dem sogenannten IKS. Dieses wird für die finanziellen Risiken eingesetzt. Ebenso hat die Gemeinde Kriens intensiv am Projekt „Internes Kontrollsystem und Risikomanagement für Schweizer Gemeinden“ der Hochschule Luzern mitgearbeitet. Leider wurden die gemeindespezifische Weiterbearbeitung, die Umsetzung und Koordination nicht weiter verarbeitet. Bei der Frage 2 „Wieso kein standardisiertes Risikomanagement geführt wird“, wird in der Antwort keine Stellung genommen. Man könnte fast glauben, dass es für Kriens bis 1. Januar 2019 keine Risiken geben wird. Risikomanagement beinhaltet nicht nur Gefahren. Es kann auch als Chancenmanagement genutzt werden. Es ist, wie auch das strategische Management, ein wichtiger Bestandteil einer Unternehmensführung und soll präventiv und proaktiv Risiken erfassen. Neben den finanziellen sind alle weiteren Risiken wie strategische, operationelle und regulatorische Risiken zu erfassen. Dazu gehören auch neue Projekte und Entwicklungen. Das Risikomanagement erstreckt sich auf alle Risiken, welche Unsicherheiten erhöhen und Auswirkungen auf Ziele, Tätigkeiten und Anforderungen haben. Einerseits fallen darunter Risiken, die sich aus allmählichen Veränderungen von Umweltfaktoren oder betrieblichen Einflussfaktoren ergeben. Andererseits sind es Risiken, die durch plötzliche Ereignisse überraschend eintreten, wie z. B. in der Vergangenheit der enorme Hangrutsch auf die Herzigswaldstrasse. Bei Frage 4 steht, dass die Verantwortung der Gesamt-Gemeinderat trägt. Diese kann nicht abdelegiert werden. Das ist so. Doch ist es von Vorteil, wenn die zuständigen Mitarbeiter informiert und sich den Risiken bewusst sind. Dies führt zu einer Sensibilisierung. Gemäss Beantwortung zu Frage 6 wird die Überwachung der Top-Risiken auf der informellen Ebene betrieben. Es wäre interessant, wie diese Risiken identifiziert und bewertet wer-

den? Wie werden diese systematisiert? Leider können aus der Antwort keine Schlüsse daraus gezogen werden. Christine Kaufmann-Wolf scheint, der Gemeinderat ist von der Nützlichkeit des Risikomanagements noch nicht so ganz überzeugt. Auf eine Umsetzung eines Risikomanagements wird trotz der intensiven Projektarbeit mit der Hochschule vorläufig verzichtet. Erst mit der Umsetzung des neuen Finanz-Haushaltsgesetzes für Gemeinden per 1. Januar 2019 wird man sich daranmachen. Auch wird von einem Qualitätsmanagement abgesehen, obwohl dies von der BDO mit ihrer Analyse über das Baudepartement empfohlen wird. Es fragt sich, ob Kriens sich dieses Vorgehen leisten kann.

Räto Camenisch, SVP-Fraktion, findet, dass Christine Kaufmann-Wolf dem Gemeinderat ein paar knifflige Fragen gestellt hat. Dies waren Weckrufe bezüglich der internen Kontrollsysteme zu den Gemeindeaufgaben und -risiken insbesondere wenn das HRM2 eingeführt wird. Der Gemeinderat hat versucht die Fragen gut zu beantworten. Diese Interpellation war gut, denn sie hat den Gemeinderat zum Denken angeregt.

Beat Tanner von der FDP-Fraktion wiederholt, dass das Ganze mit HRM2 eingeführt wird. Er versteht die Gemeinde, dass man mit der Einführung wartet, denn der Kanton hat nebst dem HRM2 so viele Gesetze darauf getan, sodass das Finanzdepartement mit der personellen Besetzung an den Anschlag kommt. Der Kanton macht nur Vorschriften und trägt nichts dazu bei. Ein IKS kann sehr umfangreich gemacht werden. Eine ganze Stelle könnte nur für IKS geschaffen werden. Was dies dann bringt ist die Frage. Es braucht ein IKS, aber mit Mass.

Mario Urfer, SP/JUSO-Fraktion, stellt fest, dass die finanziellen Risiken zu den Top-Risiken einer Gemeinde gehören. Ob Unwetterschäden oder sonst höhere Gewalten, die Ereignisse bringen Infrastruktur und Elementarschäden. Praktisch alle Schadensfälle belasten die Gemeindefinanzen. Aber auch oft politisch gewollte abbrechende Steuereinnahmen, höhere Sozialkosten und Aufgabenverschiebung von Bund und Kanton zu den Gemeinden sind nicht kalkulierbare Kosten. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Gemeinde Kriens intensiv am Projekt „Internes Kontrollsystem und Risikomanagement für Schweizer Gemeinden“ mitgearbeitet hat. Obwohl der Gemeinderat es als Dauerauftrag sieht Risiken zu überwachen, findet sie es sehr bedauerlich, hat aber Verständnis, dass sich die gemeinde-spezifische Weiterbearbeitung und Umsetzung IKS/Risikomanagement wegen fehlenden Ressourcen verzögert. Die SP/JUSO-Fraktion stellt fest, dass es mit der Einführung von HRM2 sehr grosse Nachholarbeit in verschiedenen Bereichen zu bewältigen geben wird. Das heisst aber auch, wenn der Verwaltung nicht genügend Ressourcen bereitgestellt werden, wird riskante Finanzpolitik betrieben.

Tomas Kobi, Grüne/JG-Fraktion führt aus, dass die Interpellation vom Gemeinderat wissen will, wie er mit verschiedenen Risiken umgeht, ob ein Kontrollsystem besteht, wie er die Top-Risiken einschätzt und wie er den Einwohnerrat künftig informieren will. Nun liegt die Beantwortung vor. Der Gemeinderat zeigt auf, wie er vorgehen will. Er verweist in seiner Beantwortung bezüglich Risikomanagement darauf hin, dass er momentan keine Ressourcen hat, um das IKS auch umzusetzen. Die Umsetzung erfolgt erst nach Einführung von HRM2. So viel er weiss, wird dies erst aufs Rechnungsjahr 2019 zum ersten Mal gelten. Es stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat dann die notwendigen Ressourcen hat. Interessant ist die Aussage, dass der Gemeinderat Vorgaben von Führungsleitung in Form eines Qualitätsmanagement vorerst nicht in Betracht ziehen will. Hier wäre es transparent gewesen, wenn der Gemeinderat sich klarer und aussagekräftiger geäussert hätte. Es sind doch immer noch gut drei Jahre bis zur Einführung vom HRM2. Hier könnte der Gemeinderat schon konkreter werden. Zu würdigen sind die diversen Kontrollinstrumente und der Punkt 3, welche der Gemeinderat bereits ein-

setzt. Auf der Auflistung der Top-Risiken ist ersichtlich, was der Gemeinderat auf dem Radar hat. Es ist zu wünschen, dass der Gemeinderat nicht nur auf informeller Ebene die Top-Risiken überwacht, sondern bereits heute daran arbeitet, dies zu verfeinern und nicht wartet bis HRM2 eingeführt wird. Gespannt ist die Grüne/JG-Fraktion darauf, wie detailliert der Gemeinderat sein Informationskonzept ausarbeitet und es dann handhabt, um dem Einwohnerrat künftig Bericht zu erstatten.

Gemäss Franco Faé ist es eine Einsicht des Gemeinderates, dass man daran noch arbeiten muss. Es ist nicht wahr, dass keine Risiken erkannt sind. Unter Punkt 3 hat der Gemeinderat einige Sachen aufgezeigt, die auch gelebt werden. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das Thema IKS etwas ins Stocken geraten ist, aufgrund personeller Veränderungen in der Finanzabteilung. Jetzt steht HRM2 vor der Türe. Wie es Beat Tanner gesagt hat, kann man IKS bis zum Exzess betreiben. Der Gemeinderat wird Mittel und Wege dazu finden, auch mit den wenigen personellen Ressourcen, das Ganze mit HRM2 umzusetzen. Es wird sicher ein IKS gemacht und zwar mit Vernunft.

14. Postulat Staub: Öffentliche Ausschreibung und minimierte Restfinanzierung bei den hauswirtschaftlichen (nicht-KLV-pflichtigen) Leistungen der Spitex **Nr. 237/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

15. Postulat B. Bienz: Ideenwettbewerb für die Neunutzung des Güterschuppens **Nr. 238/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

16. Postulat B. Bienz: Strategie für Nutzung des Schloss Schauensee **Nr. 240/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

17. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Verabschiedungen

Thomas Lammer stellt fest, dass es heute 11 Verabschiedungen gibt. Die Verabschiedung wird fraktionsweise durchgeführt. Raphael Spörri wird den Sprechenden bei der Geschenk-

übergabe unterstützen. Von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion werden Christine Kaufmann-Wolf, Roland Schwizer und René Zosso verabschiedet.

Christine Kaufmann-Wolf hält folgende Abschiedsrede:

Ich bin schon auch traurig, dass meine Zeit im Krienser Parlament nun definitiv zu Ende ist. Es war für mich persönlich eine sehr spannende, bewegende und fordernde Zeit. In den letzten acht Jahren durfte ich viel Neues lernen, durfte hinter die Kulissen schauen und hatte mich auch mit Themen auseinandersetzen, welche mich wahrscheinlich ohne das Einwohnerratsmandat nicht sonderlich interessiert hätten. Und doch waren genau auch diese Themen immer wieder spannend. Mein Jahr als Einwohnerratspräsidentin wird für mich stets unvergesslich bleiben. Durch viele Begegnungen mit der Krienser Bevölkerung durfte ich interessante und beeindruckende engagierte Personen kennenlernen. Wir wissen alle, Kriens steht vor wichtigen Herausforderungen. Bei den Finanzen, beim Verkehr und auch mit LuzernSüd. Alle sind gefordert. Wir wie auch die Bevölkerung von Kriens. Vom Krienser Parlament wünsche ich mir:

- Offenheit und Respekt gegenüber anders Denkenden und gegenüber neuen Ideen
- Fairness und Toleranz
- Eine Portion Weitsicht
- Fähigkeit und den Willen Lösungen umzusetzen

Unterschiedliche Meinungen sollen und müssen Platz haben. Nur wenn wir uns reiben, kommen wir weiter. Nur so werden wir uns gegenseitig voranbringen. Lösungen werden möglich und wir machen Kriens fit für die Zukunft. Zitat von Max Weber, 1919: Er hat die positive Bürokratie erfunden: „Man kann sagen, dass drei Qualitäten vernehmlich entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl, Augenmass“

Geschätzte Damen und Herren, herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit. Eine grossen Dank an unsere Fraktionschefin, welche stets die Fäden zusammen hielt. Und auch ein grosses Dankeschön an alle in der Verwaltung, für den stets super Service welche uns Einwohnerräte geleistet wurde. Ich wünsche Ihnen alles Gute, beste Gesundheit und eine grosse Portion Erfüllung mit ihrem Amt als Einwohnerrat!

René Zosso hält folgende Abschiedsrede:

Nach 4 ½ Jahren war dies die letzte Einwohnerratssitzung für mich. Zwar nicht ganz freiwillig, aber mit einem lachenden und einem weinenden Auge nehme ich nun Abschied. Einerseits habe ich die Arbeit und die guten Kontakte sowie Gespräche immer sehr geschätzt. Ich erhielt Einblick in das politische Leben von Kriens und konnte Erfahrungen mitnehmen, die ich nicht missen möchte. Andererseits freue ich mich auf die wiedergewonnen freie Zeit. Die Zeit neben Familie, arbeiten und schlafen ist bei mir reich gefüllt mit tausend spannenden Sachen, die nun wieder mehr Platz erhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche euch für die neue Legislatur viele spannende Sitzungen und weise Entscheidungen zum Wohl von Kriens. Und nicht vergessen: Fakten statt Schlagworte und kluge Lösungen statt Parteivalitäten. Das nützt allen.

Thomas Lammer verabschiedet von der SVP-Fraktion Peter Portmann, Paul Trüb und Martin Heiz.

Martin Heiz hält folgende Abschiedsrede:

Ich muss zuerst noch Paul Trüb entschuldigen. Er ist krank und ihm geht es nicht gut. Peter Portmann's Frau ist auch krank. Er musste vorher mit ihr ins Spital fahren. Im Moment sind wir mit Krankheiten etwas gezeichnet. Nichtsdestotrotz danke ich für die Zeit hier im Einwohnerrat. Ich komme aus dem Bau, nämlich ursprünglich aus dem Tiefbau. Das habe ich gelernt und machte im Fernstudium 4 Jahre ein Bautechnikstudium im Hochbau. Ich konnte es mit einer Note von 6.0 abschliessen. Ich musste mich zwischendurch recht zusammenreissen, um nachher nach Zürich an die Prüfung zu gehen. Ich konnte mich noch motivieren und die Note hat es gezeigt. Ich möchte nicht mehr viel sagen. Ich glaube in meinem bald 20 Jahren habe ich so viel gesagt, dass es sich nun eigentlich erübrigt. Man weiss nie was passiert. Ich bin plötzlich wieder 1. Ersatzkandidat geworden und habe in der Zeit, wo ich wusste, dass ich nicht mehr gewählt wurde daheim schon sehr viel geräumt. Aber eben man weiss nie, was die Zeit bringt. Sofern sich mir nochmals die Gelegenheit bietet zurück in den Einwohnerrat zu kommen, werde ich es dann mit meiner Frau besprechen. Vielen Dank für die Zusammenarbeit in der Kommission, in der Fraktion und mit der Verwaltung.

Thomas Lammer verabschiedet von der FDP-Fraktion Rita Berger-Hug und Robert Marty.

Rita Berger-Hug hält für sich und Robert Marty folgende Abschiedsrede:

Es war für uns beide eine spannende Zeit. Wir bedanken uns speziell bei dir Thomas, den Fraktionskollegen und der Partei. Wir wünschen euch alles Gute für die Zukunft.

Thomas Lammer verabschiedet von der SP/JUSO-Fraktion Peter Fässler, Manuel Schmutz und Mario Urfer.

Mario Urfer hält folgende Abschiedsrede:

Ich möchte zuerst der Fraktion und Judith Luthiger-Senn danke sagen. Als sie noch Fraktionschefin war, hat sie mich in das ganze politische Leben begleitet. Sie hat das wirklich sehr gut gemacht, bis ich verstanden habe, wie es läuft. Ich konnte in den 8 Jahren eine Zeit erleben, wo Sachen erarbeitet wurden, die nun im Dorf sichtbar sind. Ich kann mich noch gut an das erste Jahr erinnern, als wir mit der Kommission nach Murg in Deutschland gefahren sind. Dort besichtigten wir das Erlebnisbad. Das war der Anfang vom heutigen Schwimmbad, worüber man heute stolz sein kann. Weitere Projekte sind die Hergiswaldbrücke und das Zentrum. Ich durfte eine Zeit miterleben, wo man sieht, was passiert ist. Mit dem neuen politischen Verständnis versteht man auch was bei Kanton und Bund vor sich geht und hört es auch anders an. Wir sind ja Volksvertreter. Ideologisch kann dies völlig auseinander liegen. Aber nichtsdestotrotz kann es auch etwas Gutes sein. Ich möchte Stellvertretend für Martin Heiz einen Vergleich machen. Wenn du mit dem Auto beim neuen Gemeindehaus hinfährst und parkierst und wir dann beim neuen Gemeindehaus auf eine Bank sitzen, dann haben wir beide es richtig gemacht.

Peter Fässler hält folgende Abschiedsrede:

Ja, dass ich jetzt hier stehe, hat eigentlich wie zwei Seiten einer Medaille. Die Eine ist eine sehr freudige. Das heisst ich sehe wieder mehr Zeit für die Familie und Partnerschaft. Ich sehe auch mehr Zeit für die Arbeit im Kantonsrat. Oder ich kann an Abenden auf dem Balkon sitzen oder in der Badi liegen. Das kam bis jetzt alles etwas zu kurz. Dann ist noch die andere Seite, nämlich das weinende Auge. Abschiednehmen zu müssen vom Einwohnerrat, von der Fraktion, die ich vier Jahre lang führen konnte. Wir hatten es sehr gut zusammen. Ich möchte danken, dass wir ein gutes und eingespieltes Team waren. Man war jedoch nicht immer gleicher Meinung, aber das war auch nie die Meinung, dass man gleicher Meinung war. Die mehr

als 4 Jahre haben mir einen Einblick in unser Gemeinwesen gegeben. Ich erfuhr Sachen, die ich sonst nie erfahren hätte, wenn ich nicht im Einwohnerrat gewesen wäre. Es hat sich gut angefühlt. Ich hatte das Gefühl ich bin jemand in dieser Gemeinde und kann mitarbeiten und mitbewirken. Das ist ein ganz gutes Gefühl. Die familiäre Atmosphäre, auch wenn man manchmal aneinander geraten ist, ist anders als im Kantonsrat. Im Einwohnerrat hat man einander gekannt, die Namen gesagt und zusammen ein Bier getrunken. Das habe ich hier sehr geschätzt. Für die Zukunft gebe ich keine Ratschläge, denn das liegt mir nicht. Aber was ich wünschte, wenn hier drin politisiert wird, dass ihr bei allen Sachen die beschlossen werden den Menschen im Blick habt und zwar alle Menschen. Nicht nur diejenigen, denen ihr nahe steht, sondern wirklich die ganze soziale Gemeinschaft von Kriens. Vielen Dank für die Zeit im Einwohnerrat.

Manuel Schmutz hält folgende Abschiedsrede:

Ich halte mich kurz, wie ich es mit meinen Voten auch immer gemacht habe. Ich bedanke mich für ein sehr interessantes und spannendes Jahr. Ich fühlte mich sehr gut aufgenommen. Es war streng, aber ich habe definitiv sehr viel gelernt. Der Einsitz in der Kommission und die Diskussionen im Einwohnerrat haben mir sehr viel Spass gemacht. Aber wie ich es vor vier Jahren schon mal gemacht habe, als ich wegen dem Job vom Aargau in die Zentralschweiz gekommen bin, mache ich es nun wieder auf die andere Seite und gehe wieder in die Nähe meines Jobs, damit ich nicht zu viel Verkehr hier in Kriens produziere.

19. Abschiedsrede

Thomas Lammer hält folgende Abschiedsrede:

Vor rund 10 Monaten haben Sie mich im Pilatussaal zum Einwohnerratspräsidenten gewählt. Heute habe ich bereits die letzte Sitzung geleitet. Die Zeit verflog wie nichts. An diesem 3. September 2015 war ich ziemlich nervös. Ich hatte vorher nicht wahnsinnig gut geschlafen. Als ich dann am Morgen aufgestanden bin, war die ganze Wohnung mit Krienser Fahnen überstellt. Meine Partnerin Eva hat für diese Überraschung gesorgt und besorgte diese aus alten Beständen vom Abstimmungskampf für die Selbständigkeit von Kriens. Über die Wahl habe ich mich dann sehr gefreut und auch über die anschliessende Feier im Foyer und im Restaurant Obernau mit den Produktionen. Das hat mir viel Freude bereitet. Ich hatte am meisten Respekt vor dem Leiten der Einwohnerratssitzung und mit den verbundenen Abläufen. Aber ich glaube insgesamt hat dies gut funktioniert. Mit der Zeit erhält man auch eine gewisse Routine. Zwischendurch muss man auch etwas riskieren, wenn man nicht ganz sicher ist, wie es weiter gehen soll. Man muss dann einfach schnell sein, damit es nicht alle merken. Ich hatte aber natürlich mit Guido Solari immer eine kompetente Unterstützung neben mir, wenn etwas Unvorhergesehenes daherkam. Ich möchte allen Danken für den Anstand, den Sie mir gegenüber gezeigt haben, aber auch gegenüber Ihren Ratskolleginnen und Ratskollegen. An einem Punkt muss noch etwas gearbeitet werden und zwar bei der Anrede des Ratspräsidenten. Ich musste immer wieder intervenieren. Ich glaube es geht nicht darum, dass man dauernd bauchgepinselt wird, sondern die Anrede ist etwas Formelles. Es hat auch mit einem gewissen Respekt zu tun. Möglicherweise werden auch Emotionen aus dem nachfolgenden Votum etwas abgeschwächt. Es hat mehrere Sinne und Zwecke wieso man das macht. Entschuldigen möchte ich mich bei all denen, die ich im Verlauf der Sitzungen bei Wortmeldungen übersehen habe. Ich habe dies nicht immer mit Absicht getan. Wenn Sie die Chance haben dieses Amt auszuüben, machen Sie es einfach. Es ist etwas Unvergessliches. Ein Arbeitskollege hat mich vor jedem Wochenende gefragt, ob ich wieder Bänder durchschneiden darf. Tatsächlich durfte ich in der Rolle als Einwohnerratspräsident an eine Aufrichte und eine Schlüsselübergabe von einem Projekt des Kleeblatts. Es war für mich eine grosse Ehre nachdem jahrelangen Papierwälzen hier im Rat, die Realisierung des ersten Projekts mit

dem Feuerwehrlokal und dem Werkhof mitzuerleben. Auch bei der Eröffnung der zurückgebauten alten Hergiswaldbrücke durfte ich anwesend sein und konnte mich von der Krienser Handwerkskunst überzeugen. Der Rückbau erfolgte unisono mit Krienser Handwerkern. Es wurde ein wunderbares Werk. Selbstverständlich standen während diesen 10 Monaten viele Besuche und Einladungen bei Vereinen oder Veranstaltung auf dem Programm. Oft konnte ich meine Partnerin mitnehmen, was mich sehr gefreut hat. Sie hoffentlich auch. Als Krienser kannte ich bereits viele Mitglieder der Vereine. Es ist erstaunlich wie wahnsinnig und genial die geleistete Arbeit ist. Manchmal erhält man auch eine andere Sichtweise auf gewisse Sachen. Auch über Sachen die im Gemeinderat diskutiert und debattiert werden. Ich habe mir überlegt, dass man eigentlich zuerst Präsident oder Präsidentin wird und erst nachher Einwohnerrat. Ich war auch gerne zusammen mit dem Einwohnerrat unterwegs, sei das einzeln oder auch in Vollbesetzung. Es war immer unterhaltsam, lustig und manchmal wurde es auch spät. Ich möchte an dieser Stelle bewusst an die Hervorhebung von Anlässen verzichten. Ich möchte mich zuerst bedanken, bevor ich wieder in die Reihe zurücktrete. In erster Linie möchte ich mich für den weitgehend sachlichen Ratsbetrieb bedanken. Die Emotionen sind selten aufgeköcht. Ein weiterer Dank geht an die vielen positiven Feedbacks, denn das hat mich motiviert. Ich möchte auch den Mitgliedern der Geschäftsleitung für die kooperativen und kurzen Sitzungen danken. Ein grosser Dank gehört Guido Solari für die Unterstützung vor und während der Sitzung. Ein weiterer Dank an seinen Nachfolger Raphael Spörri. Er hat den Ablauf auch immer bei der Hand und ist diesen präzise durchgegangen. Er hatte die Zeit immer im Griff. Ein weiterer Dank gilt den Protokollführerinnen, den Mitarbeiterinnen der Kanzlei und vor allem auch Janine Lipp. Ein herzliches Dankeschön an meine Fraktion und die Parteileitung für die Unterstützung in diesem Jahr. Ich möchte mich auch bei meinem Arbeitgeber der LUKB bedanken, der es mir überhaupt ermöglicht hat einerseits zu politisieren, aber auch das Präsidium zu übernehmen. Es hat aber natürlich keine Abstriche bei der Arbeit gegeben. Ich ging genau so arbeiten, wie auch zuvor. Besonders hervorheben möchte ich meine Partnerin Eva. Sie hat mich tatkräftig unterstützt und auch immer wieder an Anlässe begleitet. Ich wünsche meinem Nachfolger Raphael Spörri viel Glück und eine gute Wahl. Ich freue mich nun auch auf ruhigere Wochen, auf den heutigen Abend in der Badi und auf den Ausflug am Samstag.

Schluss

Thomas Lammer bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren. All denjenigen, die nicht mehr in die Badi kommen, wünscht er einen schönen Sommer und eine gute Zeit.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 1. September 2016.

Im Anschluss an die Sitzung findet das Legislatur-Abschlussessen in der Badi statt.

Die Sitzung schliesst um 18:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



Thomas Lammer

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Rea Eggenberger